

Glaubt man den großen deutschsprachigen Zeitungen, so war die Pressefreiheit in Lateinamerika mit Fortdauer der „progressiven“ Regierungen zunehmend gefährdet. Hiesige Zeitungsredaktionen befanden Regulationsbemühungen schnell als verdächtig und folgten damit ungeschaut ihren etablierten KollegInnen. Bei näherem Hinsehen hätte man feststellen können, dass es sich oftmals um einen gesetzlichen Nachholprozess handelte, sprich, dass Regelungen geschaffen wurden, die in Europa selbstverständlich sind. Und man hätte auch sehen können, wessen Interesse der vorherige Zustand beförderte: jene der Medienkonzerne, die nach dem Recht der Stärkeren ihre Marktstellung ungehindert auszubauen trachten. Die Omnipräsenz solcher „Medien-Kraken“ trifft auch für

Lateinamerika zu. Die drei größten davon werden im ersten Beitrag vorgestellt.

Heute lässt sich rückschauend konstatieren, dass die Bemühungen diverser linker Regierungen für mehr Medienvielfalt

EDITORIAL

nicht nennenswert erfolgreich waren. Die privaten Medienkartelle sind jedenfalls weiter gewachsen und haben sich meist als mächtige Gegenspieler betätigt, wenn die neuen Regierungen den Washingtoner Konsens aufzuweichen versuchten. Sie wurden so ungeniert für die Interessen ihrer Eigentümer eingesetzt.

Inzwischen haben sich die politischen Vorzeichen großteils geändert: Meike Bi-

schoff schildert, wie die Medienpolitik Macris der Alternativszene in Argentinien zusetzt. Langjährige alternative Angebote gibt es über den ganzen Subkontinent gestreut. Eines der bekanntesten ist die Zeitung *La Jornada*, die weit über die mexikanischen Grenzen hinaus geschätzt wird, aber dem Vernehmen nach aktuell von finanziellen Existenzsorgen bedroht ist. Dass die alternative Medienlandschaft auch Lateinamerikas schon einmal sorgenfreier in Zukunft geblickt hat, zeichnet Leo Gabriel in seinem Beitrag nach.

Neben dem Schwerpunkt bietet das Heft die gewohnte Übersicht zu einer Reihe aktueller Themen sowie kubanische Reiseimpressionen.

Eine anregende Lektüre wünscht
Jürgen Kreuzroither

INHALT

THEMA: MEDIEN ZWISCHEN MANIPULATION UND BEFREIUNG

Lateinamerikas größte Medien-Kraken 4
Von Jürgen Kreuzroither

Aufstieg und Niedergang der Alternativmedien
in Lateinamerika 6
Von Leo Gabriel

Medienmacherinnen aus dem Amazonasgebiet 8
Von Jessica Zeller

Argentinien: Schlag gegen die Gegenöffentlichkeit 9
Von Meike Bischoff

Nicaragua: In den Händen der Familie Ortega 11
Von Ralf Leonhard

Für ein anderes Mexiko: *La Jornada* 12
Von Luis Hernández Navarro

Mexikos Presse: geknebelt und ermordet 14
Von Carlos Iaquinandi Castro

Die 40 Jahre von ALAI 15
Von Hermann Klosius

AKTUELLES & ANALYSE

Eskalation der Gewalt in **Venezuela** 16
Von Gabriel Hetland

El Salvador: Die Frauen hinter dem historischen
Sieg für die Umwelt 18
Von Daniela Marin Platero und Laila Malik

Brasilien: Risse in der Machtkoalition 20
Von Ricardo Borrmann

Der Angriff auf Indios und Amazonas 22
Von Philipp Lichterbeck

Kolumbien: Mit indigener Frauenpower
aus dem Tal der Gewalt 24
Von Ruth Sierra León und Peter Musch

Sozialer Aufruhr in Kolumbien 27
Von Ralf Leonhard

Kuba im Februar
Reiseimpressionen 28
von Erna Pfeiffer

Biennale: „Viva Arte Viva“ 31
Von Robert Lessmann

Kurznachrichten 32

Buchbesprechungen: Peru heute – Politik, Wirtschaft,
Kultur; Mein Bruder Che; Imperiale Lebensweise;
Ethischer Welthandel; Avocado 35

Adiós, François Houtart! 39



LATEINAMERIKAS GRÖSSTE MEDIEN-KRAKEN

Es sind drei Kraken, die als Projekte von ehrgeizigen journalistischen Unternehmern entstanden sind: Noble mit *Clarín*, Azcárraga Vidaurreta mit *Televisa*, und Marinho mit *O Globo* wollten ihre Doktrinen in das Spiel der politischen und militärischen Eliten einbringen. Drei Medien, die in den letzten Jahrzehnten unter dem Einfluss der ökonomischen Reformen zu Megakonzernen mutierten. In den ersten Jahren wollte *O Globo* seine Leser überzeugen: „Wer Zeitung liest, weiß mehr“ und *Claríns* Slogan war zu Beginn: „Ein Weckruf für die argentinische Lösung der argentinischen Probleme“. Heute verkauft sich *Clarín* nur als „Die große argentinische Tageszeitung“, *Televisa* als „Die große Fabrik der Träume“ und *O Globo*, weder Fisch noch Fleisch, sagt von sich selbst: „Wer *Globo* hat, hat alles!“

Von Jürgen Kreuzroither

Gruppe Televisa, die Präsidentenfabrik

Mit einem Vermögen von 14 Milliarden Dollar, doppelt so hoch wie das von *O Globo*, kann dieser Gigant Romane über sich selbst schreiben, eine Geschichte von ehrgeizigen Unternehmern, initiiert durch einen Menschen: Emilio Azcárraga Vidaurreta, der einen kleinen Radiosender in der Hauptstadt erwarb. Während der 1970er Jahre expandierte das Unternehmen und erwarb mehr und mehr Radio- und Fernsehfrequenzen. Einen Meilenstein bildete 1972 die Fusion einer Anzahl von Kanälen zum Unternehmen *Televisión Via Satélite S.A. (Televisa)*. In diesem Jahr stirbt der Gründer und das Unternehmen geht in die Hände seines Sohnes, Emilio, über. Von da an mauserte sich der mexikanische Multimediakonzern zum heute größten Medienkonglomerat der spanischsprachigen Welt.

Das Unternehmen hat 44.000 Beschäftigte (2015). Auch wenn die Leitung in den Händen der Familie Azcárraga bleibt (14,7 Prozent), wird sie am Direktionstisch von den Spitzen der globalen ökonomischen Elite begleitet. Die Gruppe des größten Kapitalfonds der Welt – *Black Rock Inc.* mit 9,2 Prozent Aktienanteil und Bill Gates, die global vermögendste Privatperson, mit 7,4 Prozent – reden mit. Über die Hälfte des Aktienvolumens wird an der mexikanischen und der New Yorker Wertpapierbörse gehandelt. Ist die Eigentumsstruktur schon kompliziert genug, so ist *Televisas* Medienstruktur ein allgegenwärtiges Gestrüpp.

Punkto Printmedien zählt das Haus 156 Titel, darunter *Cosmopolitan* und *Men's Health*. Der Verlag *Televisa* ist der wichtigste der Welt, mit einem Umlauf von etwa 129 Millionen Zeitschriftenexemplaren im Jahr 2012. Die Fernsehsparte umfasst 21 Sender des offenen TV und 26 Kabelkanäle in Mexiko sowie sechs in den USA. *Televisa* hat fünf Hauptrundfunkstationen der Reihe *Radiópolis*. Ein Fünftel der Einnahmen wird per Satellitenfernsehen generiert. Bei den Kabeldiensten ist der Konzern Eigentümer von *Cablevisión* von Mexiko und *TuTV* in den USA. Außerdem ist er Eigentümer von 50 Prozent von *Lusacell*, dem drittgrößten Unternehmen der Mobil-Telekommunikation in Mexiko.

Diese drei Fälle symbolisieren die größten Multimediaunternehmen in ihren jeweiligen Ländern. Es sind Faktoren fundamentaler Macht, sie haben Diktaturen unterstützt, haben Präsidenten vorgeschlagen und abgesetzt. Sie haben in Funktion ihrer Interessen diffamiert und agiert, aber trotzdem präsentieren sie sich als Anführer der unabhängigen Presse. Drei ökonomische Gruppen, die Gelder bewegen, an der Börse notieren und zum ökonomischen Establishment ihrer jeweiligen Länder gehören.

Gruppe O Globo, die Welt in ihren Händen

Gegründet 1925 in Rio de Janeiro durch den Journalisten Irineu Marinho, war es sein Sohn Robert, der sich der Zeitung annahm und daraus ein Konglomerat von Riesenmedien schuf, das Tageszeitungen, Radio und Fernsehen umfasst.

Heute ist die Gruppe Eigentümerin der Tageszeitungen *O Globo*, *Extra*, *Expresso* und von elf weiteren Tageszeitungen und Zeitschriften. Sie besitzt fünf Kanäle im offenen TV in den wichtigsten Städten und ein Netz von 150 angeschlossenen Stationen. Sie beherrscht die Region des „tropischen Äther“ mit den Serien von *Radio Globo* und CBN, mit vier eigenen Rundfunkstationen und 90 assoziierten Stationen. Durch den Kabelnetzbetreiber NET, zusammen mit *Embratel* von *TelMex*, bietet sie für mehr als eine Million BrasilianerInnen TV und Internet. Im Satellitenfernsehen teilt die Gruppe mit Rupert Murdoch und *Televisa* von *Sky Brasil* eine Plattform, die mehr als 700.000 Kunden zählt. Unterstützt werden all dieser Kanäle durch ihre Produzentin von Inhalten *Central de Producciones* und *Globo-Filme*.

Auf dem Weg zur unvergleichlichen Machtstellung in Brasilien stellt die unverhüllte Unterstützung des Militärputsches 1964 die Erbsünde dar. Sie selbst erkannten es Jahre später in einer Art *mea culpa* für eine hauseigene Jubiläumsdokumentation an.

In jüngster Zeit hat *O Globo* eine fundamentale Rolle in der letzten Präsidentschaftswahl gespielt, indem sie die Kandidaten Marina Silva und Aécio Neves in der hitzigen Wahl, die Dilma Rousseff letztlich gewann, aufbauten und aufbauschen. Wenige Monate nach Rousseffs Antritt der zweiten Amtszeit war der brasilianische Multimediakonzern die erwählte Plattform für die soziale Mobilisierung, die das Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentschaft – schließlich erfolgreich – propagierte.

Die Feindschaft gegenüber der Arbeiterpartei PT reicht weiter. 1989, als Lula Da Silva knapp davor stand Präsident zu werden, manipulierte der Kanal *O Globo* die Übertragung der Debatten zwischen dem Arbeiterführer und dem wenig souveränen Fernando Collor de Mello, was entscheidend für den knappen Sieg des Letzteren in der Stichwahl gewesen sein dürfte.

Trotz dieser wiederholten Parteinahme veranlassten weder Lula noch Rouseff in unterschiedener Weise ein Gesetz, das die Aktivitäten des Konzerns reguliert hätte, wodurch die Gruppe während der PT-Regierungszeit ungehindert wachsen konnte. Mit mehr als 4,3 Milliarden Euro Umsatz im Jahr 2016 gehört die Mediengruppe zu den vier größten Unternehmen des Landes. Aber wenn die Zahlen von *O Globo* beeindruckend können – die von *Televisa* sind noch größer.



Auch wenn der Verkauf von Werbung in Fernsehen, Radio und Internet weiterhin ein Drittel der Einnahmen ausmacht, wandelt sich die Geschäftsstruktur rasch. *Televisa*, genauso wie *Clarín* und *O Globo*, wandelt sich zusehends zum Erzeuger und Verbreiter von Sendungsinhalten. So produziert *Televisa* pro Jahr rund 90.000 Stunden an Programm, das in die gesamte spanischsprachige Welt exportiert wird (insgesamt mehr als 70 Länder). Die Gruppe erzielte 2015 einen Umsatz von fünf Milliarden Euro – im Mediensektor die Nummer eins Lateinamerikas (Nr. 39 auf dem Globus).

Televisa ist so wenig überraschend ein bestimmender – und wiederholt negativer – Faktor in der mexikanischen Politik: Eine der skandalösesten Aktionen fand in der Präsidentschaftskampagne 2012 statt. Es konkurrierten Enrique Peña Nieto (PRI) und Andrés Manuel López Obrador (PRD). Einige Wochen vor den Wahlen veröffentlichte die englische Tageszeitung *The Guardian* Dokumente, die zeigten, dass eine geheime Einheit von *Televisa* Peña Nieto in den Wahlen von 2009 förderte, um ihn – letztlich erfolgreich – an die Regierung des Bundesstaates Mexiko zu bringen und weiter auf die nationale Bühne zu katapultieren.

Eine Gruppe von Jugendlichen entschied, die Strategie von *Televisa* zu Gunsten von Peña Nieto zu entlarven und sichtbar zu machen. Unter der Losung *#yoSoy132* riefen sie zu einem studentischen Protestmarsch auf. Aus dieser Massendemonstration entstand die gleichnamige Bewegung, die mit eigenen Inhalten für Informationsvielfalt kämpft und laut

Eigendefinition „einen demokratischen, sauberen und ehrlichen Wahlprozess von Seiten der Kandidaten, Institutionen und Medien anstrebt.“

Doch zur Überraschung vieler schlug Peña Nieto einige Monate nach seinem Wahlsieg eine Verfassungsreform hinsichtlich der Telekommunikation vor, verhandelt zwischen den großen Bundesparteien PRI, PAN und PRD. Das Projekt berührte in direkter Weise die Interessen der nationalen Monopole des Fernsehens und der Telefonie und eröffnete gleichzeitig die Möglichkeit der Einmischung der Regierung in die durch die Medien verbreiteten Inhalte.

Die Initiative, die angenommen wurde, beabsichtigt, die Hoheit des Staates über die Funkfrequenzen wieder herzustellen. Zu diesem Zweck wird ein Bundesinstitut der Telekommunikation geschaffen, ein im Vergleich zur Vorgängereinrichtung autonomeres Organ der Regierung.

Grupo Clarín – der große argentinische Konzern

Gegründet von Roberto Noble am letzten Tag des Zweiten Weltkrieges, stand die Gruppe von Anfang an in Radikalopposition zu Juan Domingo Perón. Sie unterstützte Staatsstreich und machte ab dem Putsch vom 24. März 1976 Geschäfte mit der Diktatur. Ein deutliches Beispiel ist der Kauf des Zellulosewerks *Papel Prensa* zu einem lächerlichen Preis – nicht zuletzt dank der physischen Drangsalierung der Eigentümerfamilie.

Heute setzt sich die Gruppe zuvorderst aus der Tageszeitung *Clarín* – sie weist die zweitgrößte Auflage im spanischsprachi-

gen Raum auf – und neun weiteren Tageszeitungen und Zeitschriften zusammen. Weiters gehören der Verlag *Argentino S.A.* (AGEA), *Papel Prensa*, die Nachrichtenagentur DyN, neun Kanäle im offenen TV und mit den Betreibern *Cablevisión* und *Multicanal* acht Sender im Kabelfernsehen, vier Rundfunksender und die vier Produktionsfirmen dazu. Mit mehr als 15.000 Beschäftigten erreichten ihre Verkäufe im Jahr 2015 mehr als 2,7 Milliarden Euro, was Rang drei in Lateinamerika und Rang 61 weltweit bedeutet. Die Aktienmehrheit „des Huhnes, das goldene Eier legt“ ist weiter in argentinischen Händen.

Aktuell sind die Informations- und Kommunikationstechnologien das Kerngeschäft von *Clarín*. *Cablevision*, mit seinen mehr als drei Millionen Kabelkunden und 1,5 Millionen Abonnenten des Internetdienstes, verfügt über das absatzstärkste Glasfasernetz Lateinamerikas. 2014 machten diese Sparten 70 Prozent des Gesamtumsatzes und mehr als 90 Prozent des Konzerngewinns aus.



Foto: Joe Wolf/Flickr

Was als das Organ eines politischen Projekts entstand, endete als Konglomerat mit einer Unmenge von Geschäften, die die Gruppe schützen und motivieren, ihre „Feuerkraft“ zu nutzen, um Themen auf die öffentliche Agenda zu bringen.

Die durch die Gruppe *Clarín* in den vergangenen Jahren angeführten medialen und politischen Handlungen bedürfen einer gesonderten Analyse. Unvergessen bleibt beispielsweise ihr militantes Wirken während des Landkonflikts mit der argentinischen Regierung im Jahr 2008 zugunsten der Agrargroßunternehmer.

Der Streit zwischen der Gruppe *Clarín* und der Regierung erreichte eine neue Qualität, als Präsidentin Christina Fernán-

⇒ von Seite 5: MEDIEN-KRAKEN

dez de Kirchner entschied, dem Medienmonopol mit einem neuen Gesetz die Stirn zu bieten. Mit zahlreichen juristischen Winkelzügen umging die Gruppe jahrelang die Anwendung dieses Mediengesetzes. Clarín präsentierte zehn einstweilige Verfügungen, besonders gegen den Artikel, der sie zwingen sollte, die Lizenzen für *Cablevisión* herauszugeben. Vier Jahre lang lehnte es das Oberste Gericht bei fünf Gelegenheiten ab einzuschreiten und verkündete schließlich die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes. Unter der konservativen Regierung von Mauricio Macri wurden allerdings wesentliche Aspekte des Mediengesetzes inzwischen wieder aufgehoben.

Regulierungskrise?

In den Nullerjahren wurden in einer Reihe von Ländern mit „progressiven“ Regierungen Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, um den fortschreitenden Konzentrationsprozess im Mediensektor zumindest zu bremsen. Rückblickend ist diese Intention gescheitert, was nicht nur ein Blick auf die drei vorgestellten „Medien-Kraken“ verrät. Auch in Chile (*Mercurio*), Peru (*El Comercio*), Kolumbien (*Santo Domingo* und *Bavaria*) und Venezuela (*Cisneros*) sind Platzhirsche im Mediensektor aktiv. Überall gerieren sich diese Oligopolisten als Verteidiger der Pressefreiheit, und die europäischen Medienstimmen, aber auch so manche NGO folgen ihnen zu oft unkritisch in der Darstellung des Staates als stärksten Gefährder dieser Freiheit.

Diese Konzerne verstehen jegliche staatliche Regulierung als potentiellen Angriff auf ihre Machtstellung bzw. als Wachstumshindernis. Information wird als Ware be- und gehandelt. Nicht die Dominanz eines Marktakteurs wird als Einengung des Informationspanoramas problematisiert, sondern allein der Eingriff des Staates. Entsprechend neigen sie dem rechten politischen Lager mit seinem wirtschaftlichen Liberalisierungsdogma zu. Waren die Bemühungen für mehr Medienvielfalt in der jüngeren Vergangenheit, wie gesagt, wenig erfolgreich, so sind diese mit der Rechtswende am Subkontinent eingestampft worden. ■

Beruhet in wesentlichen Teilen auf dem Beitrag „Das Innere der drei Medien-Kraken Lateinamerikas“ von Tali Goldman und Tomás Pont Verges, erschienen bei *Amerika21* (www.amerika21.de/) im März 2016.

AUFSTIEG UND NIEDERGANG

Sieht man sich die Entwicklung der lateinamerikanischen Alternativmedien über den Zeitraum der letzten 50 Jahre an, gleicht diese einer Berg- und Talfahrt. Von der revolutionären Untergrundpresse über ein buntes Gemisch von Zeitungen, Zeitschriften, Radios und lokalen Fernsehkanälen bis zum Fernsehgiganten *Telesur* und den Hunderten von digitalen Medien reicht das weite Spektrum der Versuche, sich von den transnationalen Medienkonzernen nicht unterkriegen zu lassen. Ob diese Geschichte noch einmal eine Erfolgsstory werden wird, ist ungewiss.

Von Leo Gabriel

In der Folge des denkwürdigen Jahres 1968, das in ganz Lateinamerika im Unterschied zu Europa weniger von einer Kulturrevolution als vielmehr von Aufstandsbewegungen gegen die damals allseits vorherrschenden Militärdiktaturen geprägt war, gab es – von wenigen Ausnahmen abgesehen – „Alternativmedien“ im heutigen Sinn noch gar nicht. Es war erst im Laufe der 1980er Jahre, dass sich die im Untergrund arbeitenden Propagandisten der verschiedenen revolutionären Organisationen an die politische Oberfläche wagten, Zeitungen und Zeitschriften gründeten sowie ihre ersten Gehversuche auf dem Gebiet alternativer Radiostationen und Schmalfilmkooperativen machten.

La Prensa revolucionaria

Zwar war allen politisch bewussten Sektoren der lateinamerikanischen Gesellschaften damals schon klar, dass die offizielle Medienlandschaft den Willen ihrer von einem wilden Antikommunismus geprägten Großkapitaleigner widerspiegelte; es bedürfte jedoch, so die Meinung der von der kubanischen Revolution stark geprägten Linksintellektuellen, zuerst einer radikalen politischen Veränderung, um Werte wie Pressefreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung überhaupt andeuten zu können.

In diesem Sinne gab es und gibt es bis heute in Lateinamerika keine dem europäischen Spektrum vergleichbare so genannte „liberale Presse“. Jedes Medium wird von vornherein als „rechts“ oder „links“ angesehen, was nicht nur in den für europäisch geschulte Beobachter einseitig bis pamphlethaft wirkenden Kommentaren zum Ausdruck kommt, sondern auch regelmäßig in die tagespolitische Berichterstattung einfließt. Teilweise ist diese unbewusst subjektive Haltung der JournalistInnen auch auf die Tatsache zurückzu-

führen, dass nur die wenigsten unter ihnen eine universitäre Ausbildung auf dem Gebiet der Kommunikation aufwiesen. Manche von ihnen machten sogar aus der Not eine Tugend, indem sie sich z.B. an der kubanischen Theorie des so genannten *cine imperfecto* orientierten, die journalistischen Professionalismus als „bürgerlich“ abqualifizierte.

Die Aufbruchsstimmung der 1980er Jahre und ihre Früchte

Erst im Laufe der 1980er und 1990er Jahre entwickelte sich im Rahmen der als *contrainformación* bekannten Berichterstattung eine Tendenz zur Objektivierung politisch relevanter Sachverhalte, die teilweise auch auf den Einfluss von neugegründeten westeuropäischen Zeitungen wie der französischen *Liberation*, der spanischen *El País* und der Berliner *tageszeitung* (noch bevor diese den Anschluss an den journalistischen Mainstream suchten) zurückzuführen war. Diesem Umstand verdanken Printmedien wie die mexikanische *La Jornada*, die guatemaltekkische *Siglo 21*, aber auch die lateinamerikanischen Presseagenturen ALAI mit Sitz in Quito und APIA (*Agencia Periodística de Información Alternativa*) mit Sitz in Managua ihre Gründung.

Trotz ihrer unterschiedlichen Herangehensweisen gibt es auch einige Gemeinsamkeiten, die allen diesen journalistischen Projekten zu Grunde liegen. Nicht nur dass dem Antimperialismus und der nationalen Souveränität neben ihrem Fokus auf die universalen Menschenrechte (inklusive der ökonomischen und sozialen Menschenrechte) ein besonderer Stellenwert zukommt. Auch dass sie den „Stimmlosen“, also den direkt von den Ereignissen Betroffenen, Gehör verschaffen wollen, ist erwähnenswert. Und last, but not least steht ein stilistisches Element im Vordergrund, bei dem die politische Analyse möglichst

DER ALTERNATIVMEDIEN IN LATEINAMERIKA

kunstvoll bis literarisch mit reportagenhaften, farbigen Schilderungen verbunden wird – ein Charakteristikum, das in mehr oder minder bewusster Anlehnung an den *nouveau journalism* in Frankreich auch in den lateinamerikanischen Journalismus Eingang gefunden hat.

Dadurch wurde die explizit ideologische Ausrichtung, die den Journalismus in den 1970er Jahren charakterisierte, zumindest teilweise überwunden. Es kamen auch immer mehr Reportagen zum Zug, wengleich die grundlegende Recherchearbeit im Sinne eines investigativen Journalismus nach wie vor zu wünschen ließ. Und dort, wo es um die Aufdeckung von Korruptionsfällen und den Zusammenhang zwischen der Politik und dem organisierten Verbrechen ging, endete in Ländern wie Mexiko, Kolumbien oder Zentralamerika dieses Unterfangen oft tödlich.

Telesur und der Kampf um die Einschaltquote

Ab Mitte der 1990er Jahre machte sich dann ein anderes Phänomen bemerkbar, das auf das Überhandnehmen transnationaler Medienkonzerne zurückzuführen war: Das Fernsehbild begann mit einer unglaublichen Geschwindigkeit das geschriebene Wort zu ersetzen. Vor allem in den urbanen Zentren, aber auch auf dem Land war der Siegeszug von *Televisa* und *O Globo* unverkennbar und verdrängte sogar das Radio, das bis dahin in weiten Teilen Lateinamerikas das Kommunikationsmittel Nummer 1 gewesen war. Letzteres galt auch für die von Indígenas bevölkerten Gebiete, wo zahlreiche von NGOs finanzierte Entwicklungsprojekte in indigenen Sprachen sendende Lokalradios aus dem Boden sprießen ließen.

Wie aber könnten die verschiedenen, in ihrer Strahlkraft ziemlich zerklüfteten, so genannten „Alternativmedien“ diesem Ansturm von größtenteils in Mexiko, Brasilien oder überhaupt in den USA produzierten Filmen, Telenovelas und Nachrichtensendungen Paroli bieten? Das war die große Herausforderung, die von Beginn der Jahrtausendwende an immer mehr zu Tage trat.

Einen ersten, größtenteils gelungenen Versuch, mit diesem Problem fertigzuwerden, stellte Mitte 2000 die Gründung

des bisher größten lateinamerikanischen Fernsehsenders in Venezuela dar: *Telesur*. Dieser ging auf die Idee von Hugo Chávez und seinem BeraterInnenteam zurück, in Anlehnung an *Al Jazeera* in Katar, ein Netzwerk von KorrespondentInnen, FilmemacherInnen und Fernsehkanälen aufzubauen, das auf dem ganzen Kontinent gesehen werden konnte. Im Unterschied zu anderen Fernsehanstalten wie dem kubanischen oder dem nicaraguanischen Fernsehen, das von der Familie Ortega dominiert wird, verfolgte *Telesur* jedoch in erster Linie keine innenpolitischen, ideologisch verbrämten Ziele, sondern sah sich im Wettstreit mit den neoliberal ausgerichteten Giganten auf dem amerikanischen Kontinent, allen voran CNN, *Televisa* und *O Globo*.



Inhaltlich machte sich *Telesur* die jahrelange Recherchearbeit der Alternativmedien zunutze, blieb aber wegen seines zentralistischen Konzepts in ökonomischer Abhängigkeit vom venezolanischen Staat und einiger seiner linksgerichteten Verbündeten. Das hat jetzt dazu geführt, dass angesichts der Wirtschaftskrise in Venezuela und dem Abdanken mehrerer progressiver Regierungen *Telesur* ernsthaft in seiner Existenz bedroht ist.

Alternativmedien im digitalen Zeitalter

Fragt man sich nach den Perspektiven, die sich für die Zukunft der lateinamerikanischen Alternativmedien abzeichnen, kommen ernsthafte Zweifel auf.

Viele setzen darauf, dass das Internet – ähnlich wie in Europa und den USA – bald die Printmedien, aber auch die herkömm-

lichen elektronischen Medien verdrängen werde, rechnen aber nicht damit, dass die Internetportale, die in ganz Lateinamerika um sich gegriffen haben, ein in ihrem Wesen begründetes Handicap aufweisen. Während die klassischen Medien wie Fernsehen, Radio und Zeitungen auf die Menschen hereinströmen wie ein nicht abwendbarer Regenguss, müssen im digitalen Zeitalter die Menschen selbst aktiv werden, um auf die ihnen interessant erscheinenden Quellen zuzugreifen.

Während noch vor wenigen Jahren der Spruch: „Die Indianer müssen ans Netz!“ bei den europäischen LateinamerikanistInnen die Runde machte, findet derzeit eine kontroverielle Diskussion darüber statt, inwieweit das Internet den Rettungsanker für die allgemeine und die politische

Bewusstseinsbildung bilden kann. Dabei steht der Meinung, der technologische Fortschritt hätte sich auch in Lateinamerika früher oder später immer durchgesetzt, nicht nur die prekäre ökonomische Situation der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung gegenüber, sondern auch die Tatsache, dass die Kommunikation in Lateinamerika viel

mehr in öffentlichen Räumen stattfindet als in der Abgeschlossenheit eines hauseigenen Büros wie etwa im mittelständischen Europa.

Viel wichtiger ist aber noch das Argument, das der Gründervater von *Telesur*, Aram Arahonian, ins Treffen führt: „Heute existiert mehr denn je eine Diktatur der Medien, die in den Händen von immer weniger „Generälen“ danach trachten, neue kollektive Phantasien einzupflanzen. Im Zeitalter der *posverdad* (in dem die Wahrheit nichts mehr zählt) setzen sie die massive Desorientierung der öffentlichen Meinung als Waffe ein, indem sie uns eine monumentale Science-fiction vorgaukeln, die mit der Realität nichts mehr zu tun hat. Das ist der Beginn eines globalen Medienkriegs, der sich direkt gegen die digitalen *user* auf der ganzen Welt richtet.“ ■

MEDIENMACHERINNEN AUS DEM AMAZONASGEBIET

Frauen machen Medien. Das gilt auch für das Amazonasgebiet. Yánua Vargas ist mit ihrer Kamera unterwegs: Die junge Shuar-Indígena studiert in Ecuadors Hauptstadt Quito Fotografie. Die Peruanerin Gabriela Bardales ist als Radioreporterin mit ihrem Mikrofon nah am Menschen. Beide Frauen sind Mitte 20 und berichten live vom achten Panamazonischen Sozialforum (FOSPA) in Tarapoto, Peru. Sie bei ihrer Arbeit begleitet und mit ihnen über ihr Leben und ihre Träume gesprochen hat

Jessica Zeller.

Es ist heiß am Samstagvormittag, 29. April an der Universität von Tarapoto, Peru. Vor einer weißen Leinwand, die an einem hohen Baum befestigt ist, steht eine junge Frau und stellt das Objektiv ihrer Digitalkamera scharf. Die Fotografin heißt Yánua Vargas, hat einen wachen Blick und ein gewinnendes Lächeln. Die langen schwarzen Haare hat sie zu einem Knoten auf dem Kopf gebunden. Yánua ist Shuar-Indígena. Mit elf Geschwistern ist sie in einer *comunidad* im Amazonas-Gebiet Ecuadors aufgewachsen. Heute studiert sie mehrere Busstunden von ihrem Heimatdorf entfernt in der Hauptstadt Quito Fotografie. „Mein großer Traum war es, Ärztin oder Journalistin zu werden. Also entweder Leben zu retten oder mit der Kamera unterwegs zu sein.“

porträtiert die vielfältigen Gesichter des Amazonas, *las Caras Amazónicas*.

Nach dem Forum sollen die Fotos als Serie ins Internet gestellt werden, auf die Seite von *La Nave Radio*. Das ist eine Gruppe von rund 30 Medienmachenden, die seit drei Jahren zusammenarbeiten und diesmal live vom Forum berichten.

Gabriela, Radioreporterin

Als Fotografin ist Yánua bei *La Nave Radio* eher die Ausnahme. Die meisten Mitglieder sind, der Name sagt es ja bereits, beim Rundfunk. So auch Gabriela Bardales aus Nauta, einer kleinen Stadt in der nördlichen Selva Perus. Sie macht schon Radio, seit sie mit der Schule fertig ist. Seit sieben Jahren ist sie Teil von *Radio Ucamarca*, einem gesellschaftspolitisch engagierten Community-Sender. „Angefangen habe ich dort mit Musiksendungen. Ich war ja noch recht jung und das war genau mein Ding. Doch schon bald meinte der Leiter von *Radio Ucamarca*, dass ich ruhig auch einmal in die umliegenden *comunidades* reisen könnte, um von dort über politische Themen zu berichten. Das war gerade am Anfang ganz schön hart für mich. Aber es macht Spaß und heute bin ich Reporterin“, erzählt die junge Frau von ihrem Werdegang.

Beim Sozialforum in Tarapoto ist Gabriela fast pausenlos auf dem Veranstaltungsgelände unterwegs und wird per Handy in die Live-Sendung ihrer *compañeros* zugeschaltet. Auf den ersten Blick wirkt die kleine Frau fast etwas zu zurückhaltend, um Journalistin zu sein. Aber sobald Gabriela auf Sendung ist, wird deutlich, wie routiniert und wie hartnäckig sie ist: InterviewpartnerInnen, die einsilbig antworten, bringt sie zum Reden – auch

deshalb, weil sie selbst Ruhe ausstrahlt. Und wenn jemand gar nicht vor das Mikrofon will, hat sie in Sekundenschnelle bereits Ersatz beschafft.

Radio ist Männersache

Radiomachen, das ist in Peru und erst recht in einer Kleinstadt Männersache. Nicht so bei *Radio Ucamarca*, dem einzigen nicht kommerziellen Sender in Nauta. Hier gibt es zwar einen Mann an der Spitze, aber das Kernteam besteht aus Gabriela und ihren zwei Kolleginnen: „Wir mussten uns viel Kritik dazu anhören. Von wegen Frauen gehören doch in die Küche und zu den Kindern. Viele Männer meinten, dass wir kein Radio machen können. Aber wir haben alle die gleichen Rechte!“

Rechte, die sich Frauen wie Gabriela erst erkämpfen mussten. Nicht nur in der Gesellschaft, auch in der Familie herrschen traditionelle Geschlechterbilder vor: „Vor allem mein Vater war zu Beginn eher skeptisch, was meine Arbeit beim Radio betraf. Doch mittlerweile ist auch er überzeugt von dem, was ich tue“, berichtet die junge Radioreporterin stolz. Gabrielas Eltern sind von Beruf FischerInnen, finanziell können sie ihre Tochter kaum unterstützen. Aber während sie auf dem Forum ist und arbeitet, passen die Eltern auf Gabrielas fünfjährige Tochter auf, die sie allein erzieht.

Für die junge Mutter ist das Leben zwischen Kind und Karriere eine permanente Gratwanderung. Ihr großer Traum ist es, Journalismus zu studieren und einen richtigen Abschluss zu haben. Doch dazu müsste sie nach Iquitos ziehen, die nächstgrößere Stadt. Und ihre Tochter bei ihrer Familie in Nauta zurücklassen. „Und das macht mir etwas Angst.“

Währenddessen ist die junge Fotografin Yánua eifrig dabei, in ihrem Open-Air-Fotostudio die BesucherInnen des FOSPA zu porträtieren. Sie hat schon über 50 Frauen und Männer fotografiert – manche von ihnen in traditioneller Kleidung, andere westlich-modern in Jeans und T-Shirt. Und wieder andere in einer Mischung aus beidem. Bald wird ihre Fotoserie *Caras Amazónicas* online zu sehen sein und vielleicht nicht nur dort. Yánua plant mit den Bildern eine Ausstellung, am liebsten in Quito, wo sie studiert. ■

Gekürzt übernommen aus der Ausgabe 251 des Nachrichtendienstes Poonal.

Foto: Jessica Zeller



Las Caras Amazónicas – die Gesichter des Amazonas

Und diesen Weg hat Yánua recht erfolgreich eingeschlagen. Hier in Tarapoto dokumentiert sie die BesucherInnen des achten Panamazonischen Sozialforums mit ihrer Kamera. Vier Tage lang treffen sich von Ende April bis Anfang Mai 2017 rund 2000 AktivistInnen aus dem Amazonasgebiet. Sie informieren, diskutieren und entwickeln gemeinsame Strategien – gegen den Raubbau an der Natur, die Ausbeutung der mehrheitlich indigenen Bevölkerung und für ihre Selbstbestimmung. Yánua

„SCHLAG GEGEN DIE GEGENÖFFENTLICHKEIT“

In Argentinien kämpfen alternative Medien gegen ihre Abschaffung

Mit der neuen rechtskonservativen Regierung in Argentinien ist die erst seit 2009 erlaubte Vielfalt der Medien nicht mehr länger gewährleistet. Präsident Mauricio Macri gab per Dekret den Weg für private Konzerne frei und verdrängt öffentliche und alternative Medien. Wie reagieren diese darauf?

Von Meike Bischoff

Anfang 2016, kurz nach Amtsantritt der rechtskonservativen Regierung, hatte das multinationale Sicherheitsunternehmen *Prosegur* den freien Kanal *Antena Negra* (Schwarze Antenne) verklagt. Am 15. Februar 2017 entschied das Gericht zum wiederholten Mal, dass *Antena Negra TV* keinen rechtmäßigen Anspruch auf die Nutzung ihrer Frequenz habe und forderte sie auf, sie umgehend für *Prosegur* freizumachen. Das Sicherheitsunternehmen nutzt die Frequenz gemeinsam mit der argentinischen Bundespolizei. Die Anklage lautete auf „Störung der Kommunikation“, den AktivistInnen drohen Haftstrafen. *Antena Negra* sendet seit Mitte Mai 2016 nicht mehr. Auf seiner Website kritisiert das Medienkollektiv: „Einmal mehr hat der Staat mittels seiner Organe die Geschäfte eines privaten Unternehmens – in diesem Falle *Prosegur* – über das Recht der freien Meinungsäußerung gestellt“.

Dieser Vorfall ist Ausdruck der sich ändernden medialen Rahmenbedingungen in Argentinien. „2009 wurde hier in Argentinien über ein Gesetz abgestimmt, das die Telekommunikation regelt“, berichtet Federico Larsen, Journalist und Aktivist. Er ist unter anderem für den unabhängigen Sender *Radionauta FM* in Buenos Aires aktiv. „Einer der Artikel dieses Gesetzes enthielt eine Reihe von Verpflichtungen, denen der Staat nachkommen musste, um freie Sender, alternative Hörprogramme und Bürgerradios zu begünstigen“. Damit scheint nun Schluss zu sein.

„*Radionauta FM* bewegt sich als Radio an der Grenze zwischen Legalität und Illegalität“, berichtet der Journalist weiter: „Momentan haben wir keine Lizenz. Die neue Regierung gibt uns keinerlei Garantie, im Gegenteil: Sie fährt eine Politik der

Härte gegen alles, was nicht komplett legal ist. Das betrifft tausende Bürgermedien in Argentinien – nicht nur die Radios. Wir stecken wirklich in einer sehr heiklen Situation. Die Regierung Macri hat angekündigt, das Mediengesetz von 2009 zu zerschlagen oder zumindest komplett zu verändern.“

„harten Schlag gegen die Gegenöffentlichkeit“.

Wenn Private zum Zug kommen

In Argentinien steht nichts Geringeres auf dem Spiel als das Recht auf Information. Die Regierung von Fernández de Kirchner hatte 2009 das noch aus der Zeit



Noch ist *Radionauta FM* auf Sendung. Viele andere unabhängige Medien haben inzwischen subtile oder gar offene Repressionen erfahren. So meldete das nationale Netzwerk der alternativen Medien (*Red Nacional de Medios Alternativos*, RNMA) im Januar 2017 vermehrt Einbrüche bei Mitgliedern und Assoziierten, so geschehen zuerst bei *Revista Anfibia* und *Cosecha Roja* in San Martín Mitte Dezember 2016, dann in der Silvesternacht in Buenos Aires bei *Resumen Latinoamericano*. Auffällig sei hier gewesen, berichteten die Sender, dass die TäterInnen das Büro „peinlich sauber“ hinterlassen hätten und zielgerichtet Kameras, Computer und externe Festplatten verschwanden, ohne dass das Büro durchwühlt worden wäre.

Für das RNMA gibt es daher kaum Zweifel daran, dass diese Angriffe zum Ziel haben, „alternative und Bürgermedien mittels der Entwendung von Arbeitsgeräten wehrlos zu machen und durch die Aneignung von sensiblen Informationen zu demonstrieren“. *Radionauta* kommentiert auf seiner Website die Einbrüche als

der Militärdiktatur stammende argentinische Mediengesetz umformuliert. Ziel dieser Neufassung war es, der Öffentlichkeit den Zugang zu staatlichen und nicht-profitorientierten Medien zu erleichtern. So sollten Monopolbildungen im Medienbereich unterbunden werden. Die erste Fünfjahresbilanz steht denn auch tatsächlich für ein Mehr an medialer Vielfalt: 300 Lizenzen wurden für UKW- und MW-Radios vergeben, 42 kleine TV-Sender in Betrieb genommen, 60 Bezirke und Kommunen mit Kommunikationsmitteln ausgerüstet, 225 Betriebsgenehmigungen für Radio und TV im Bildungsbereich erteilt. Zudem wurden 39 Radio- und TV-Lizenzen für Indigene sowie für private Kleinunternehmen vergeben. Dafür ging weltweit ein Lob durch die Presse.

Präsident Mauricio Macri, der im Dezember 2015 nach einer Stichwahl für vier Jahre zum Regierungschef vereidigt wurde, löste umgehend die Medienbehörde AFSCA auf und gab die Übertragung und den Verkauf von Sendelizenzen frei. Mit seinem Dekret vom 29. Dezember

weiter Seite 10 ➔

⇒ von Seite 9: ARGENTINIEN

2015, das auf einen Konsens der wichtigsten privaten Markt-Akteure baut, wurde zunächst die nationale Kommunikationskörperschaft *Enacom* aus der Taufe gehoben. Sie bezeichnet sich selbst als einen „autarken, dezentralen Organismus, der im Umkreis des Staatsministeriums wirkt“ und ist dem Ministerium für Kommunikation untergeordnet.

Die *Enacom* schreibt jedes Jahr Gelder zur Förderung alternativer Medien aus, so sieht es das Gesetz 26.522 in Artikel 94 vor. „Audiovisuelle Kommunikation ist öffentliches Interesse und hat soziale Tragweite“, heißt es denn auch auf der *Enacom*-Website. Deshalb sei es die „Verpflichtung des Staates, das Recht auf Information zu schützen, den Rechtsstaat zu bewahren, die Meinungsfreiheit zu erhalten“. So steht es wohlwollend in den Regularien des nun von der *Enacom* verwalteten Fonds zur Wettbewerbsförderung für audiovisuelle Kommunikationsmedien (*Fomeca*).

Seit Monaten allerdings steht die *Enacom* unter scharfer Kritik alternativer Medien, im Netz, per Twitter sowie auf der Straße: „Fast elf Monate nach ihrer Schaffung durch das Dekret 267/15 hat es die staatliche Körperschaft, die damit betraut ist, die Vorschriften des Ministeriums in diesem Land anzuwenden, nicht hinbekommen, diese zu erfüllen. Sie hält fast alle Mittel aus dem Förderungsfonds des letzten Jahres zurück, welche den freien, alternative und Bürgermedien sowie ProduzentInnen nach dem Mediengesetz 26.522 zustehen“, so das Netzwerk Alternative Medien in Argentinien, RNMA. Es kritisiert, dass 2015 die bewilligte Summe nicht ausgezahlt wurde. Neben diesen „Schulden in Millionenhöhe“ hätte die *Enacom* die Gelder 2016 dann nicht einmal mehr ausgeschrieben.

Die Gunst des Präsidenten

Ein weiterer Haken: Der Förderetat für *Fomeca* generiert sich aus zehn Prozent der Einnahmen der Behörde aus Steuern und Bußgeldern. Am 4. Februar 2017 verkündete die liberal-konservative Tageszeitung *La Nación*, die Regierung plane, die Mehrwertsteuer zu senken. Der Vorschlag der Stiftung für wissenschaftliche Forschung in Lateinamerika (FIEL) sieht die kategorische Abschaffung der Gebühr vor, sowie die Befreiung der audiovisuellen Telekommunikationsdienstleister von der

Mehrwertsteuer. Von einer solchen Senkung würde zwar das millionenschwere kommerzielle Medienkonglomerat *Grupo Clarín* profitieren, von dem es heißt, es sei der größte Vertriebspartner von Zeitungen im spanischsprachigen Raum. Den alternativen und Bürgermedien jedoch würde so der Hahn zugedreht, da die Mittel aus dem Förderungsfonds *Fomeca* aus eben diesen Steuern kommen. RNMA deutet die Pläne zur Abschaffung dieser Mehrwert-

Negra, „wenn die staatliche Körperschaft einem weiteren Großunternehmer, Jorge Fontevecchia, Chef von *Perfil*, einer der erfolgreichsten Wochenzeitungen, zwei Lizenzen anbietet, um kommerzielle Sender im terrestrischen Fernsehen zu installieren; oder wenn – wie kürzlich bekannt wurde – die *Enacom* der Gruppe *Clarín* den Dienst für mobile Telekommunikation der vierten Generation auf einer Bandbreite von 900 Megahertz autorisiert.“



steuer daher als Versuch, den Sektor der alternativen Medien auszutrocknen, was dem Recht auf Information der Bevölkerung und demokratischen Strukturen zuwiderlaufe.

Antena Negra TV, dessen AktivistInnen im weiteren Prozessverlauf nun Haftstrafen drohen, klagt ihrerseits die Regierungsbehörde *Enacom* an: Sie stecke mit dem Richter unter einer Decke. Beweise gibt es nicht. Die Entwicklungen zeigen aber: Präsident Macri ist Unternehmer, und er zeigt sich insgesamt willig, anderen UnternehmerInnen seine Dienste für private Gewinnmaximierung anzubieten.

Stand im März 2017 ist dieser: Der gesetzlich garantierte Förderungsfonds für alternative Medien *Fomeca* 2015 bleibt unbezahlt, das Equipment von *Antena Negra TV* ist beschlagnahmt, die aktuellen Ausschreibungen der *Enacom* für freies Radio und Fernsehen gibt es weiterhin nicht. „Das Gegenstück zu diesem Angriff auf Bürgermedien wird sichtbar“, so *Antena*

Ob diese Fakten das Ende eines Demokratieverständnisses markieren, wonach das öffentliche Interesse vor dem des Marktes steht, bleibt abzuwarten. Doch bangen alternative und bürgernahe Medien, dass die neue Regierung ihnen Stück für Stück ihre Daseinsberechtigung entzieht. „Der Prozess [gegen *Antena Negra TV*] ist nicht nur für diesen freien Kanal wichtig“, so das nationale Netzwerk alternativer Medien im März 2017, „sondern für alle, die aus Kommunikation ihre Form der sozialen Intervention machen. Falls der Prozess verloren werden sollte, könnte das einen Präzedenzfall gegen uns alle schaffen. Die Kriminalisierung wird Wirklichkeit, wenn der Richter eine Strafe von drei Monaten bis zu zwei Jahren für beide Beschuldigte festsetzen sollte“.

Meike Bischoff ist Linguistin und freie Journalistin. Der Beitrag wurde mit freundlicher Genehmigung des Magazins *iz3w* und der Autorin übernommen. Er wurde ebendort in der Ausgabe 360 (Mai/Juni 2017) als Teil des Dossiers „Dazwischenfunken – Aktivismus in Freien Radios“ erstveröffentlicht.

IN DEN HÄNDEN DER FAMILIE ORTEGA

Die Medienkonzentration im Nicaragua des Daniel Ortega hat Ausmaße angenommen, die in den Ländern der Region mit Besorgnis beobachtet werden.

Von Ralf Leonhard

Anlässlich ihrer Halbjahrestagung im vergangenen April erließ die konservative Interamerikanische Pressevereinigung SIP eine Resolution, in der sie die nicaraguanische Regierung an Artikel 66 der Verfassung erinnerte, der „das Recht der Nicaraguaner auf wahrheitsgetreue Information“ festschreibt. Dieses Recht, so wird dort präzisiert, umfasse „die Freiheit, Information und Gedanken zu suchen, zu erhalten und zu verbreiten“.

Die SIP weist darauf hin, dass Präsident Daniel Ortega seit seinem Amtsantritt vor mehr als zehn Jahren keine einzige Pressekonferenz gegeben habe und die Informationsfreiheit nur auf dem Papier existiere, da sich die meisten Medien „in Händen eines Zweigespanns“ befinden, nämlich der Familie Ortega und eines „ausländischen“ Akteurs. Die wenigen unabhängigen Medien werden zu Pressekonferenzen meist nicht eingeladen. Kein Regierungsmitglied darf ohne den Sanctus von Vizepräsidentin Rosario Murillo Erklärungen abgeben.

Die Kontrolle der Medien erinnert an die Zeiten in den frühen 1980er Jahren, als die Revolution noch jung war und die bürgerliche Opposition erstmals gegen die Herrschaft der sandinistischen Sozialrevolutionäre stichelte. Innenminister Tomás Borge setzte 1981 eine Zensurstelle ein, die darüber wachen sollte, dass keine „Falschmeldungen“ in den Zeitungen erschienen. Die Wahrheitswächter gingen auftragsgemäß mit großer Humorlosigkeit vor und ließen vor allem dem Traditionsblatt *La Prensa* keine Berichte durchgehen, die als negativ ausgelegt wurden. Auch die großflächigen weißen Stellen, mit denen die Zeitung anfangs auf die Zensur aufmerksam machte, mussten mit redaktionellen Inhalten gefüllt werden. Der erz-konservative Radiosender *Corporación* wurde eine Zeitlang ganz vom Netz genommen. Erst das zentralamerikanische Friedensabkommen, das jeden Eingriff in die Pressefreiheit abstellte, brachte 1988



Patricia Orozco, altgediente Sandinistin

ein Ende der Zensur. Der damalige Vizepräsident Sergio Ramírez sah es später in selbstkritischen Schriften als Fehler, die Medien an die Kandare genommen zu haben.

Nach der Niederlage der Sandinisten in den Wahlen vom Februar 1990 herrschte große Medienvielfalt. Die starke sandinistische Opposition sorgte auch während der Präsidentschaft von Violeta Barrios de Chamorro und deren Nachfolgern Arnoldo Alemán und Enrique Bolaños Geyer für große Freiheit der Medien.

Seit 2007 regiert wieder Daniel Ortega, der einst als Revolutionskommandant eine Junta angeführt hatte und 1985 als Präsident vereidigt wurde. Die Sandinistische Befreiungsfront FSLN hat in all den Jahren nie einen anderen Kandidaten gehabt. Ortega weiß um die Macht der Medien. Schon 1990, nach der Wahlschlappe ließ er den Regierungssender *La Voz de Nicaragua* privatisieren. Als *Radio Ya* wird er seither von Rosario Murillo geleitet, der Präsidentengattin, die seit Jahresbeginn auch als Vizepräsidentin amtiert. Sie verstand es, den populären Sender zu einem mächtigen Propagandainstrument umzubauen, das gerne zu Rufmord greift, wenn politische Gegner zu mächtig werden. Frauenrechtsaktivistinnen, die sich gegen das totale Abtreibungsverbot wenden, werden in den regierungskontrollierten Medien als „Parasiten“ und „Anwältinnen des Todes“ verunglimpft.

Mediendirektion, wie die Zensurstelle einst euphemistisch hieß, gibt es heute keine mehr. Die Kontrolle wird über kapitalistische Mechanismen ausgeübt. Unbequeme Medien werden aufgekauft, man sorgt dafür, dass sie keine Inserate bekommen, oder man entzieht ihnen die Frequenz. Die Tageszeitung *El Nuevo Diario* widerstand zunächst dem Kaufangebot von Rosario Murillo, verkaufte dann aber vor einigen Jahren an einen Banker, der Ortega nahesteht. Seither hat sich die Blattlinie merklich angepasst. Im vergangenen April wurde das kritische Programm *Onda Local* der renommierten feministischen Journalistin Patricia Orozco, das seit Jahren einen festen Sendeplatz in *Radio Primerísima* hatte, abgestellt. Das unabhängige Menschenrechtszentrum CENIDH sieht diese Entscheidung als gravierenden Eingriff in die Pressefreiheit. Für den P.E.N.-Club ist die Schließung des populären Programms eine weitere Drehung „einer bedauerlichen Spirale der Repression“.

Die Medienmacht der Familie Ortega, von der die SIP in ihrer Resolution spricht, verteilt sich auf zwei Generationen. Juan Carlos Ortega Murillo, Sohn des Präsidentenpaares, ist Geschäftsführer des Fernsehsenders *Canal 8* und – gemeinsam mit seiner Frau Idania Castillo – Eigentümer der Filmproduktionsfirma *Difuso*, bei der die Werbespots der Regierung in Auftrag gegeben werden. Camila Ortega Murillo leitet den *Fernsehsender 13* gemeinsam mit ihrem Bruder Maurice. Constantino y Edmundo Ortega Murillo stehen dem *Kanal 4* vor. An *Kanal 2*, dem größten privaten Sender, haben die Ortegas auch schon Interesse angemeldet. Dazu kommen Radiosender und die Kontrolle über die einst unabhängige Tageszeitung *El Nuevo Diario*, die von den Erben der Gründer aus ökonomischen Gründen verkauft wurde. Rafael Ortega Murillo, der älteste Sohn, verwaltet die Geschäfte, die mit venezolanischen Petrodollars gespeist werden. Seine Frau Yadira Leets managt die Ölfirma *Distribuidora Nicaragüense de Petróleos* (DNP). Laureano Ortega ist Investitionsberater der Regierung und Leiter der Kanalkommission.

Vorwürfe der Machtkonzentration prallen am Präsidentenpaar ab. JournalistInnen, die solche Fragen stellen würden, bekommen grundsätzlich keine Interviews. ■

FÜR EIN ANDERES MEXIKO: LA JORNADA

Ein Porträt der renommierten linken mexikanischen Tageszeitung, verfasst von ihrem Journalisten und Leitartikler

Luis Hernández Navarro

Mama mía! Was ist denn das? Das ist schön, wunderschön! Ihr seid ja völlig verrückt! Welche Schönheit!“ entfährt es Antonella beim Betreten der Büroräume von *La Jornada*. Ihre Bewunderung gilt dem enormen Plakat, das an den 20. Geburtstag der Tageszeitung erinnert und das Titelblatt mit dem Foto des verstorbenen italienischen Filmstars Marcello Mastroianni zeigt und der Überschrift *Ciao Marcello*.

Antonella hat nicht Unrecht: Auch wenn es im Bewerbungsf formular für die Arbeit in *La Jornada* nicht verlangt wird, muss man zumindest ein wenig verrückt sein, um hier zu beginnen. Es wäre sonst schwer, es in einer Tätigkeit auszuhalten, die sowohl Arbeit wie auch Mission zu sein scheint. Welche andere Tageszeitung würde denn den Tod von Marcello Mastroianni, Marlon Brando oder Antonio Gades zu ihrer Titelgeschichte machen? Wie hätte man sich sonst vor 33 Jahren, mitten im Abflauen der sozialen Kämpfe und praktisch ohne Kapital auf das Abenteuer eingelassen, eine Tageszeitung zu publizieren?

Denn als am 19. September 1984 die erste Ausgabe von *La Jornada* erschien, mit nur 32 Seiten und viel Herzblut, hatte die Austeritätspolitik schon ihre Spuren hinterlassen, viele Basisorganisationen standen am Ende einer Etappe ihres Kampfes und ein politischer Wechsel schien Lichtjahre entfernt. Es gab also wenig Aussicht für das Gedeihen eines Projekts mit alternativem Anspruch, obwohl es mehr als genug Gründe gab, sich auf ein solches Unterfangen einzulassen.

La Jornada wurde von einer Generation von unabhängigen JournalistInnen und SchriftstellerInnen gegründet, die sich in der Tradition von *El Constitucional*, *El colmillo público*, *El Hijo del Ahuizote* und *Regeneración* sahen sowie von vielen anderen Beispielen eines engagierten Journalismus in Mexiko. Sie entstand zu einem Zeitpunkt, in dem die Regierung nach wie vor autoritär und die Meinungsfreiheit weit davon entfernt war, gesichert zu sein.

Die Zeitung war zugleich Ausdruck eines Bruchs und eines Neustarts, den Künstler, Akademiker, Intellektuelle, Gewerkschafter, Universitätsangehörige und Unternehmer – jeweils beiderlei Geschlechts – unterstützten. Seit ihrem Entstehen haben tausende von anonymen BürgerInnen diese Initiative unterstützt, weil sie von der Notwendigkeit eines Mediums überzeugt waren, das der Kommunikation mit der Zivilgesellschaft und nicht mit den Mächtigen diene.

Heute, nach mehr als drei Jahrzehnten, ist klar: Sie haben nicht auf das falsche Pferd gesetzt. Heute verfügt unser Betrieb über eine eigene Druckerei, ein Gebäude und mehrere Subunternehmen. Er gibt eine überregionale Tageszeitung heraus, mit 82 Seiten Umfang und Lokalausgaben. Sein Grundkapital ist dabei die Glaubwürdigkeit.

Wie unsere Direktorin Carmen Lira erklärte: „In diesen Jahren haben wir uns nach besten Kräften für soziale Entwicklung und Gerechtigkeit, für nationale Souveränität, Toleranz und Pluralismus, Respektierung der Diversität, Legalität, Meinungsfreiheit, für den Dialog zur Lösung von Konflikten, Selbstbestimmung, Frieden und Bewahrung des Lebens eingesetzt. Wir haben keine andere Verpflichtung als die gegenüber den LeserInnen und der journalistischen Ethik.“

Kommunizierende Gefäße

Noch vor seiner Zeit als Präsident Brasiliens besuchte Lula da Silva unsere Zeitung, damals in einem Lokal im Bezirk Polanco. Im Gespräch mit einigen JournalistInnen schien Lula alles darüber wissen zu wollen, wie eine mit den Anliegen der Zivilgesellschaft verbundene unabhängige Tageszeitung entsteht. In Brasilien gebe es nichts Vergleichbares. Wenn wir wollen, sagte er, brauchen wir ein Medium wie *La Jornada*. Das ist nur ein Beispiel, wie *La Jornada* außerhalb Mexikos gesehen wird.



In einem Ambiente, in dem die Medien der Kommunikation mit den Mächtigen und dem Profit dienen, wurde *La Jornada* für die Kommunikation der Gesellschaft mit sich selbst gegründet. In einem Land, in dem es an Hintergrundinformationen mangelt, geht es *La Jornada* darum, Informationen und Kommentare zu den jeweils relevanten Problemen zu verbreiten. In einer immer rechtslastigeren politischen Konjunktur vertritt *La Jornada* einen linken, pluralen und demokratischen Journalismus.

So fasste Carlos Payán, *La Jornada*-Direktor zur Zeit der Gründung, die für uns und unsere Arbeit grundlegenden Anliegen zusammen:

- * Ausweitung und Verteidigung der nationalen Souveränität und Unabhängigkeit sowie Solidarität mit den Kämpfen anderer Völker zur Durchsetzung dieser Prinzipien.
- * Verteidigung der individuellen und sozialen Rechte, wie sie Mexikos Grundgesetz definiert.
- * Eintreten für die Bedürfnisse und Forderungen der Arbeitenden in Stadt und Land sowie der marginalisierten Mehrheiten.

* Formelle und tatsächliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens von Mexiko; Ausweitung seiner politischen Vielfalt und Respektierung der Minderheitenrechte.
* Gerechte Verteilung des sozial geschaffenen Reichtums und Begrenzung jeder Art von politischen und wirtschaftlichen Privilegien.

Diesen Grundsätzen folgten wir in den dramatischen Momenten für Mexiko und die Welt. Sie dienten uns als Brücke zu den LeserInnen, die mehr und besser über das Geschehen in ihrem Land und der Welt Bescheid wissen wollten. Von einem zum anderen dieser einschneidenden Ereignisse wuchs die Zahl der LeserInnen: das Erdbeben 1985, der Wahlbetrug 1988, die beiden Golfkriege, der zapatistische Aufstand, der Mord an Luis Donaldo Colosio, der Wahlsieg von Vicente Fox, der Konflikt in Atenco, das Verschwinden der 43 Lehramtsstudenten von Ayotzinapa ...

Das erklärt auch Vorfälle wie diesen: Zwei Delegierte von *La Jornada*, die im Dezember 1999 aus Seattle über das Treffen der WTO und die Proteste dagegen berichten sollten, lasen im Autobus, in dem sie in ihr Hotel zurückkehrten, ein Exemplar der *La Jornada*. Dabei fragte sie ein Passagier, ob sie für diese Zeitung arbeiteten. Als sie es bejahten, sagte er, tausende Kilometer von seiner Heimat entfernt: „Das ist meine Tageszeitung. Freunde in Tijuana schicken sie mir und ich schicke sie nach dem Lesen weiter an Landsleute in Alaska.“

Ein Blatt für die Welt

Abel Prieto ist eine ungewöhnliche Person. Sein Äußeres lässt nicht erkennen, dass er kubanischer Kulturminister war. Mit seinen langen Haaren, Jeanshosen und dickrandigen Brillen ähnelt er mehr einem Vertreter der Gegenkultur als einem Funktionär eines sozialistischen Landes. Vor etwas mehr als einem Jahr erklärte er vor einer Gruppe lateinamerikanischer und europäischer Intellektueller in Caracas: „*La Jornada* ist die weltweit beste antiimperialistische Tageszeitung.“ Die über 30 anwesenden TeilnehmerInnen des Treffens stimmten zu.

Das ist kein Einzelfall. Der renommierte italienische Journalist Pierluigi Sul, der einen Artikel für *La Jornada* geschrieben hatte, bedankte sich in einem Brief: „Geschätzte Kollegen von *La Jornada*, ich lese mich selbst sehr gern auf Spanisch. Was ich schreibe, erscheint mir so weniger dumm. Vielen Dank.“

Ob es uns bewusst ist oder nicht: *La Jornada* hat sich in ein internationales Organ verwandelt. In seinen Seiten informieren sich viele hervorragende ausländische Intellektuelle und zahllose andere bekannte oder anonyme Personen über das Weltgeschehen. Manche wünschen sich eine solche Zeitung für ihr eigenes Land.

In einer globalisierten Welt reicht *La Jornada* über die mexikanischen Grenzen hinaus. Surfer im Internet wollen sich in ihren Seiten über die Lage der 43 Verschwundenen von Ayotzinapa ebenso informieren wie darüber, wie sich die Welt durch den Sieg von Trump verändert hat, und sie finden in diesem Medium eine glaubwürdige Quelle.

Die tägliche Geburt

Ricardo Robles, ein Jesuit, der Jahrzehnte lang mit dem indigenen Volk der Rarámuris in den Bergen von Chihuahua gearbeitet hat, erklärte den Einfluss der Zeitung damit, dass *La Jornada* ein Medium der Menschen sei. Er hat damit Recht. Denn so ist sie entstanden und so überlebt sie. Als die Tageszeitung vor 33 Jahren der Öffentlichkeit präsentiert wurde, war der Andrang so groß, dass viele im Saal keinen Platz fanden.

Die Verantwortung für die Politik des Herausgebers liegt beim Generaldirektor – in diesem Fall der Direktorin –, was in der mexikanischen Medienlandschaft eine rühmliche Ausnahme darstellt. Bestellt wird er bzw. sie von der Generalversammlung.

Die Eigentümer von *La Jornada* sind 160 AktionärInnen: Intellektuelle, Künstler, Reporter, Arbeiter und Unternehmer. Jeder und jede besitzt ein ähnlich großes Aktienpaket. Bei den Entscheidungen gilt das Prinzip: ein Mensch, eine Stimme. Der Verwaltungsrat des Unternehmens entscheidet über die neuen AktionärInnen.



Foto: Ralf Leonhard

Der Autor 2012 bei seinem Besuch in Wien anlässlich der Präsentation seines Buches „Wer Beton sät, wird Zorn ernten“

Auf diese Weise wird die Unabhängigkeit der Zeitung garantiert und verhindert, dass die Kontrolle übernimmt, wer am meisten Geld hat.

La Jornada hat einer Vielzahl von Versuchen standgehalten, Druck auszuüben, um Einfluss auf die Blattlinie zu nehmen oder ihre Autonomie einzuschränken, ob es sich nun um einen Anzeigenboykott oder einen Angriff der Regierung gehandelt hat. Sie hat sich nie davon abhalten lassen, die Informationen zu bringen, die ihr wichtig erschienen, wie riskant das auch zu sein schien. Ihre Unabhängigkeit ist Resultat ihrer täglichen Arbeit und nicht irgendeiner Konzession.

Auch wenn einige Gründungsmitglieder zu anderen Medien gewechselt haben, gibt es eine grundlegende Kontinuität. Die Treue ihrer LeserInnen beweist, dass die heutige *La Jornada* ihrem Gründungsauftrag treu geblieben ist. Diese Kontinuität ist der täglichen Arbeit der JournalistInnen und ArbeiterInnen zu verdanken, die es ermöglichen, dass an jedem Morgen eine neue Ausgabe der Zeitung erscheint.

Viel hat sich in Mexiko in den letzten drei Jahrzehnten geändert. Die Tageszeitung hat diese Transformationen wiedergegeben. Wie vor Jahren der Nobelpreisträger José Saramago bemerkte: Ohne *La Jornada* wäre dieses Land ein anderes. ■

Web: www.jornada.unam.mx/

MEXIKOS PRESSE: GEKNEBELT UND ERMORDET

Am 15. Mai setzten die Schüsse einiger gedungener Mörder dem Leben von Javier Valdez ein Ende. Valdez schrieb als einer der prominentesten Journalisten Mexikos über den Drogenhandel und über die Komplizenschaft der Behörden mit der organisierten Kriminalität. Mitten am Tag wurde er in Culiacán, der Hauptstadt des Staates Sinaloa erschossen, nur wenige Schritte entfernt vom Sitz der von ihm mitgegründeten Wochenzeitung *Riodoce*.

Von Carlos Iaquinandi Castro

Javier war gerade 50 Jahre alt geworden, doch er hatte seit Jahren gewusst, dass sein Beruf und sein persönlicher Einsatz jederzeit den Tod bedeuten könnten. Als zwei Monate vorher seine Kollegin Miroslava Breach von der Tageszeitung *La Jornada* in Chihuahua ermordet wurde, sagte Javier: „Sollen sie uns doch alle umbringen, wenn das der Preis dafür ist, über dieses Inferno zu berichten. Nein zum Schweigen!“

Empörung war die erste Reaktion auf den Mord. *Riodoce* berichtete: „Mit zwölf Schüssen wollten sie Javier zum Schweigen bringen, doch die Mörder haben damit nur die lautstarke Entrüstung von Culiacán bewirkt“. Hunderte marschierten zum Regierungspalast von Sinaloa und erzwangen ein Gespräch mit Gouverneur Quirino Ordaz, wurden dabei aber mit leeren Versprechungen abgespeist.

Die Forderung nach Gerechtigkeit hat es nicht leicht in einem Land, in dem Korruption und Komplizenschaft mit den Drogenhändlern die Strukturen der Macht untergraben und Politiker oft zu bloßen Handlangern des Verbrechens degradieren.

Knebelung und Gewalt

Seit dem Jahr 2000 wurden in Mexiko 126 JournalistInnen ermordet, sieben davon im Lauf dieses Jahres. Ebenso wie in Honduras oder Guatemala ist es ein Beruf mit hohem Risiko. Über die Wirklichkeit zu informieren und dabei nicht zu lügen, nichts zu verheimlichen oder zu manipulieren bedeutet Lebensgefahr. Die Straflosigkeit bei diesen Verbrechen beträgt 97,7%.

Die politische Macht gibt sich dabei scheinheilig: Sie spricht sich zwar für Meinungsfreiheit und Menschenrechte aus, lässt in der Praxis aber permanente Verstöße dagegen zu, während die Sicherheits- und Justizorgane bei der Aufklärung der Verbrechen scheitern. Bestenfalls nehmen sie einzelne Mörder fest, finden aber selten deren Hintermänner.

Der Einsatz von Drohungen und Gewalt gegen JournalistInnen ist nicht den diversen Drogenkartellen vorbehalten. Gouverneure und hohe Funktionäre verfügen über ihre eigenen Auftragskiller. Ihre Aufgabe ist es, die Anschuldigungen wegen Betrug, Korruption, Nötigung und anderen Delikten zum Schweigen zu bringen. In vielen Fällen gibt es auch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Spitzen der Sicherheitskräfte und kriminellen Organisationen.



Sinaloa ist operatives Zentrum jenes Kartells, das der kürzlich an die USA ausgelieferte „Chapo“ Guzmán geleitet hat. Auch sein Nachfolger Dámasco López, der Guzmán einst als Vizedirektor eines Hochsicherheitsgefängnisses die Flucht ermöglicht hatte, wurde inzwischen festgenommen. Doch wie einer Hydra die Köpfe nachwachsen, bringt die Organisation ständig neue Führungsfiguren hervor und ihr Geschäft blüht weiter.

Einsatz und Testament

Javier war für seine Ehrlichkeit und sein Engagement bekannt. Das letzte von mehreren Büchern des Soziologen und Journalisten ist im Vorjahr erschienen: „Drogenjournalismus, die Presse inmitten von Verbrechen und Anklage“. 2011 hat das Komitee für die Verteidigung von

Journalisten seine Arbeit mit dem Internationalen Preis für Pressefreiheit gewürdigt. In seiner Dankesrede sagte er: „In Culiacán zu leben und Journalist zu sein, ist gefährlich, es heißt an einer unsichtbaren Linie entlangzugehen, die von Drogenhändlern und Regierungsmitgliedern gezogen wurde. Man muss sich vor allen in Acht nehmen.“

Javiers Ermordung war nicht die letzte. Wenige Stunden nach diesem Verbrechen schossen in Jalisco gedungene Mörder auf Sonia Córdoba, die Leiterin der Wochenzeitung *El Costeño* und ihren Sohn. Sonia überlebte schwer verletzt, doch ihr Sohn starb bei dem Anschlag. Erst Mitte Juni wurde die (verbrannte) Leiche des am 18. Mai entführten Journalisten Salvador Adamo Pardo aufgefunden.

Im Oktober 2016 hat Javier Valdez in *La Jornada* klar und präzise beschrieben, wie ehrlicher und engagierter Journalismus

sein sollte. Seine damaligen Worte sind ein wichtiger Teil seines Testaments: „Wir reden nicht nur vom Drogenhandel, einer unserer ärgsten Herausforderungen. Wir reden auch davon, wie uns die Regierung zusetzt, über unser Leben in einer Redaktion, die von den Drogenbossen infiltriert ist, auf der Seite eines Kollegen, dem du nicht vertrauen kannst, weil er es vielleicht ist, der Informationen an die Regierung oder die Verbrecher weitergibt...“. Er kritisierte auch die Medienunternehmer, denen es mehr darum gehe „Gewinn zu machen als darum zu berichten,

was in unserem Land vorgeht oder was ihren Reportern zustoßen könnte“.

Bei einer Gedenkveranstaltung erklärte Javiers Kollegin Carmen Aristegui: „Es gibt keinen Zweifel, und alle sollen es wissen, in Mexiko und im Ausland: Dieser Mord ist eine Antwort auf Javiers Arbeit, die kriminelle Reaktion darauf, was Javier sein Leben lang getan hat.“ Sie rief dazu auf, weiterhin zu berichten, zu recherchieren, zu informieren und anzuklagen. Diese Morde sollten die ganze Gesellschaft aufrütteln und dazu ermuntern, ihre Rechte zu verteidigen und die Straflosigkeit zu beenden. Der internationalen Gemeinschaft mögen sie helfen zu verstehen und zu verurteilen, auf wie perverse Art die politische Macht in Mexiko funktioniert. ■

Der Autor ist Redakteur des alternativen Presstedienstes SERPAL. Übersetzung des auf www.alai.net.org veröffentlichten Textes: Hermann Klosius

DIE 40 JAHRE VON ALAI

Ende März 2017 feierte ALAI, die *Agencia Latinoamericana de Información* (Lateinamerikanische Informationsagentur), ihr 40jähriges Bestehen. Ihr Einsatz galt von Anfang an der Demokratisierung der Kommunikation als Grundpfeiler jeder Demokratie, die diesen Namen auch verdient, und er war geprägt von der aktiven Teilnahme diverser, früher stets ausgeschlossener, sozialer Akteure.

Von Hermann Klosius

Die ALAI-Gründung erfolgte in Montreal (Kanada) durch eine Handvoll lateinamerikanischer JournalistInnen, die der fehlenden Information sowie den herrschenden Fehlinformationen über Lateinamerika, wie sie die monopolistische Kontrolle über den Informationsfluss aus und nach Lateinamerika mit sich brachte, etwas entgegensetzen wollten.

Schon nach wenigen Monaten war klar, dass es nicht nur darum gehen konnte, zur Behebung eines Informationsdefizits beizutragen, sondern strukturelle Lösungen im Bereich Kommunikation zu fördern, ausgehend vom Aufbau eines neuen demokratischen, breiten und dezentralisierten Netzwerks der Kommunikation. Das Konzept einer Informationsagentur nach traditionellem Muster wurde so allmählich von einer Logik des Zusammengehens, der Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Initiativen abgelöst. Das erlaubte die Konsolidierung einer auf die sozialen Prozesse und die Organisationsdynamiken sozialer Bewegungen ausgerichteten und damit verbundenen Information und Analyse.

ALAI entwickelte sich somit vor allem als ein Informationswerkzeug, das sich auf ein Beziehungsnetzwerk stützte, in dem alternative und basisnahe Kommunikationsmedien mit sozialen Organisationen, KorrespondentInnen und MitarbeiterInnen sowie Dokumentations- und Forschungszentren der verschiedenen Länder Lateinamerikas zusammenwirkten. Letztlich ist es diesem speziellen, als dynamisches Netzwerk organisierten Zusammenfließen verschiedener Elemente zu verdanken, dass die Agentur diese 40 Jahre durchgehalten hat.

Gegen Zersplitterung

Als eine der vielfältigen Initiativen alternativer und engagierter Kommunikation, die damals in Lateinamerika und der Karibik entstanden und zur sozialen Transformation der Region beitragen wollten,

war sich ALAI der Beschränkungen dieses Potenzials angesichts seiner Zersplitterung bewusst. Deshalb unterstützte sie das „*I. Encuentro de Prensa Popular*“, das Anfang November 1978 in Montreal stattfand. Dort wurde eine Informationskoordination zwischen den verschiedenen Initiativen beschlossen und in weiteren Treffen wurde die Zusammenarbeit ausgebaut und ein gemeinsames Selbstverständnis erarbeitet; dabei entstanden enge Beziehungen zu den sozialen Organisationen selbst.

Diese Zusammenarbeit pflegte ALAI auch nach Verlegung ihres Sitzes nach Ecuador. Daraus ging bereits Ende der 1980er Jahre die Kampagne „500 Jahre Indigener, Schwarzer und Volkswiderstand“ hervor, die ihrerseits heute im ganzen Kontinent präsenste soziale Organisationen wie die Koordination lateinamerikanischer bäuerlicher Organisationen *CLOC/Via Campesina* ins Leben rief. Ein Arbeitsschwerpunkt von ALAI war die Weitergabe der gesammelten journalistischen Erfahrung an Mitglieder sozialer Organisationen und Basismedien. So unterstützte die Agentur etwa die Durchführung eines von der CLOC im Jahr 1997 in Quito organisierten Workshops über Kommunikation und Information, was schließlich zur Gründung der „*Minga Informativa de Movimientos Sociales*“ (Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen im Bereich Information) führte (www.movimientos.org).

Bereits im April 1993 hatte in Quito ein anderes Schlüsselereignis im Ringen um die Demokratisierung der Kommunikation stattgefunden, das von ALAI, dem Zusammenschluss alternativer Radios ALER und der guatemaltekischen Agentur *Cerigua* veranstaltete lateinamerikanische Treffen von alternativen und Basismedien. Ergebnis war neben der intensiveren Koordinierung zwischen diesen Medien eine Erklärung über das Recht auf Kommunikation, die im Juni auf der Wiener Weltkonferenz über Menschenrechte präsentiert wurde. Beim Weltforum „Wien+5“ in

Montreal wurde 1998 die an die UNO gerichtete Forderung formuliert, eine „Weltkonferenz der Kommunikation“ einzuberufen; ALAI war für die Vorarbeiten dafür in Lateinamerika verantwortlich.

Als Höhepunkt der verschiedenen Initiativen zur Förderung des Austausches über Kommunikation und regionale Integration wurde gegen Ende des ersten Jahrzehnts dieses Jahrhunderts das „Kommunikationsforum für die Integration von Nustramérica“ gegründet. Darin sind über 30 Netzwerke, Medien und Koordinationen der sozialen Bewegungen des Kontinents vereinigt, die sich für die Integration der Völker und die Demokratisierung der Kommunikation einsetzen.

Die Frage der Technologie

Auch auf der Ebene der neuen Technologien und des Internets engagiert sich ALAI für die Demokratisierung der Kommunikation. 1991 wirkte die Agentur bei der Gründung von *EcuaneX*, dem ersten Mailprovider des Landes, mit und initiierte *Intercom*, die von NGOs und Universitäten getragene Vereinigung zur Verwaltung dieses Providers.

ALAI hat früh die Bedeutung dieser neuen Technologien für die internationale Organisation sozialer Bewegungen erkannt. So hat sie im Vorfeld der Weltfrauenkonferenz (Peking 1995) die Koordination des „Weltprogramms zur Unterstützung von Frauennetzwerken“ übernommen. Ebenso war ALAI aktiv im Zusammenhang mit dem „Weltgipfel über die Informationsgesellschaft“ der Vereinten Nationen (Genf 2003, Tunis 2005) und hat sich an der im Hinblick darauf erstellten „Erklärung der Zivilgesellschaft“ beteiligt.

Da die Auseinandersetzung über die digitalen Technologien eine der großen Herausforderung der Gegenwart darstellt, nimmt ALAI an der weltweiten Initiative zur Organisation eines Sozialforums des Internets teil, das auf einen Umbau des Internets hin zu einem Internet der BürgerInnen abzielt. In all diesen Jahren ist ALAI seinen Zielen treu geblieben und hat durch ihre kontinuierliche Arbeit dazu beigetragen, die kritische Reflexion über für Lateinamerika und die Welt grundlegende Themen zu fördern. ■

Erstellt auf Grundlage eines Beitrags in der ALAI-Zeitschrift *América Latina en Movimiento*:
<http://www.alainet.org/es/articulo/185104>

ESKALATION DER GEWALT IN VENEZUELA

Die Verantwortung dafür, dass das Land in einer Spirale der Gewalt zu versinken droht, trägt sowohl die gewalttätig agierende Opposition als auch die immer autoritärer darauf antwortende Regierung, meint

Gabriel Hetland.

Die Nachrichten aus Venezuela werden jeden Tag alarmierender. Am 29. März löste der Oberste Gerichtshof das Parlament auf. Trotz der teilweisen Rücknahme dieser Entscheidung wenige Tage danach brach Anfang April eine neue Welle tödlicher Proteste aus. Sie hat bisher (Ende April) 30 Opfer gefordert, deren Zahl täglich steigt (Ende Juni lag sie bereits bei über 90; Anm.). Sowohl AnhängerInnen der Opposition als auch der Regierung wurden getötet. Regierungsbüros wurden geplündert und in Brand gesetzt und Regierungsbeamte ermordet. Kein Ende ist in Sicht.

Die Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) haben in mehreren Krisentreffen ergebnislos über die Lage in Venezuela diskutiert (zuletzt am 19. Juni; Anm.). Venezuela hat seinen Austritt aus der OAS angekündigt und ist damit seinem möglichen Ausschluss zugekommen. Bei vielen hat dieser Schritt

die Einstufung des Landes als Paria-Nation verstärkt.

Venezuelas tiefe wirtschaftliche und soziale Krise dauert an und droht sich angesichts von Chaos und Gewalt weiter zuzuspitzen. Die Opposition zeigte sich entschlossen, die Chancen auf wirtschaftliche Erholung ihrem Ziel des Sturzes von Präsident Nicolás Maduro zu opfern. So hat laut Berichten der *Associated Press* Parlamentspräsident Julio Borges kürzlich über ein Dutzend führende internationale Banken kontaktiert und aufgefordert, keine Geschäfte mit Venezuela abzuschließen. Die Regierung ist ihrerseits mit zunehmender Kritik konfrontiert, angesichts ihrer offenbar völligen Unfähigkeit, die sozioökonomische Krise des Landes zu lösen oder auch nur ihre Tragweite zuzugeben. Viele kritisieren auch zunehmende autoritäre Tendenzen.

Was ist von all dem zu halten? Es zirkulieren derzeit zwei einander widersprechende Einschätzungen zu Venezuelas Krise. Die erste davon, die in westlichen Massenmedien vorherrscht, zeichnet die Regierung als diktatorisches Regime, das brutal eine heroische Opposition unterdrückt, die friedlich für eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen demonstriert. Die zweite Sichtweise, die von der Regierung und einer (vermutlich schrump-

fenden) Gruppe internationaler SolidaritätsaktivistInnen vertreten wird, sieht eine demokratisch gewählte Regierung unter dem Ansturm einer zügellos gewalttätigen Opposition, die eine kleine reiche Elite vertritt, volle Unterstützung durch den US-Imperialismus genießt und auch zu illegalen und amoralischen Mitteln greift, um einen Regimewechsel zu erreichen. Beide Sichtweisen enthalten wahre Aspekte, doch keine wird Venezuelas Krise gerecht.

Die Behauptung, dass Venezuelas Regierung autoritär ist, wurde nahezu während der gesamten chavistischen Periode, die mit der Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten im Jahr 1998 begonnen hat, unzählige Male wiederholt. Bis vor kurzer Zeit war es relativ einfach sie zurückzuweisen, sieht sie doch darüber hinweg, dass Venezuelas Regierungspartei zwischen 1998 und 2015 wiederholt in Wahlen bestätigt wurde. Immerhin ist sie siegreich aus 12 von 15 Urnengängen hervorgegangen und hat ihre Niederlage in den anderen drei Fällen (Dezember 2007, September 2010 und Dezember 2015) anerkannt. Die fünf Wahlen, bei denen Chávez kandidierte, hat er jeweils mit großem Vorsprung gewonnen. Auch Nicolás Maduro, der aktuelle Präsident, wurde demokratisch gewählt. Die regelmäßig wiederholten Vorwürfe des Wahl-

KONTROVERSE UM VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMMLUNG

Die von Präsident Maduro am 1. Mai verkündete Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung trug nicht zur Lösung der politischen Krise bei, sondern hat die Auseinandersetzungen sogar verschärft. Der 30. Juli, an dem die 545 Mitglieder dieser Versammlung gewählt werden sollen¹, gilt vielen Beobachtern und AkteurInnen als entscheidender Stichtag für Venezuelas Zukunft.

Kritik an diesem Vorhaben übt nicht nur das Oppositionsbündnis Tisch der Demokratischen Einheit (MUD), sondern auch linke Gruppen und Einzelpersonen, die sich selbst als „kritischen Chavismus“ definieren, sowie Juristen, AnwältInnen und Richter des Obersten Gerichts. Letztere berufen sich auf einen – inzwischen abgewiesenen – Einspruch, den die Generalstaatsanwältin Luisa Ortega Díaz bei dem Gericht eingereicht hatte, um eine Annullierung der für den 30. Juli angesetzten Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung zu erreichen.

Díaz argumentierte, nur das Volk könne mit einem Referendum eine solche Versammlung einberufen und mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung beauftragen. Die Einberufung durch Präsident Maduro und den Ministerrat sei illegal. Venezolanische Juristinnen und Juristen streiten darüber, ob das in Artikel 348 der Verfassung verbriefte Recht des Präsidenten, „die Initiative zur Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung“ zu ergreifen, bedeute, dass dies ohne vorherige Volksabstimmung geschehen könne.

Auch in großen Teilen der Bevölkerung scheint gegenüber Maduros Initiative Skepsis vorzuherrschen. Laut Umfragen des Meinungsforschungsinstituts *Datanálisis*, das der Opposition nahesteht, lehnen 85 Prozent der Befragten eine Änderung der Verfassung ab. 86,1 Prozent sehen derselben Umfrage zufolge ein Referendum als notwendig an, um eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen.

Andererseits sehen viele Basisorganisationen und Aktivisten in der Reform eine Möglichkeit, die sozialistische Revolution im Land zu vertiefen.

Doch, so der mit dem Chavismus solidarische Intellektuelle Aram Aharonian, eine unilaterale Versammlung werde kaum zu einem positiven Ergebnis führen. „Wenn die Form des Aufrufs, die Zusammensetzung und Funktionsweise der Versammlung die Interessen nur eines der Akteure widerspiegeln, wird sich der politische Konflikt weiter zuspitzen.“ Ohne drastische Maßnahmen auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene und die Sicherheit der BürgerInnen betreffend könne sich die verfassunggebende Versammlung als „Flucht ohne Ziel“ erweisen. Die Opposition hat für die Zeit bis zum 30. Juli bereits massive Protestaktionen angekündigt.

hekl

¹ 1/3 davon als VertreterInnen diverser Gremien, 2/3 aus Gemeindefürsprechern

betrugs sind unbegründet, da ihn Venezuelas Wahlsystem, das Jimmy Carter als „das Beste der Welt“ bezeichnet hat, so gut wie ausschließt.

Autoritäre Maßnahmen der Regierung

Während frühere Vorwürfe, Venezuela bewege sich in eine autoritäre Richtung, kaum eine reale Grundlage hatten, hat es eine Reihe von Regierungsmaßnahmen seit Beginn des Jahres 2016 zunehmend schwerer gemacht, diesen Anschuldigungen zu widersprechen. Zunächst hat der Oberste Gerichtshof als gegenüber der Regierung untergeordnete Instanz so gut wie jeden Gesetzesbeschluss des seit den Wahlen vom Dezember 2015 von der Opposition kontrollierten Parlaments blockiert. In einigen Fällen hat das Parlament versucht, seine Kompetenzen zu überschreiten, indem es etwa Gefangene wie Leopoldo López zu amnestieren versuchte. Doch seine systematische Blockade durch den Obersten Gerichtshof hebelte die oppositionelle Parlamentsmehrheit – und damit das Wahlergebnis vom Dezember 2015 – de facto aus.

Zweitens unterband die Regierung im Oktober 2016 nach monatelanger Verschleppung ein von der Opposition angestrebtes und laut Verfassung zulässiges Abwahlreferendum. Drittens verschob die Regierung auf unbestimmte Zeit verfassungsgemäß für das Jahr 2016 vorgesehene Kommunal- und Regionalwahlen. Viertens verfügte der Oberste Gerichtshof wie oben erwähnt im März die Auflösung des Parlaments, ehe er einige Tage danach einen Rückzieher machte, nachdem ihn Maduro zu einer Überprüfung dieser Entscheidung aufgefordert hatte. Maduro hatte sich dazu veranlasst gesehen, nachdem Generalstaatsanwältin Luisa Ortega die Entscheidung des Höchstgerichts öffentlich als „Bruch der verfassungsmäßigen Ordnung“ verurteilt hatte. Fünftens wurde im April 2017 der führende Oppositionelle und zweimalige Präsidentschaftskandidat Henrique Capriles aus fragwürdigen Gründen für 15 Jahre von jeder politischen Kandidatur ausgeschlossen.

Durch die erwähnten Maßnahmen verunmöglicht es die venezolanische Regierung der Bevölkerung systematisch, sich durch Wahlen zu äußern. Das lässt sich nur als schleichende autoritäre Entwicklung bezeichnen. Andererseits trifft aber die Charakterisierung Venezuelas als durchwegs autoritäres Regime nicht zu, berück-



Foto: Hugo Lodono/Flickr

sichtigt man den beachtlichen Zugang der Opposition zu traditionellen und sozialen Medien sowie ihre Möglichkeiten, regierungsfeindliche Proteste durchzuführen (trotz einiger Beschränkungen, die zum Teil als legitim erscheinen, wie etwa der limitierte Zugang zu Teilen von Caracas angesichts der wiederholten Zerstörung von Regierungseigentum).

Kritik an der Regierung wegen ihrer autoritären Maßnahmen ist ebenso gerechtfertigt wie wegen ihrer anhaltenden Unfähigkeit, wirksame Schritte zur Überwindung der sozioökonomischen Krise des Landes zu setzen. Doch die Opposition ist weit davon entfernt, jenes unschuldige Opfer zu sein, als das sie viele Medienberichte erscheinen lassen. Ein besonders haarsträubendes Beispiel für die Verharmlosung der Gewaltbereitschaft der Opposition in Vergangenheit und Gegenwart bietet ein am 19. April in der *New York Times* veröffentlichter Artikel. Er verwandelt den gewaltsamen Putsch gegen Hugo Chávez vom April 2002 auf wunderbare Weise in eine friedliche „Protestbewegung“: „Während Protestbewegungen der Opposition in der Vergangenheit oft versucht haben, die linke Regierung zu stürzen – eine davon hat 2002 sogar den damaligen Präsidenten Hugo Chávez für kurze Zeit abgesetzt...“

Oppositionelle Bereitschaft zur Gewalt

Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass die Bereitschaft der Opposition, Gewalt und verfassungswidrige Mittel gegen die Regierung anzuwenden, sich nicht auf den Putsch von 2002 beschränkt, sondern bis heute andauert. Im April 2013 weigerte sich die Opposition, Maduros Wahlsieg

anzuerkennen, obwohl es keinerlei Anzeichen für Betrug gab, und organisierte gewalttätige Proteste, die mindestens sieben tote Zivilisten zur Folge hatten. Weitere 41 Menschen starben zwischen Februar und April 2014 in einer neuerlichen, von der Opposition ausgelösten Welle der Gewalt. Es gibt weitgehende Übereinstimmung darüber, dass diese Toten sowohl auf das Konto oppositioneller AktivistInnen wie auf das der staatlichen Sicherheitskräfte gehen, wobei einige der Berichte jeder Seite die Verantwortung für etwa die Hälfte dieser Todesfälle geben. Es ist allerdings schwierig, darüber zuverlässige Informationen zu erhalten.

Während der aktuellen Protestwelle hat die Opposition zahlreiche Gewaltakte verübt. In einem Bericht aus Venezuela schrieb Rachel Boothroyd Rojas am 23. April:

„Die Liste der Gewaltakte der letzten 18 Tage ist schockierend – Schulen wurden ausgeraubt, ein Gebäude des Obersten Gerichtshofs wurde abgeackelt, ein Luftwaffenstützpunkt angegriffen, Einrichtungen des öffentlichen Transports und des Gesundheitswesens wurden zerstört. Mindestens 23 Menschen wurden getötet und eine viel größere Anzahl verletzt. In einem der schockierendsten Fälle rechter Gewalt mussten am 20. April Frauen, Kinder und über 50 Neugeborene durch die Regierung aus einer öffentlichen Geburtsklinik, die von oppositionellen Banden angegriffen wurde, evakuiert werden.“

Zu einem tragischen Todesfall kam es am 23. April, als die 47-jährige Krankenschwester Almeline Carillo, die auf dem Weg zu ihrer Nachmittagssschicht war, den Weg einer chavistischen Demonstration kreuzte und dabei durch eine von einem Sympathisanten der Opposition aus einem

⇒ von Seite 17: VENEZUELA

Hochhaus geworfene Flasche tödlich verletzt wurde.

Wie reagieren?

Es ist nicht klar, wann oder wie Venezuelas Abwärtsspirale aufhören wird. Angesichts dessen steht jeder und jede, der oder die sich für Venezuela interessiert, insbesondere fortschrittliche AktivistInnen, StudentInnen und JournalistInnen, welche die zahlreichen wichtigen Errungenschaften der bolivarianischen Revolution begrüßt und dokumentiert haben, vor einer dreifachen Aufgabe.

Erstens: wahrheitsgemäß zu informieren. Das bedeutet natürlich, über die brutale und tödliche Anwendung von Gewalt seitens der Opposition gegen Regierungsbeamte, chavistische AktivistInnen und unbeteiligte PassantInnen zu informieren und sie zu dokumentieren. Dieses Thema verdient weit mehr Beachtung, als es in den Berichten der Massenmedien aus Venezuela erhält. Die Linke darf jedoch nicht blind sein gegenüber dem autoritären Abdriften der Regierung und ihrer ungeeigneten Politik. Und zwar nicht aus einem blinden Vertrauen in die liberale, repräsentative Demokratie heraus, sondern weil autoritäre Herrschaft unvereinbar ist mit dem positiven, wenn auch widersprüchlichen und fehlerhaften Projekt des Aufbaus einer partizipatorischen Demokratie, das auch vom Chavismus gefördert wurde.

Zweitens: Zurückweisung jeder Form von Aufruf zu einer imperialistischen Intervention, um Venezuela zu „retten“. Solche Versuche werden nicht nur scheitern, sondern sie würden voraussichtlich eine schwierige in eine tragische Situation verwandeln, wie es die Schrecken von Irak und Afghanistan nur zu gut zeigen.

Drittens: Solidarität mit der Mehrheit der Bevölkerung Venezuelas, die unter einer rachsüchtigen und rücksichtslosen Opposition leidet, aber auch unter einer inkompetenten und unverantwortlichen Regierung. Wenn ein Slogan die aktuelle Stimmung der Bevölkerung in den Armenvierteln und Dörfern Venezuelas zum Ausdruck bringt, dann ist es wahrscheinlich dieser: *Que se vayan todos!* Alle sollen abhauen! ■

Der Autor ist Assistenzprofessor für Lateinamerikanische, Karibische und US-Latino-Studien an der Universität von Albany. Seinen Ende April auf <https://nacla.org> veröffentlichten Beitrag hat Hermann Klosius übersetzt.

EL SALVADOR

DIE FRAUEN HINTER DEM

Am 29. März stimmte der salvadorianische Kongress mit großer Mehrheit für das Verbot jeden Abbaus von Gold und anderen Metallen. Durch diese historische Entscheidung zum Schutz von Umwelt und Gesundheit wurde El Salvador zum weltweit ersten Land, in dem der Metallbergbau untersagt ist. In den jahrelangen Mobilisierungen, die ihr vorangegangen sind, haben Frauen eine entscheidende Rolle gespielt.

Von Daniela Marin Platero und Laila Malik

Sieben Jahre hatte der Konflikt mit einem kanadisch-australischen Unternehmen um das Projekt *El Dorado* gedauert, bei dem es um die Ausbeutung von Goldminen in der Region Cabañas im Norden des Landes ging. Die Stimmen der betroffenen Gemeinden, von Umweltorganisationen und zahlreichen Bevölkerungsschichten wurden schließlich erhöht. „Das ist ein mutiger und außergewöhnlicher Schritt, um der Umwelterstörung in diesem Land Einhalt zu gebieten“, kommentierte Lina Pohl, die salvadorianische Umweltministerin, die Entscheidung.

Das Projekt *El Dorado* bedeutete ein enormes Verschmutzungsrisiko für den Fluss Lempa, Wasserquelle für 77,5% der Bevölkerung El Salvadors. Die Wasservorräte des Landes sind knapp und zählen zu den am stärksten verschmutzten der Region, auch das Ausmaß sonstiger Umweltschäden ist enorm. Das Förderverbot bedeutet – so die feministische Ökologin **Carolina Amaya** (Foto), die für UNES, eine Mitgliedsorganisation der *Mesa Nacional Frente al a la Minería Metálica*, arbeitet – das Aus für 25 Bergbauprojekte in der Explorationsphase sowie einer gültigen Förderlizenz für das transnationale Unternehmen *Commerce Group*.

Das Verbot ist das Ergebnis von über elf Jahren Aktivismus auf Gemeindebe-

ne. Ländliche und städtische Frauen spielten in dieser Zeit eine maßgebliche Rolle: in der Bewusstseinsbildung auf lokaler Ebene, den Mobilisierungen, den Straßenblockaden und Protestzügen zur Verteidigung ihrer Territorien, ihrer Rechte und Gemeinschaften. Ihre Aktivitäten haben entscheidend zum Kurswechsel in El Salvadors Politik in Bezug auf den Bergbau beigetragen, der nach dem Ende des zwölfjährigen Bürgerkriegs im Jahr 1992 als Hoffnungsbereich für Investitionen gegolten hatte.

Angesichts der unmittelbar drohenden ökologischen und sozialen Folgen des



Bergbaus haben die Frauen in diesem Kampf und bei diesem historischen Sieg eine Schlüsselrolle gespielt. *Amaya*, *Antonina Recinos* und *Vidalina Morales* sind drei der Frauen, die sich Jahre hindurch, gemeinsam mit hunderten anderen Frauen, in dieser Bewegung engagiert und sich dabei gegenseitig inspiriert und gestützt haben.

HISTORISCHEN SIEG FÜR DIE UMWELT



„Ohne Zweifel, wir Frauen haben lokal eine Vorreiterrolle gespielt. Ohne unsere aktive Teilnahme wäre dieser Kampf wohl kaum erfolgreich ausgegangen“, meint **Morales**, die Präsidentin von ADES, der Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung von Santa Marta (Foto oben). „Ich bewundere zutiefst die vielen Frauen, die an diesem Kampf teilgenommen haben“, erklärt Recinos. Sie sei anfangs selbst durch Morales inspiriert worden. „Sie hat sich stets an allen möglichen Fronten für die Verteidigung des Lebens eingesetzt. Ich habe bei vielen Anlässen an ihrer Seite teilgenommen und dabei aus vollster Überzeugung unsere Territorien verteidigt sowie den Bergbau entschieden abgelehnt.“

Für Recinos ist dieser Sieg alles andere als abstrakt. Die 25jährige Frau ist in Santa Marta aufgewachsen, einer Gemeinde, die stark in den bewaffneten Konflikt der 1980er Jahre involviert war. Seit Kriegsende verfolgt sie ein Entwicklungsmodell, das sich auf die Organisation an der Basis stützt, mit starker Betonung der Methoden der Volkserziehung.

„Der Bergbau bedeutet den unabwendbaren Tod. Die Erfahrungen in anderen Ländern, in denen Bergbau betrieben wird, zeigen, dass Körper und Leben der Frauen am stärksten davon betroffen sind.“

Amaya stimmt zu, hebt aber hervor, dass in vielen Fällen die Beteiligung der Frauen in den Hintergrund gedrängt worden ist. „Der Kampf gegen die Macht der Bergbauunternehmen in El Salvador war vom Schweiß und dem Blut der Frauen geprägt. Es waren mehrheitlich Frauen, die sich auf lokaler und nationaler Ebene mobilisiert haben, um auf die Entscheidungsträger Druck auszuüben, auch wenn sie nach außen hin und in den Medien nicht aufgeschienen sind. Obwohl sie in der Mehrheit waren, wurden sie von den Männern, zu meist ihren Gefährten im Kampf, unsichtbar gemacht.“

Der Sieg hat aber auch einen Preis gehabt. Sowohl Recinos als auch Morales erinnern an den Mord an Mitkämpferinnen wie Dora Alicia Sorto, Mitglied des Umweltkomitees von Cabañas, die im Jahr 2009, im achten Monat schwanger, ermordet wurde. Morales: „Wir halten diese blutige Erinnerung in Ehren.“

Nächste Schritte

Auch wenn das Verbot des Metallbergbaus in El Salvador einen für das Land und die Welt außergewöhnlichen Erfolg darstellt, wird ständige Wachsamkeit nötig sein, um den Wasserschutz für El Salvadors Bevölkerung sicherzustellen.

Für Amaya ist die Liste der ungelösten Aufgaben umfangreich. Es geht etwa darum, dafür zu sorgen, dass *Oceana Gold* die acht Millionen US-Dollar an Kompensationszahlungen, zu denen das Unternehmen verurteilt wurde, auch leistet und dass sie zur Erholung der Ökosysteme und zugunsten der Opfer der Minenunternehmen verwendet werden. Es gilt auch, die Organisation auf Gemeindeebene im Kampf gegen den Bergbau im Hinblick auf einen möglichen Regierungswechsel zu stärken. Weiters sollen gesetzliche Schutzmaßnahmen wie das Wassergesetz und die Ratifizierung des Artikels 169 der ILO-Konvention durchgesetzt werden, um die Naturgüter auf legalem Weg vor dem Bergbau zu schützen.

Dem fügt Catherine Coumans von der kanadischen Organisation *Mining Watch* die Notwendigkeit ständiger Wachsamkeit hinzu. „Die Entscheidung des Volks von El Salvador, die durch seine Regierung respektiert wurde, muss jetzt dauerhaft verteidigt und unterstützt werden, da sie zweifellos ständig von Bergbauunternehmen wie *Oceana Gold* und der internationalen Bergbaulobby angegriffen werden wird.“

Für Morales sind die Botschaft und der künftige Weg klar: „Wir sind die legitimen BesitzerInnen unserer Territorien ebenso wie unserer Körper. Wir können nicht weiterhin leben, ohne auf unsere Naturgüter zu achten und sie zu schützen. Es braucht organisatorische Anstrengungen auf allen Ebenen und Arbeit am Entwurf und der Verteidigung alternativer Projekte.“ Ihre Botschaft und dieser Sieg ermutigen die Gemeinden von ganz El Salvador und über seine Grenzen hinaus weiterzumachen. ■

Übersetzung des im April auf www.awid.org erstveröffentlichten Beitrags: Hermann Klosius

Nachtrag: Ende April gründeten Delegierte von Gemeinden und Umweltorganisationen aus El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua bei einem Treffen in Managua die Zentralamerikanische Allianz gegen Bergbau (ACAFREMIN). Alle vier Länder haben in den letzten Jahrzehnten eine Ausweitung des Bergbaus erfahren, der die gemeinsame Widerstandsfront entgegenwirken will.

EIN JAHR TEMER-REGIERUNG: RISSE IN DER MACHTKOALITION

„Ich werde nicht zurücktreten!“, erklärte Brasiliens Interimspräsident Michel Temer am 18. Mai 2017 vor laufenden Kameras. Am Tag zuvor hatte die Zeitung *O Globo*, eine der einflussreichsten im Lande, brisante Enthüllungen veröffentlicht: Laut Audiomitschnitt soll der Präsident in einem Telefongespräch mit dem Fleischmogul Joesley Batista vom Konzern JBS die Zahlung von Schweigegeld an einen Parteikollegen sowie die Bestechung anderer öffentlich Bediensteter gebilligt haben.

Von Ricardo Borrmann

Bei dem genannten Partei-Kollegen handelte es sich um den ehemaligen Parlamentspräsidenten Eduardo Cunha, der für die erfolgreiche Durchführung des Amtsenthebungsverfahrens gegen die damalige Präsidentin Dilma Rousseff verantwortlich war. Er wurde wegen Geheimkonten in der Schweiz mit Korruptionsgeldern aus dem Staatsölkonzern *Petrobrás* zu 15 Jahren Haft verurteilt und sitzt seit letztem Oktober in Haft. Ihm wird von den Verteidigern Rousseffs vorgeworfen, mit dem Verfahren einen Rachezug gegen die damalige Staatschefin geführt zu haben, nachdem Abgeordnete der PT der Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gegen Cunha zugestimmt hatten. Deshalb wird die Amtsenthebung von der Opposition beim Obersten Gerichtshof angefochten. Dieser überprüft derzeit den Vorwurf.

Seit der Amtsenthebung von Rousseff vor einem Jahr sitzt ihr ehemaliger Vize Temer aus der Mitterrechtspartei PMDB als Interimspräsident im Amt. Die wirtschaftliche und politische Krise Brasiliens hat sich seither noch vertieft. Das von Temer betriebene regressive wirtschaftliche und sozialpolitische Programm hat das Land in die schwierigste Lage seit dem Ende der Militärdiktatur Mitte der 1980er Jahren geführt. Viele Analysten sprechen von einem „kalten Putsch“ gegen die Präsidentin und von einer Zäsur im gesellschaftspolitischen Pakt, der das Land seit der neuen Verfassung 1988 politisch prägte. Die aktuellen Ermittlungen des Obersten Gerichtshofs gegen Temer bekräftigen diese These.

In nur einem Jahr Regierungszeit verlor Temer bereits drei Minister wegen Verwicklungen in den Korruptionsskandal rund um den Staatsölkonzern *Petrobrás*. Soziale Bewegungen und Gewerkschaften organisierten große Demonstrationen

gegen die von der Regierung betriebenen regressiven Reformen von Arbeitsrecht und Pensionssystem sowie für sofortige Präsidentschafts-Neuwahlen. Am 28. April wurde zum ersten Generalstreik seit 21 Jahren aufgerufen, an dem sich laut Gewerkschaftsangaben 35-40 Millionen (!) Menschen beteiligten. Ein zweiter Generalstreik fand Ende Juni statt.

Die „Stimmen der Straßen“ sollen an die großen Protestaktionen für direkte Demokratie am Ende des Militärregimes erinnern. Am 24. Mai etwa fand in der Hauptstadt Brasilia eine große Kundgebung gegen die Regierung statt, an der laut Angaben der Organisatoren 150.000 Menschen teilnahmen. Die Polizei reagierte mit Gewalt und die Regierung rief den Ausnahmezustand aus. Bilder von Panzern und brennenden Regierungsgebäuden in der Hauptstadt gingen um die Welt.

Die Reaktion von Temers Kabinett wurde so heftig kritisiert, dass er sich gezwungen sah zurückzurudern, die Polizeigewalt einzudämmen und das Militär zurückzuziehen. Wie schon in den 1980er Jahren wurde von AktivistInnen, KünstlerInnen und Intellektuellen eine bundesweite Kampagne für „Direkte Wahlen“ (*Diretas Já*) gestartet.

Bruch in der Machtkoalition?

Es gibt immer stärkere Anzeichen für einen Bruch in der Machtkoalition, die Dilma Rousseffs Entmachtung betrieben hat. Temers Ankündigung, er werde nicht zurücktreten, schloss die Möglichkeit einer raschen Lösung der Staatskrise aus. Letzten Umfragen zufolge ist der Beliebtheitswert des Präsidenten bei historisch niedrigen fünf Prozent angelangt. Mehr als 70 Prozent sollen seine Reformpläne ablehnen. Die Opposition im Kongress sieht sich gestärkt und fordert sofortige direkte Wahlen.

Die Verfassung sieht diese Möglichkeit allerdings nicht vor. Erst nach einer Verfassungsänderung wären Neuwahlen vor 2018 möglich. Die dafür notwendige qualifizierte Mehrheit kann Temer nach wie vor verhindern. Eine Einigung innerhalb der konservativen Sektoren im Parlament über indirekte Präsidentschaftswahlen (durch das Parlament selbst) mit einem Kandidaten aus den eigenen Reihen scheint daher die wahrscheinlichste Lösung, für die auch der mächtige Medienkonzern *Globo* jüngst Stimmung macht. Die Regierungskoalition hingegen fürchtet, dies könnte ein Ende des von Temer eingeschlagenen neoliberalen Kurses bedeuten.

Die Abwärtsspirale dreht sich indes weiter: Am Tag nach den Enthüllungen über Temer wurde die Schwester des 2014 geschlagenen Präsidentschaftskandidaten Aécio Neves verhaftet. Das steht im Zusammenhang mit Vorwürfen gegen Neves, er habe durch Strohleute unversteuerte Gelder entgegengenommen. Neves selbst konnte vorerst wegen seiner Immunität als Parlamentarier nicht verhaftet werden. Allerdings entzog ihm der Oberste Gerichtshof inzwischen seinen Sitz im Senat. Daraufhin trat er als Parteivorsitzender der PSDB zurück. Dies bedeutet einen massiven Rückschlag für den größten Koalitionspartner der Regierung Temer.

Neves hatte übrigens nach der knappen Niederlage gegen Dilma Rousseff bei der Stichwahl 2014 Klage beim Obersten Wahlgericht dagegen erhoben. Der Prozess ging auch nach deren Absetzung weiter und wurde nun zur Bedrohung für die De-facto-Regierung, da Korruptionsbeweise aus 2014 auch den damaligen Vize-Präsidenten Temer betrafen.

Das Urteil erfolgte am 9. Juni und zeigt, wie weit der Verfall des politischen Systems Brasiliens bereits fortgeschritten ist. Alle Richter waren sich darin einig, dass es im Wahlkampf zu schwerwiegenden Unregelmäßigkeiten kam. Zu einer Verurteilung reichte dies jedoch nicht, da vier Richter aus formalen Gründen gegen die Berücksichtigung von erst später gesammelten Korruptionsbeweisen votierten. Der Gerichtsvorsitzende Gilmar Mendes begründete seinen Freispruch für Temer damit, dass andernfalls auch viele vorhergehende Wahlen annulliert werden müss-



Michel Temer mit anderen Kabinettsmitgliedern (2016)

ten. Mit anderen Worten: ein amtliches Eingeständnis, dass die Politik korrupt ist, aber nicht abgestraft werden kann.

Diesbezüglich kam Temer also gerade noch davon, aber nach den JBS-Enthüllungen verließen weitere Parteien die Regierung und selbst die PSDB drohte die Koalition platzen zu lassen. Innert kürzester Zeit wurden 17 Amtsenthebungsverfahren gegen Temer eingeleitet, eines davon durch den juristisch einflussreichen Anwälteverband OAB. Zusätzlich erhob Ende Juni Generalstaatsanwalt Rodrigo Janot Anklage gegen Temer wegen Annahme von Bestechungsgeldern. Der Kongress muss nun über ein Verfahren zur Amtsenthebung entscheiden.

Viele Beobachter sehen Temer nicht mehr in der Lage, den für das konservative Spektrum zentralen neoliberalen Kurs voranzutreiben. Jedenfalls benötigt die Regierungskoalition ein neues Gesicht für die kommenden Wahlen. Währenddessen steigt Lulas Popularität in Umfragen wieder.

Würden heute direkte Wahlen abgehalten, hätte Lula gute Chancen auf eine Wiederwahl, trotz einer massiven medialen Gegenkampagne und ständiger neuer Vorwürfe im Rahmen der „Autowäsche-Operation“ (*Lava-Jato*), dem bis jetzt größten Korruptionsverfahren im Lande. Die Ermittlungen haben fast das ganze Parteienspektrum (auch Lulas PT), viele Beamte sowie Großbauunternehmen erreicht. Viele StrafrechtlerInnen sprechen jedoch von einem autoritären und selektiven Ermittlungsverfahren durch die Justizbehörden, wodurch die öffentliche Meinung zusätzlich gegen das politische System aufgebracht wird.

Besonders dem medial umtriebigen Untersuchungsrichter Sérgio Moro wird vorgeworfen, eine Art Kreuzzug gegen Lula und das politische Establishment insgesamt zu führen. Lulas Anwälte beklagen, dass ihr Mandant ständigen Vorwürfen ausgesetzt wird, die meist auf Aussagen von Kronzeugen beruhen. Diese ihrerseits von Korruptionsanklagen bedrängten Zeugen können im Gegenzug mit Strafmilderung rechnen, was die Glaubwürdigkeit solcher Aussagen in Frage stellt.¹

Vom Klassenkompromiss zur Staatskrise

Karl Marx und Friedrich Engels behaupteten einst, der Staat sei das Exekutivkomitee der Bourgeoisie. Diese These scheint auf viele westliche Demokratien zuzutreffen. Im Vergleich zum enormen Einfluss von Großkonzernen in den politischen Strukturen verlieren die Interessen von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen oder Sozialbewegungen immer mehr an Bedeutung – eine Herausforderung für die Demokratie überall in der Welt.

Eine Ausnahme war Brasilien unter der PT-Regierung: Mit dem Programm „Wohlstand für alle“ verhalf Lula geschätzten 30 Millionen Menschen aus der Armut, die Arbeitslosigkeit sank auf das historische niedrige Niveau von fünf Prozent, die Wirtschaft wuchs rasant und das Land wurde auf internationalem Parkett zum Global Player und war angesehenes Mitglied der BRICS-Staaten. Lula da Silva schuf einen Kompromiss, bei dem die Reichsten weiter ihre Gewinne machten und die Einkommensschwächeren endlich eine Chance auf sozialen Aufstieg hatten.

Allerdings wurden anstehende, das Wahlverfahren, die Medienlandschaft, das Bildungswesen, das Steuersystem und die Landverteilung betreffende Reformen verschoben. Staatsbürokratie und Justiz wurden mit neuen Posten aufgebläht, während deren konservatives Weltbild unangetastet blieb. Ebenso blieb das autoritäre Selbstverständnis der „weißen Eliten“ in den Großstädten bestehen. Die Mittelschicht hingegen fühlte sich bedrängt zwischen den Gewinnen der Reichen und dem Aufstieg der armen, mehrheitlich dunkelhäutigen Bevölkerung. Ihre Wahrnehmung einer heraufdräuenden Staatskrise wurde von den dominierenden Medien befeuert.

Das wurde Lulas Nachfolgerin Rousseff zum Verhängnis. Sie konnte sich nicht mehr auf eine positive Weltwirtschaftskonjunktur stützen. Die Opposition im Parlament brachte sie mit ihrem im Vergleich zu Lula weniger diplomatischen Regierungsstil zusätzlich gegen sich auf. Nach ihrer knappen Wiederwahl versuchte die Präsidentin, die Wirtschaft durch einen „marktorientierten“ Kurs wieder anzukurbeln. Der Plan ging nicht auf: Die zum Teil gegen Wahlversprechen stehenden Maßnahmen (Steuersenkungen) verstimmten ihre Wählerbasis.

Als erste Maßnahme verkündete die neue Regierung unter Temer eine drastische Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Sie sollen nach einer Gesetzesänderung für die kommenden 20 Jahre gemäß der Inflationsrate limitiert werden, was faktisch Kürzungen im Gesundheitswesen, bei Bildung und Sozialprogrammen bedeutet. Auf der anderen Seite wurde eine Gehaltserhöhung für Staatsbeamte und Justiz beschlossen. Die Zustimmung des Staatsapparates zum regressiven Kurs schien wichtiger als die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung.

Außerdem wurden Reformen der Arbeitsgesetze und des Rentensystems angekündigt. Die (inzwischen verabschiedeten; Anm.) Arbeitsreformen der Temer-Regierung gehen in Richtung einer (neoliberalen) Flexibilisierung des Arbeitsmarkts im Sinne von mehr prekären Arbeitsverhältnissen, Entzug von historischen Rechten, Ausbau des Mindestlohnsektors und Schwächung der Gewerkschaften. Auch die Renten sollen gekürzt und der Arbeitgeberbeitrag gesenkt werden.

Das Agrobusiness hingegen sieht sich in seinen Machtansprüchen bestärkt. Die Folge ist eine Zunahme akuter Landkonflikte: Bereits für 2016 verzeichnete die

Foto: Beto Barata/flickr

⇒ von Seite 21: BRASILIEN

DER ANGRIFF AUF

katholische Landpastoralkommission (CPT) 61 Tote, deutlich mehr als 2015. In den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres waren bereits 37 Tote zu beklagen.

„Das Volk ist nicht naiv“

Die Frage, wer mit dieser Staatskrise gewinnt, bleibt bis auf weiteres offen. Werden die Opposition und die organisierten Sektoren der Gesellschaft die konservativen Reformen Temers stoppen können? Wird Lula sich als Kandidat der linksliberalen Kräfte durchsetzen, oder werden die Parteien des rechten Lagers einen neuen Kandidaten präsentieren können? Vor diesem Panorama treten verstärkt Abenteuer und unkonventionelle Figuren, wie Dória, der Bürgermeister von São Paulo, oder der Rechtsradikale Bolsonaro aus Rio als mögliche Optionen auf.

Werden andererseits die Temer-GegnerInnen mit ihren Slogans „sofortige Wahlen“ (*Diretas Já*) und „Weg mit Temer“ (*Fora Temer*) größere Bevölkerungsschichten mobilisieren können? Obwohl die Bevölkerung mehrheitlich für eine Rückkehr Lulas zu sein scheint, blieb sie bei den Vorgängen um die Amtsenthebung von Rouseff weitgehend im Abseits. Die Bewegung *Ocupa Brasília*, ursprünglich von den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen als Protest gegen die Arbeits- und Rentenreform gedacht, gewann nach den Vorwürfen gegen Temer an Elan. Lula bleibt bis dato der aussichtsreichste Kandidat für die kommenden Wahlen. Im Volksmund heißt es: „o povo não é bobó“ („Das Volk ist nicht naiv“). Deswegen sind die konservativen politischen Sektoren eher für indirekte Wahlen durch das Parlament, mit einem Namen aus den Reihen der aktuellen Machtkoalition, um so bis zu den kommenden Wahlen 2018 die neoliberalen Reformen weiterzuführen – Reformen, die an den Urnen nie Zustimmung finden würden. ■

Ricardo Borrmann hat Politik und Soziologie in Brasilien studiert. Seit fünf Jahren lebt er in München, wo er in Kunstgeschichte (LMU) promoviert. Sein Schwerpunkt ist die brasilianische Rechtsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

¹ Am 12. Juli verurteilte Richter Moro Lula wegen Korruption und Geldwäsche in erster Instanz zu einer Haftstrafe von 9,5 Jahren. Lula bestreitet die Vorwürfe der Anklage und hat Berufung gegen das Urteil eingelegt. Um rechtskräftig zu werden, muss es noch von einer zweiten Instanz bestätigt werden.

Ureinwohner aus ganz Brasilien haben Ende April in der Hauptstadt Brasília das Parlament gestürmt. Die Regierung von Präsident Michel Temer will den Schutz der Reservate aufheben, um sie für die Landwirtschaft nutzbar zu machen. Unausgewogener könnte der Konflikt kaum sein. 500 Jahre Amerika schmolzen in diesen Szenen zusammen: die Jahrhunderte auf wenige Bilder reduziert, die anachronistisch schienen, aber von größerer Aktualität nicht sein könnten.

Von Philipp Lichterbeck

Mehrere Tausend halbnackte Ureinwohner waren aus ganz Brasilien in die Hauptstadt gekommen; sie trugen Federn und Kriegsbemalung und attackierten mit Pfeilen, Speeren und lautem Geheul den brasilianischen Kongress, ein massiver Betonbau. Militärpolizisten in schwarzgrauer Kampfmontur traten ihnen entgegen, feuerten Tränengasgranaten, Gummigeschosse und sogenannte „Bomben mit erzieherischem Effekt“ ab, die mit ohrenbetäubendem Lärm explodieren. Dennoch gelang es den Ureinwohnern, Parlament und Senat zu stürmen, in denen nun Angestellte und Funktionsträger in dunklen Anzügen hektisch durcheinander liefen. Am Ende wurden vier Indigene festgenommen und eine Indigene verletzt.

Selbstverteidigung der Ureinwohner

Es war nicht das erste Mal, dass Brasília Schauplatz einer solch epischen Auseinandersetzung wurde. Auf Fotos sieht es dann immer so aus, als ob die Ureinwohner der brasilianischen Regierung den Krieg erklärt hätten. In Wirklichkeit ist es andersherum. Es handelt sich um Selbstverteidigung. Die brasilianische Regierung führt seit Jahren einen Feldzug gegen die UreinwohnerInnen des Landes und ihren Lebensraum.

Das war schon unter der linken Technokratin Dilma Rouseff so, die sich in ihrer Amtszeit ein einziges Mal mit Indio-Vertretern traf. Sie und ihr Vorgänger Lula da Silva waren es, die den umstrittenen Bau des Staudamms von *Belo Monte* durchsetzten, der nun große Urwaldgebiete überflutet und den Xingu-Fluss enorm beeinträchtigt, Lebensraum verschiedener indigener Völker. Die konservative Regierung von Präsident Michel Temer hat den Angriff auf die Indios nun noch einmal radikalisiert und brutalisiert.

Für Temer, das hat er immer wieder deutlich gemacht, hat das Wirtschaftswachstum oberste Priorität, koste es, was es wolle. Zu diesem Zweck will er den Schutz für Indio-Reservate aufweichen. Deren Flächen werden von Großbauern, Minenkonzernen und Holzunternehmen begehrt. Zwar sind die Reservate auf dem Papier streng geschützt. Aber in der Realität werden ihre Grenzen regelmäßig verletzt, weil in den abgelegenen Gebieten des Riesenlandes Brasilien ganz eigene Gesetze herrschen. Holzfäller, Goldsucher und Jäger dringen ungestraft in die Reservate ein und Großbauern schicken ihre Pistolen gegen die Indios los, die von Lokalpolitikern und der Polizei unterstützt und gedeckt werden.

Die Realität ist also: Gesetzlosigkeit, Mord und Totschlag. Im Jahr 2015 wurden in Brasilien nach Zählung des katholischen Indigenen Missionsrats (*Cimi*) fast 140 Ureinwohner umgebracht. Es ist ein Anstieg um 130 Prozent im Vergleich zu 2013. Die Zahlen weisen auf eine Verschärfung der Landkonflikte hin.

Ein Beispiel für solch eine Auseinandersetzung ist der Angriff auf Indios vom Stamm der *Gamela* im nordöstlichen Bundesstaat Maranhão. Sie besetzten am 1. Mai eine Rinderfarm, deren Land sie für sich beanspruchen. Dann kamen betrunkenen Männer und eröffneten das Feuer, verletzten fünf Indios schwer, darunter auch ihren Anführer. Acht weitere Indios wurden mit Macheten zugerichtet, so teilte es die katholische Landpastoralkommission mit. Einer der Indios könnte beide Hände verlieren.

Rassistische Politiker

Wie die brasilianische Politik mit solchen Ereignissen umgeht, zeigte die Reaktion des Abgeordneten Aluísio Guimarães Mendes, der Maranhão im Parlament vertritt. Er beschimpfte die *Gamela* als „Auf-

INDIOS UND AMAZONAS

rührer“. Andere Politiker in Brasília – häufig selbst Großgrundbesitzer – brüllen in Debatten schon einmal: „Indigene auf meinem Land? Nur über meine Leiche!“ Der Abgeordnete Jair Bolsonaro, bekannt für rassistische, homophobe und sexistische Sprüche, bezeichnet die Ureinwohner als stinkende Arme in Freiluftzoos, die das Land Millionen kosteten. Bolsonaro will 2018 zur Präsidentschaftswahl antreten, in Umfragen liegt er an zweiter Stelle. Und die Justiz? Der Richter Gilmar Mendes vom Obersten Gerichtshof Brasiliens ironisierte: „Sollen wir den Indios auch noch die Copacabana zurückgeben?“

In solch einem Klima fordern die Indigenen nun nicht mehr oder weniger als den Schutz ihrer garantierten Territorien sowie die Stärkung der Nationalen Indio-Stiftung *Funai*. Die *Funai* ist zuständig für die Verwaltung

der Reservate. Und obwohl sie in der Geschichte schon oft das Instrument korrupter Chefs war (etwa von Romero Jucá, aktuell Parteivorsitzender von Präsident Michel Temers PMDB), ist sie die einzige Institution geblieben, die die Interessen der Indios in Brasília vertritt.

Agrarindustrie fordert Öffnung der Schutzgebiete

Genau sie will Temer nun schwächen, von innen heraus. Zunächst wollte er einen Armeegeneral zum neuen *Funai*-Chef machen, der die Militärdiktatur verteidigt hatte, während der Hunderte Indios umgebracht wurden. Dann wurden zwei evangelikale Pastoren vorgeschlagen. Schließlich bekam der Pastor Antônio Fernandes Toninho Costa Anfang des Jahres den Job, wurde jedoch schon vier Monate später wieder entlassen. Offenbar erfüllte er die

Erwartungen nicht. Bei seinem Abgang sagte Toninho Costa, er müsse aufgrund des Drucks von Kongressmitgliedern gehen, die mit der Agrarindustrie verbandelt seien. Aber er verbiege sich nicht und mache keine schlechte Politik. „Diese Regierung interessieren die Anliegen der Indigenen nicht.“



Brasiliens Ureinwohner schreiten zur Selbstverteidigung

Bis vor kurzem lag die Ernennung des neuen *Funai*-Vorsitzenden noch bei Justizminister Osmar Serraglio. Der war ein Mann der Agrarindustrie, die aggressiv auf eine Öffnung der Schutzgebiete drängt. Ende Mai hat Präsident Temer Serraglio durch den parteilosen Torquato Jardim ersetzt. Dieser ist ein unbeschriebenes Blatt, wenn es um Fragen der Indigenen-Politik geht. Es ist zu befürchten, dass er inkompetent ist, um über ein so wichtiges Organ wie die *Funai* zu entscheiden, und dass er sich der derzeit in Brasília vorherrschenden Argumentation anschließen wird. Diese geht so: Mit rund 900.000 Menschen machen die Indigenen nur 0,4 Prozent der Bevölkerung aus. Aber ihre Reservate nehmen 12,5 Prozent der Landesfläche ein, den Großteil davon in der Amazonasregion. Dies sind vergeudete Territorien, weil dort nichts produziert wird.

Die Idee, dass der Amazonaswald, den die Indios wie sonst niemand bewahren, einen unschätzbaren Reichtum an sich darstellt, will nicht in die Köpfe der allermeisten brasilianischen Politiker. Sie denken in dem alten Paradigma, dass Umweltschutz nur das Wirtschaftswachstum behindere. Natürlich stecken auch handfeste Interessen hinter der Argumentation. Die Agrarindustrie ist einer der größten legalen und illegalen Finanziers der Wahlkampagnen brasilianischer Politiker. Ein

Drittel des aktuellen Kongresses steht etwa auf der Schmiergeldliste des Fleischkonzerns JBS, dem größten Fleischproduzenten der Welt. Natürlich liegt es im Interesse von JBS, dass die ohnehin schon gigantischen Soja-Monokulturen ausgeweitet (Soja wird in erster Linie an Masttiere verfüttert) und neue Flächen für die Rinderzucht geschaffen werden.

Besonders hart trifft es die *Guarani*-Indios im südlichen Mato Grosso. Sie wurden aus ihren Dörfern vertrieben und in die städtischen Slums abgedrängt, wo sie in Flüchtlingslagern unter Bedingungen überleben, die an die Zeit der Sklaverei erinnern. Versuche, ihr eigenes Land mit der Unterstützung der Staatsanwaltschaft wieder zu besiedeln, werden von bewaffneten Milizen der Großgrundbesitzer verhindert. Diese *retomadas* haben in den letzten beiden Jahren zu einer steigenden Zahl von

Foto: picture alliance

⇒ von Seite 23: BRASILIEN

Toten und Verletzten geführt, ohne dass die Polizei eingeschritten wäre. Im Gegenteil, die im Parlament mehrheitlich vertretene Agrarlobby hat am 17. Mai eine Untersuchungskommission installiert, deren Aufgabe es ist, die Rechtsansprüche der Indigenen auf Land zu blockieren und die Anthropologen, Rechtsanwälte und NGOs auf deren Seite strafrechtlich zu verfolgen, weil sie eine „Gefahr für die Integrität des brasilianischen Staates“ darstellen. Der Versuch, die Opfer des Landraubes und deren Verbündete zu kriminalisieren, stützt sich auf eine Anklageschrift von mehr als 3.300 Seiten (!) voller Unwahrheiten und Verdrehungen.

Unkontaktierten Völkern droht Auslöschung

Die *Funai* ist tot, kommentieren nun Indio-Führer die Situation der Behörde. Rund 400 Stellen innerhalb der *Funai* hat die Regierung Temer abgeschafft, darunter auch die Posten für den Schutz sogenannter unkontaktierter Völker. Das sind isolierte Stammesverbände im Amazonaswald, die bisher so gut wie keinen Kontakt mit der Außenwelt hatten. Diesen Gruppen droht die Auslöschung, weil Holzfäller, Minenkonzerne, Erdölfirmer, Jäger und Goldsucher in ihre Territorien eindringen, Krankheiten einschleppen und Jagd auf sie machen.

Die Repräsentanten der rund 100 Stämme, die vor einigen Wochen in Brasília zum Protest zusammenkamen, überreichten der Regierung denn auch ein Dokument, das sich dramatisch liest: „Wir klagen den schwersten Angriff auf die Rechte der indigenen Völker seit der Verfassung von 1988 an“, heißt es darin. „Er wird orchestriert von den drei Gewalten der Republik in Verbindung mit nationalen und internationalen Wirtschaftsoligarchien, die unsere angestammten Territorien besetzen und ausbeuten wollen und dabei die Natur zerstören, die essenziell ist für das Leben und Wohlergehen der Menschheit und in der unser kulturelles Erbe liegt, das wir seit tausenden Jahren bewahren.“

Offensive der Agrarlobby

Für seine feindliche Politik gegenüber den Indigenen und der Umwelt hat Brasiliens Präsident Michel Temer kein demokratisches Mandat. Er ist über die dubiose Absetzung der gewählten Präsidentin

Dilma Rousseff an die Macht gelangt und steht nun ebenso wie acht seiner Minister unter Korruptionsverdacht.

Zu diesen zählt auch Brasiliens Landwirtschaftsminister Blairo Maggi. Er ist der größte Sojabauer der Welt, hat ein Vermögen von fast einer Milliarde Dollar und sitzt an einer weiteren Schlüsselstelle, wenn es um die Zukunft der Ureinwohner geht. Der Träger der Goldenen Kettensäge 2005, einem Anti-Preis, den *Greenpeace* an die größten Waldvernichter vergibt, hält die Debatte für „ideologisiert“. Er macht einen Vorschlag, der zunächst vernünftig klingt. Denn wenn immer der Staat in Brasilien ein neues Indio-Reservat ausweist, werden die vermeintlichen Besitzer nicht dafür entschädigt, weil die Behörden davon ausgehen, dass es sich um Staatsland handelt. Maggi möchte nun Entschädigungszahlungen einführen, um Druck aus der Debatte zu nehmen. In der Praxis aber hieße dies die illegale Landnahme durch Großgrundbesitzer mittels Landtitelfälschung mit Millionen Reais an Steuergeldern zu belohnen. Männer wie Maggi selbst würden enorm profitieren.

Ein anderer Vorschlag, der derzeit diskutiert wird, ist der Verfassungszusatz PEC 215. Mit ihm soll die Verantwortung für die Indio-Reservate von der *Funai* auf den Kongress übertragen werden. Brasiliens Ureinwohner wären auf Gedeih und Verderb den Interessen der Parlamentarier ausgeliefert. Diese stehen zurzeit mehrheitlich der Agrarindustrie, evangelikalen Kirchen und Minenkonzernen nahe, die ihre Wahlkämpfe mitfinanzieren. Vergangenes Jahr wurde PEC 215 bereits von einer Parlamentskommission durchgewunken. Käme der Verfassungszusatz durch, „wäre dies eine Verletzung unserer Rechte“, sagte der bekannte Indio-Führer Raoni Metuktire Kayapó. Er war offenbar bemüht, gemäßigte Worte zu finden.

Tatsächlich wäre PEC 215 das Ende der *Funai*. Es würde Brasiliens Ureinwohner den Angriffen von Holzfällern, Großbauern und Minenkonzernen ungeschützt aussetzen. Und es würde die Zerstörung des Amazonaswaldes noch weiter beschleunigen. Diese Gefahr sollte auch im Ausland für den Abschuss zumindest verbaler Pfeile gen Brasília sorgen. ■

Philipp Lichterbeck lebt seit 2012 als freier Journalist und Autor in Rio de Janeiro. Er berichtet aus Brasilien und dem Rest Lateinamerikas für Medien in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Aktualisierte Fassung seines im Internetportal cicero.de erstveröffentlichten Beitrags.

MIT INDIGENER

Silvia, eine von üppig grünen, oft nebelverhangenen Hügeln umgebene Kleinstadt im Nordosten des Departements Cauca auf 2.800 Meter Meereshöhe, ist einer der wenigen Orte in Kolumbien, in dem eine jahrhundertalte indigene Kultur noch auf den ersten Blick sichtbar ist. Die Beschaulichkeit, die der Ort verströmt, ließe einen nie vermuten, dass die Region bis vor kurzem zu den am stärksten von der Gewalt heimgesuchten des Landes gehörte und dass auch die heute eingekehrte relative Ruhe eine trügerische sein könnte.

Von Ruth Sierra León
und Peter Musch

Die Region um Silvia ist das traditionelle Siedlungsgebiet der *Misak* und der *Nasa*. Die Verfassung Kolumbiens garantiert den Indigenen in ihren Gebieten, *Resguardos* genannt, weitgehende wirtschaftliche und politische Autonomie.

Neben der Selbstverwaltung und der eigenen politischen Macht existieren eine eigene Justiz sowie eigene Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Darüber hinaus war man auch bestrebt, die vielfältigen Formen der kollektiven Bewirtschaftung des Landes und einer gemeinsamen Ökonomie zu bewahren. Da die Zone auch von großer strategischer Bedeutung ist, war bereits seit Ende der 1960er Jahre die linke FARC-Guerrilla hier aktiv, welche die Autorität und Legitimität der indigenen Behörden vollständig ignorierte.

Ab Mitte der 2000er Jahre kam es zu immer härteren Auseinandersetzungen mit den Paramilitärs des *Bloque Calima*, die ab dieser Zeit auf Drängen und mit Finanzierung von Unternehmern und Drogenhändlern immer stärkere Präsenz zeigten. Hunderte Zivilpersonen, darunter eine große Zahl von Indigenen, fielen diesen Auseinandersetzungen zum Opfer. Allein in den letzten 20 Jahren wurden mehr als 23.000 Fälle von Menschenrechtsverletzungen bei den *Nasa* bekannt, was den kolumbianischen Verfassungsgerichtshof noch im Juni 2016 zur Anordnung von dringenden staatlichen Schutzmaßnahmen für diese indigene Gemeinschaft veranlasste. Von

FRAUENPOWER AUS DEM TAL DER GEWALT



Inés Flor (helle Jacke) mit Ruth Sierra León (rechts) auf dem Markt in Silvia

Guerilla und Paramilitärs der Kollaboration mit der jeweils anderen Gruppe bezichtigt, von der regulären Armee oft nur als Hindernis für die effiziente Durchführung der militärischen Aktionen betrachtet, standen Misak und Nasa permanent im Kreuzfeuer der Auseinandersetzungen, waren Opfer von Morden, Einschüchterung und Entführungen. Nicht selten kam es vor, dass die BewohnerInnen ihre Dörfer aufgrund von bewaffneten Auseinandersetzungen in aller Eile verlassen und in einer rauen Umgebung, den Unbilden des Klimas ausgesetzt, wochenlang auf eine halbwegs sichere Rückkehr warten mussten.

Viele erinnern sich auch noch mit Schrecken an die Totaleinnahme der Stadt durch die FARC am 19. Mai 1999, als die über die fünf Hauptstraßen der Stadt vorrückenden Guerilleros durch Einsatz von Explosivstoffen das Leben der Zivilbevölkerung in Gefahr brachten.

Das Leben inmitten von verfeindeten und bewaffneten illegalen Akteuren und ohne staatliche Autorität, die in der Lage und willens gewesen wäre, die Sicherheit der Zivilpersonen zu garantieren, stand im Zeichen konstanter Bedrohung. Der fast vollständige Zusammenbruch der so wichtigen Einkommensquelle Tourismus tat ein Übriges für die beinahe vollständige Marginalisierung dieser Region.

Zielscheibe der Gewalt unterschiedlicher Akteure zu sein ist für die Gemeinschaften der *Nasa* und *Misak* keine neue

Erfahrung: Seit der Zeit der Conquista und der spanischen Kolonialherrschaft wurden sie unterjocht und ihre Rechte, ihre Traditionen missachtet, ihr Land geraubt. So wurde das Volk der *Misak* unter der Bezeichnung „Guambiano“ und die Gemeinschaft der *Nasa* als „Paéz“ bekannt, aber zu ihrem jahrhundertelangen Kampf um Selbstermächtigung gehört es, auch die Hoheit über ihre eigene Volksbezeichnung zurückzugewinnen, was angesichts von gewaltsamen Vertreibungen etwa ins Nachbardepartement Huila nicht leicht war.

Dieser Hintergrund und das allgemeine Interesse, die *Misak* und *Nasa*, ihr Territorium, Menschen, Kultur und Landschaft kennenzulernen, waren Grund genug für uns, diese beeindruckende Region im Januar 2017 zu besuchen. Wir fanden sattgrüne, bezaubernde Landschaften und saubere, frische Luft vor – der Beiname „Schweiz Lateinamerikas“ kommt nicht von ungefähr.

In Silvia wartete neben der Hauptstraße Inés Flor Cuchillo bereits auf uns, eine indigene Führerin der *Misak*, deren sanftes Auftreten und bedachte Sprechweise leicht über ihre politische Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit hinwegtäuschen kann. Wir sollten einige Tage Gäste im Haus ihrer Familie am Rand von Silvia sein.

Zu Gast bei den Misak

Während ein erbarmungsloser Starkregen, der auch noch die nächsten Tage ein treuer Begleiter ist, die nicht asphaltierten

Teile der Stadt in eine Schlammwüste verwandelt, erzählt Inés Flor uns, wie ihr Wunsch, eine indigene Führerin zu werden, wahr geworden ist. Schon als junges Mädchen habe sie sich entschieden, nie kochen lernen zu wollen, da sie sah, dass diese Arbeit zur Isolation der Frauen führte und dazu, dass diese versteckt und weggeschlossen würden. Für sie war klar, dass diese „harmlose“ häusliche Tätigkeit die weibliche Arbeit unsichtbar machte und sie daran hinderte, sich aktiv in die Entscheidungen über ihr „Territorium“ einzubringen. Statt sich Küche und Haushalt zu widmen, ging Inés Flor ihrer Leidenschaft, dem Fußballspiel, nach, was nicht selten zu gewaltigen Irritationen bei der Umgebung und ihren Eltern führte. Dieser auch in ihrer indigenen Gemeinschaft als geradezu skandalös angesehene Akt des Aufbegehrens habe sie früh Gewissheit darüber erlangen lassen, in welche Richtung sie ihr Leben ausrichten wolle: auf die aktive Teilhabe an den Entscheidungen ihres Volkes.

Egal ob der Zankapfel mit den Altvorderen ihre Neigung zum Fußballspiel oder ihr Wunsch sich anders zu kleiden gewesen sei: Inés gibt uns zu verstehen, dass dieses Widerborstige schon tief in ihr verankert war, lange bevor sie in Kontakt mit Menschenrechts- und Frauenorganisationen wie der *Ruta pacífica de las mujeres* kam, die sie nicht nur dazu ermunterten, in die eigene Bildung zu investieren und Leadership-Methoden zu erlernen, sondern auch ihrem rebellischen Geist einen koordinierten Ausdruck zu geben. Als Koordinatorin des Programms *Mujeres en acción* setzte sie sich als „Mittlerin“ (*facilitadora*) für das Empowerment der indigenen Gemeinschaften der *Nasa*, *Quisgó* und *Misak* und der Kleinbäuerinnen der Region ein.

Unterstützt von Frauen der Gemeinschaft und des indigenen Rats rief sie die Organisation *Proceso de mujeres Misak* ins Leben. Zusammen mit den auch von ihr ausgebildeten Multiplikatorinnen brachte sie Themen zur Sprache, die bis dahin unerhört waren: intrafamiliäre Gewalt und Umgang damit, Geburtenkontrolle, sexuelle und Fortpflanzungsrechte, sexuell übertragbare Krankheiten, psychologische Probleme, das Frauengesetz Nr. 1257, Gesundheit, Kommunikation.

⇒ von Seite 25: KOLUMBIEN

Für Inés Flor sind der Kampf um Anerkennung der indigenen Gemeinschaft und die Bewahrung ihrer Kultur und der Kampf für die Autonomie der Frauen innerhalb dieser Gemeinschaft kein Widerspruch. Jenen Männern der Gemeinschaft, die ihr vorwarfen, mit diesem „westlichen Wissen“ ihre uralte Kultur zu verraten, versuche sie, durch Verweise auf jene Passagen des „Lebensplans“ der *Misak* den



Gruppe von Nasa-Frauen in Pitayó mit Maria Teresa Higidio (2. von links)

Wind aus den Segeln zu nehmen, in denen festgestellt würde, dass es keine Aufgaben gibt, die speziell einem Geschlecht vorbehalten sind. Die *Misak* seien die erste Gemeinschaft gewesen, die Ende der 1980er Jahre einen solchen „Lebensplan“ erstellt hätten, um den für sie entworfenen „Entwicklungsplänen“ einen eigenen Ansatz entgegenzusetzen, eine ureigene Vision der Zukunft als Gemeinschaft, eine Plattform der Verteidigung gegen den Staat, ein Mittel und einen Weg, um neue Lebensbedingungen für ihr Volk auf Grundlage seiner eigenen Kosmvision zu erreichen. Dieser Lebensplan basiere auf vier Säulen: Territorium, Autonomie, Identität, Selbstbestimmung.

Die mehr als 20 Frauen, die Inés Flor bei ihrer Initiative unterstützen, sind in ganz unterschiedlichen Spezialgebieten ausgebildet, die dazu dienen, das Wissen um Territorium und Körper, die für die *Misak* eine Einheit bilden, weiterzugeben. Wenn man die Frauen stärke, würde man damit gleichzeitig die Gemeinschaft stärken, die Männer gelte es als Mitstreiter zu gewinnen.

Treffen mit Nasa-Frauen

Inés Flor hat für uns am nächsten Tag in Pitayó ein Treffen mit einer Gruppe von *Nasa*-Frauen organisiert, die in einer „Spargruppe“ aktiv sind. Das noch höher gelegene Dorf ist nur etwa eineinhalb Stunden Fahrt mit dem Jeep von Silvia entfernt, dennoch fühlt man sich hier nochmals in eine andere Welt versetzt. Einige der 35 Frauen, die uns in der Schule des Ortes erwarten, haben einen Fußmarsch von mehreren Stunden hinter sich, nur um an diesem Treffen teilnehmen zu können.

Die Führerin dieser Gruppe, Maria Teresa Higidio, verströmt eine Aura von Abgeklärtheit und Kraft zugleich. Man spürt, dass sie den Schmerz, den jede „ihrer Frauen“ in sich trägt, kennt. Auch Judy Andrea Mensa Caláñez ist anwesend, eine „Kommissarin“ des überwiegend von Männern gebildeten indigenen Rats, des *cabildo*, der gerade heute wieder tagt. Voll Stolz trägt sie ihren langen Stock als sichtbares Zeichen ihrer Würde.

In der Begegnung mit diesen Menschen wird klar, dass die Gewalt hier tiefe Spuren nicht nur in den Gesichtern hinterlassen hat. Die Frauen erzählen uns von der Hoffnung auf ein Stück Freiheit und Autonomie, welche die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe der Sparerinnen für sie darstellt. Ja, am Anfang habe großes Misstrauen geherrscht, Sparen sei eine vollkommen unbekannte Praxis für sie gewesen, man habe nie gedacht, dass Sparen überhaupt möglich sei, da es ja oft nicht einmal für das Notwendigste reiche. Die Misstrauischsten haben nur einige wenige Pesos angespart. Doch das Projekt habe funktioniert und viele weitere Frauen zum

Mitmachen bewegt. Nun sind es insgesamt schon 62 Gruppen mit jeweils zwischen 15 und 30 Frauen. Diese Gruppen sind vollkommen autonom in ihrer Entscheidung, wie viel monatlich gespart wird. Heute könne man sich mit dem Ersparten und den von einer kirchlichen US-Stiftung unterstützten Mikro-Krediten nicht nur die Erhaltung kleiner Läden, die Bewirtschaftung von Gärten oder den Kauf von Hühnern leisten. Einige Teilnehmerinnen träumen sogar davon, sich eines Tages eine Reise ans Meer zu leisten.

Offensichtlich ist auch: Das Thema des Sparens ist hier nur ein Aspekt, viel wichtiger ist es, Erfahrungen mit anderen Frauen teilen zu können, zu erzählen und zuzuhören. Bewohnerinnen des Weilers „La Mariposa“ erzählten uns von Isolation und Einsamkeit inmitten des bewaffneten Konflikts, von der Regierung hätten sie noch nie etwas gehört oder bekommen, schon gar nicht Hilfe für den Aufbau einer elementaren Infrastruktur oder Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Traumata. Die konkrete Gewalt anzusprechen, fällt uns schwerer als den Frauen selbst. Wir wagen es kaum, den Frauen ins

Gesicht zu sehen, als sie von ermordeten, entführten oder bedrohten Familienangehörigen und Freunden erzählen oder davon, wie sie in einer Ortschaft die Errichtung einer Polizeistation erfolgreich verhindert hätten, die für sie nicht mehr Sicherheit, sondern eine noch größere Bedrohung und Exponiertheit bedeutet hätte.

In den vier Jahren der offiziellen Verhandlungen der Guerilla mit der Regierung in Havanna sei eine bis dahin unbekannte Ruhe eingeleitet. Als sich die Bevölkerung im Oktober 2016 in einem Plebiszit gegen das Friedensabkommen mit der FARC entschied, habe man die Wiederkehr des Grauens befürchtet und sich tagelang nicht auf die Straße getraut.

Wir fragen die Frauen, was wir von Österreich aus für sie tun könnten. Ihr Wunsch ist klar: Sie möchten, dass ihre Projekte sichtbar gemacht werden, dass ihre Existenz überhaupt wahrgenommen wird, aber auch, dass man ihre Rolle als aktive Mitgestalterinnen der Entwicklung und der Kultur ihres Territoriums anerkennt. ■

Ruth Sierra León und Peter Musch sind Mitbegründer der Initiative *colombiapuede* in Wien: www.facebook.com/colombiapuede, <https://colombiapuede.wixsite.com/austria>

SOZIALER AUFRUHR IN KOLUMBIEN

Das Friedensabkommen und seine schleppende Umsetzung ist derzeit nicht das Thema, das Kolumbien am meisten beschäftigt. Vielmehr hat eine Steuerreform, die den Frieden finanzieren soll, Millionen Menschen in Verzweiflung gestürzt. Während die Erhöhung der Mehrwertsteuer vor allem die Ärmeren trifft, werden Unternehmen entlastet. Man verspricht sich davon Impulse für die Produktion. Bisher ist das Konzept nicht aufgegangen: die Wirtschaft stagniert.

Von Ralf Leonhard

Immobilienagenturen berichten, dass Mittelklassefamilien reihenweise ihre Häuser zurückgeben, weil sie die Raten nicht mehr bedienen können. Kleingewerbetreibende melden Konkurs an, weil ihre Kunden die Rechnungen nicht bezahlen und ihnen daher das Kapital ausgeht. „Wohin man schaut“, es mangelt an Geld, stöhnt der Kleinunternehmer Jaime B. in Bogotá.



Foto: Ralf Leonhard

Vertriebene Indigene in Buenaventura (November 2015)

Das ist auch eine der Ursachen für die Streikbewegungen, die seit Mai die Straßen der Millionenstädte Bogotá, Medellín und Cali blockieren und in der Hafenstadt Buenaventura für brutale Polizeieinsätze gesorgt haben. Die Antiaufuhrtruppe ESMAD setzte Tränengas und Gummigeschosse gegen die mehrheitlich afrokolumbianische Bevölkerung ein. Mehr als eine halbe Million Menschen standen für bessere Gesundheitsversorgung, sauberes Trinkwasser und mehr Qualität in der Bildung auf. Zehntausende Lehrerinnen und Lehrer fordern nicht nur Gehälter, von

denen sie leben können, sondern die überfällige Erhöhung der Bildungsausgaben insgesamt. Während im Departement Chocó am 27. Mai ein Abkommen mit der Regierung erzielt wurde, hielten die Proteste in anderen Landesteilen Mitte Juni noch an.

Von diesen Problemen war keine Rede, als Präsident Juan Manuel Santos am 18. Mai im Weißen Haus in Washington auf US-Präsident Trump traf. Der zeigte sich völlig desinteressiert an den sozialen Unruhen und äußerte auch nur auf Anfrage eine lauwarmer Unterstützung für das Abkommen, das mehr als ein halbes Jahrhundert blutiger Auseinandersetzungen mit der FARC-Guerilla beendet hat. Für Trump steht Kolumbien synonym für Koka-Produktion: „Nichts ist für unsere Zusammenarbeit wichtiger als unsere gemeinsamen Anstrengungen, die schrecklichen Drogenverbrechen zu beenden, die unsere beiden Länder plagen“.

Unterdessen klagen Kleinbauern, denen Unterstützung bei der Umstellung von Koka auf legale Anbauprodukte zugesagt wurde, über Verzögerungen. Ihre Koka-Sträucher werden schon vernichtet, bevor sie eine neue Lebensgrundlage bekommen. Die Guerilleros der FARC, die sich vereinbarungsgemäß in 26 Lagern eingefunden haben, werden teilweise unzureichend versorgt und warten noch auf die Infrastruktur, die es ihnen erst ermöglichen soll, die schrittweise Integration ins Zivilleben anzugehen. Deswegen hat sich

auch die Niederlegung der Waffen etwas verzögert.¹ In vielen der von den Guerilleros aufgegebenen Zonen regiert inzwischen die Gewalt, weil Paramilitärs und andere kriminelle Gruppen die Herrschaft übernehmen.

Die Bemühungen des rechten Ex-Präsidenten Álvaro Uribe, das Abkommen zu unterhöhlen, haben zumindest beim Obersten Gerichtshof Früchte getragen. Das Höchstgericht hat das vom Kongress beschlossene beschleunigte Verfahren (*Fast Track*) für die Umsetzung des Friedensabkommens teilweise außer Kraft gesetzt.

Jetzt muss jede einzelne Bestimmung, die Gesetzeskraft erlangen soll, in Abgeordnetenhause und Senat beschlossen werden und kann auch abgeändert werden. Den Kräften, die den Friedensplan nicht mittragen, räumt das wieder ein größeres Mitspracherecht ein. Das betrifft bereits die Regelung der Übergangsjustiz, die den Verantwortlichen für Kriegsverbrechen an der Spitze der staatlichen Sicherheitskräfte Straffreiheit verschaffen könnte.

Straffrei ausgegangen sind bis jetzt auch die Mörder von über 50 AktivistInnen, die seit Jahresbeginn ihr Engagement mit dem Leben bezahlt haben. Dass es sich um gezielte politische Morde handelt, beweisen die schriftlichen Todesdrohungen, die rechte Paramilitärs gegen Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Kämpfer für Landrechte, Verteidiger von Gefangenen der FARC und der ELN-Guerilla, Verfasser von Menschenrechtsberichten, Mitglieder der aus den FARC hervorgegangenen politischen Organisation *Congreso Popular* und anderer linker Gruppen in Umlauf gebracht haben.

Von den USA wird für die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht viel Hilfe zu erwarten sein. Donald Trump hat für das Fiskaljahr 2018 die Hilfe an Kolumbien um 36 Prozent gekürzt und keinen Posten für die Unterstützung des Friedensprozesses vorgesehen. Während dabei die Rüstungshilfe nur um 28 Prozent gestutzt wird, soll die humanitäre und Wirtschaftshilfe fast halbiert werden.

Es spricht für sich, wenn Trump einen Monat vor seinem Treffen im Weißen Haus mit Präsident Santos nahe seiner Luxusresidenz Mar-a-lago in Florida mit den Ex-Präsidenten Álvaro Uribe und Andrés Pastrana zwei der vehementesten Gegner des Friedensabkommens empfing. Von Empfang zu sprechen ist aber wohl übertrieben. Das Weiße Haus sprach von einer „kurzen Begegnung“, die später auf eine „schnelle Begrüßung“ herabgestuft wurde. Über den Inhalt des wenigen Minuten währenden Gedankenaustauschs ist nichts bekannt. Man kann aber davon ausgehen, dass aus Sicht von Regierung und FARC wenig Konstruktives besprochen wurde. ■

¹ Ende Juni wurde in einem Festakt die vollständige Entwaffnung der FARC gefeiert. Zugleich forderten rund 1.400 gefangene FARC-Mitglieder durch einen Hungerstreik die Umsetzung des Amnestiegesetzes.

KUBA IM FEBRUAR

Reiseimpressionen von Erna Pfeiffer

Einstimmung

Einmal im Jahr so richtig Urlaub machen. Weg aus der Jännerkälte. Minus 18 Grad. Nebelschwaden. Trübsinn. Sonnenmangel. Burnout-Prävention!

Auf in die Karibik. Sonne, Strand und Palmen. Mojitos und Cuba Libre. Salsa und Son. Zigarren und Rum. Oldtimer in La Habana Vieja.

Erwartung

Flanieren am Malecón. Coppelia und Tropicana. Cabrera Infante und Alejo Carpentier. Santería, Yemayá und die Virgen del Cobre/Ochún.

Hemingway, Der alte Mann und das Meer. La Bodeguita del Medio und La Floridita, „Wiege des Daiquiri“. Angeblich trank er zwölf am Tag.

Was man aus Reiseführern alles an nützlicher Information gewinnen kann! Wir wollen das „wirkliche“ Kuba. Das alte, solange es das noch gibt.

Solange die Gringos nicht alles gestürmt haben. Überrascht. Kommerzialisiert. Wieder in eine Mischung aus Bordell und Kasino verwandelt.

Jetzt halt ohne Fidel. Als wir die Reise gebucht haben, vor drei Monaten, da lebte er noch. Aber er scheint ohnehin allgegenwärtig zu sein.

Erscheinung

Überall, von allen Wänden, Hausmauern, Holztafeln neben der Autobahn, Transparenten unter Palmen, improvisierten Plakaten, sein Gesicht.

Handgemalt. Graffitiartig. Gesprayt. Selbstgebastelt. Gepinselt. Auf Leintücher, Fabrikhallen, Ziegelwände, frischen Verputz. Fast rührend.

Seine Parolen: Patria o Muerte Venceremos. Inszenierte Unsterblichkeit. Laut Guinness hat er die meisten Attentate überlebt: 638 insgesamt.

Zwei Monate vor unserem Abflug war das Begräbnis, am 4. Dezember. Jetzt werden wir sein Grab besuchen, am Cementerio Santa Ifigenia in Santiago.

Und natürlich der Che. Ewig jung. Havanna, Plaza de la Revolución. Wehende Fahnen. Hasta la victoria siempre. 50 Jahre seit seinem Tod!



Fidels Grab am Friedhof Santa Ifigenia in Santiago de Cuba

Erlebnis

Die Buicks und Fords, mit denen sich unsere Schweizer Reisegefährtinnen durch die Altstadt kutschieren lassen, stammen aus den 1950ern.

Die allgegenwärtigen Pferdewagen erinnern einerseits an Wiener Fiaker, sind aber auch Notwendigkeit angesichts mangelnder Motorisierung.

Welche Reichweite mag so ein Gefährt haben? Auf überfüllten Sammelkutschen ca. zehn Leute, dicht gedrängt. Zeitreise back to the Fifties.

Nostalgie okay, aber der Verfall der alten Häuser stimmt traurig. So viele Potemkinsche Fassaden, hinter denen der blaue Himmel hervorlugt.

Halb Havanna in Ruinen, der koloniale Rest für TouristInnen fein herausgeputzt, vermarktet. Am Stadtrand Plattenbauten fürs einfache Volk.

Wie war das mit der Zweiklassengesellschaft? Laut Reiseleiterin Ada bekommt man eine neue Wohnung zugeteilt, wenn die alte total desolat ist.

Wundert's einen, dass es so viele Baulücken in Habana Vieja gibt? Die zusammengefallenen Ruinen werden in Parks umgewandelt, Grünflächen.

Kommunikationsstätten für Jung und Alt. Spielplätze, Sitzbänke, Hundewiesen.

Das gibt eine schöne neue Atmosphäre in der Stadt, sagt Ada.

Sie schwärmt von den Errungenschaften der Revolution, bittet uns aber um ausgelesene Illustrierte in Farbe, weil es das in Kuba nicht gibt.

Nur zum Üben der Sprache natürlich. Unsere Kommilitonen aus der Ex-DDR verstehen. Wir haben alles weggeschmissen, entsorgt. Jammerschade!

Altpapier gibt's hier nicht. Alles wird gebraucht, verwertet. Zum Einwickeln, Lesen, Feuermachen. Papier ist sehr begehrt. Seltenheitswert!

Mülltrennung existiert prinzipiell zwar nicht, im europäischen Sinne, erklärt Ada. Sie hat in den 1980er Jahren lange in der Schweiz gelebt.

Aber es gibt praktisch auch keinen Restmüll. Alles wird verwertet. Repariert. Feuerzeuge. Uhren. Autos. Traktoren. Ökoverzeigeland Kuba!

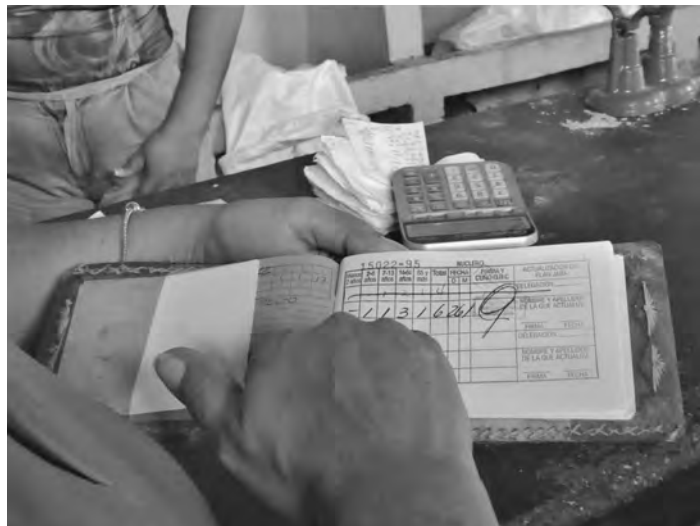
Die verschiedenen bunten Tonnen (gelbe, blaue, rote) stammen von verschiedenen Geberländern, sonst haben sie keine Bedeutung. Recycling 2.0?

Man muss nehmen, was man kriegt. Auch die weißen Gummistiefel in der Hitze? 32°C im Schatten, feuchtschwül unter dem dichtbelaubten Jagüey.

Schuhe sind Mangelware. Einmal im Jahr auf Bezugsschein. Wenn gerade eine

Lieferung kommt. Aus China. Aus Kanada. Venezuela. Spanien.

Ada geht mit uns in eine *Bodega de Productos Normados*. Dort erhalten die Kunden Artikel des täglichen Bedarfs zu regulierten Preisen.



Bezug essenzieller Produkte (sofern verfügbar) mittels *Libreta*

Sehr günstig, in kubanischen Pesos (CUP) verrechnet, der Währung nur für Einheimische. Im Verhältnis 1:25 zum *Peso Convertible* (CUC @ Euro)

Die *Libreta* erinnert mich an die Lebensmittelkarte meiner Großmutter; wurde in Österreich erst 1953 abgeschafft (meinem Geburtsjahr).

Die Mitglieder eines Haushalts werden nach Kategorien aufgelistet: Kinder unter 2, von 2-6, von 7-13, Personen von 14-64 und Alte ab 65.

Kleinkinder und SeniorInnen bekommen Extrarationen Milch, auch Schwangere und Kranke. Es sieht triste aus in dem Laden. Ziemlich leer.

Auf einer Schultafel wird mit Kreide aufgezeichnet, wann welche Produkte zu erwarten sind. Z.B. Zucker, z.B. Salz, z.B. Reis, z.B. Öl.

Dazu Trockenmilch, Bohnen, Kompott, Kaffee, Zündhölzer. Für den 28. Februar ist die nächste Lieferung zu erwarten. Heute ist der achte.

Die Preise stehen auch dabei, und wer wie viel pro Kopf bekommt. Kompott gibt es diesen Monat nicht. Pro Tag ein weißes Brötchen pro Person.

Reis kostet 0,25 CUP pro Pfund, und jeder hat Recht auf 6 Pfund pro Monat. Der Durchschnittsverdienst beträgt laut unserem Chauffeur Edi 250 CUP.

Er ist empört, weil ein Zuhälter, eine Prostituierte, das gleiche Recht auf 6 Pfund

Reis hat wie er. Gleichheit kann ungerecht sein!

Militärs und Polizisten verdienen angeblich 400-500 CUP. 115 Gramm „gemischter“ Kaffee kosten 4 CUP. Fünf Packerln gibt's noch im Regal.

Unter der Energiesparlampe, der alten defekten Kassa. Diskreter Charme des realen Sozialismus. Yayaborum gibt's im freien Verkauf um 57.

Die Angestellten freuen sich wahnsinnig über die mitgebrachten Kugelschreiber. Echte Mangelware. Und sie müssen doch so viel schreiben!

Teuer sind die Putzschwammerln: 10 CUP das Stück. Ein Kanister flüssige Waschlauge (vielleicht 2 Liter?) gar 35.

Da muss man sparsam sein.

Jetzt ist mir klar, warum in unserem Hotel weder die Bettwäsche sauber ist noch die Handtücher noch das Bad. Waschen und Putzen zu teuer.

Außerdem fällt das Wasser dauernd aus. Neulich stand Ada unter der Dusche, einschamponiert, und musste mit Schaum in den Schuhen ausgehen.



Bei uns hat es zum Glück bis zum Ende des Zähneputzens durchgehalten.

Auch Duschen ist uns gelungen. Nur eiskalt halt. Ist eh warm draußen...

Wir nehmen es mit Humor. Nur die Wessis sind böse, beschweren sich. Zur Entschädigung bekommen wir ein Gratisabendessen am warmen Buffet.

Jetzt sind alle versöhnt. Essen und Trinken hält Leib und Seele zusammen, Touristen und Einheimische. Ich frage Edi, was er von Trump hält.

„Bitte den Namen nicht erwähnen. Eine Katastrophe!“ Er ist echt sauer auf die USA, auch auf Obama. Denn jetzt dürfen die *Gusanos* zurück.

Die Exilkubaner protzen mit ihren Smartphones, mit ihren Markenklamotten, kaufen alles auf. Ungerecht ist das! Und wir darben noch immer...

Eine aufgetakelte Lady mit High-Heels und Gucci-Brille redet die hübsche Kellnerin ständig mit „Mi Amor“ an, wirft mit Trinkgeld um sich.

Wie ist das mit den vielen Bettlern, die man in Trinidad sieht? Die meisten sind Schwindler, arbeitsscheu! Man sollte ihnen nichts geben.

Und die alten, zahnlosen Weiblein, dürr wie Gerippe, in Lumpen? Okay, denen schon, die haben wirklich nichts zu beißen. Aber die jungen...

Sollen arbeiten gehen, eine Schande für den Sozialismus! Tags darauf werden wir regelrecht überfallen von einer Art Kugelschreiber-Mafia.

Sie prügeln sich um unsere mitgebrachten mildtätigen Spenden, verfolgen uns hartnäckig bis zum Bus. Hab ich's euch nicht gesagt? Gesindel!

Edi betont, dass er nur mit *propina* in CUC, Euro oder US-\$ auf ein annehmbares Einkommen kommt. Mit dem er seine Familie ernähren kann.

Das Leben ist teuer geworden in Kuba. Er ist 63 und muss für den Ruhestand vorsorgen. Als Pensionist kann man sich gar nichts mehr leisten.

Woher haben diese jungen Leute ihre Handys? Von den Verwandten aus Miami. Vier junge Mädchen stehen stundenlang am Hotspot nebeneinander.

Leuchten sich und einander bläulich-gespensisch ins Gesicht. Als wir vom Essen heimkommen, stehen sie noch immer am selben Platz. Unbewegt.

Vor unserem Bungalow graszt ein Pferd. Ungerührt. Im Waschbecken sitzt ein Frosch. Grasgrün, unwirklich. In der Dusche lauert eine Cucaracha.

Am nächsten Tag geht es mit offenen russischen LKWs in die Berge, in den Na-

⇒ von Seite 29: KUBA

turpark Guanayara. Drei Kilometer zu Fuß. Was für eine üppige Vegetation!

Königspalmen, Algarrobos, Maniok, Mamey Zapote, Calanda, Anis, Tillandsien, Guadua. Und der Nationalvogel Toco-ro, blau-weiß-rot.



Schule in Sancti Spiritus: Lernen unter den Augen von Ikonen

Sprühender Regenbogen beim Salto El Rocío, erfrischendes Bad im kristallklaren, türkisem Wasser der Poza del Venado. Wärmer als im Hotel!

Mitten im Wald plötzlich zwei schwarze Kühe. Ein Puter plustert sich auf wie ein Pfau. Bei La Gallega bekommen wir Brathuhn – wieder einmal...

Alle, die gestern im Paladar Kaninchen gegessen haben, leiden unter argem Brechdurchfall. War wohl Katze, nicht Kaninchen, lästern die Osis.

Die ganze Nacht ging es rund bei ihnen. Kühlkette unterbrochen? Bakterienbefall? Ich hatte Lamm gewählt, mir ist nur ein bisserl schlecht...

Unser *local guide* heißt Alex. Er trägt eine massive Goldkette um den Hals und seine Ohren leuchten rot in der Sonne. Stolz Irokesenfrisur.

Die Straße holpert. Beruhigend zu wissen, dass sich im Ernstfall auch die russischen Militärfahrzeuge nur im Schrittempo bewegen können.

In Sancti Spiritus besuchen wir die Escuela Especial für sehbehinderte Kinder. Sie müssen von der Tafel Hygienevorschriften abschreiben.

„Täglich mit Wasser und Seife baden. Die Haut sauber halten, denn sie bedeckt den ganzen Körper und schützt ihn vor Hitze, Kälte und Regen.“

4. Klasse: „Jahr 59 der Revolution“. Frontalunterricht. Der Lehrer schreibt mit Kreide: „Geografía de Cuba“. Eine Landkarte, ein Ventilator.

Links in der Ecke ein alter Röhrenfernseher. Landesweit werden simultan dieselben Bildungssendungen übertragen. Gleiche Chancen für alle.

Bilder von José Martí und dem Che, ein kubanisches Wappen, das Alphabet in bunter Schreibschrift auf Karton gemalt. Schöne Pulte.

Plastikstühle, Eisenspinde, Uraltcomputer. Draußen eine handgemachte Tafel über den „Märtyrer der Schule“, Miguel Ángel Echemendia Ramirez.

Erfüllung

Endlich am Strand in Guardalavaca. Spanisches Hotel aus dem Jahr 1991. Vier Sterne, all inclusive. Karibikblau unter Palmen wie im Bilderbuch.

Erholung pur. Alle Erwartungen erfüllt. Genauso haben wir es uns vorgestellt. Wäre nicht am vorletzten Abend die Sauna abgebrannt. Paradox!

Auch das ist Kuba: Saunabrand am Meeresstrand. Kein erkennbares Krisenmanagement, Vier Meter hohe Flammen lodern aus dem Dach des Wellnesscenters.

Tollpatschige Lösversuche des Personals, hektisches Gerenne, gebrüllte Kommandos, aus leeren Schläuchen fließt kein Wasser. Evakuierung?

Versuche zu retten, was zu retten ist. Massage-tische werden hinausgetragen, Komfortliegen, Behandlungsstühle. Langsam aufkommende Panik.

Es stinkt nach verbranntem Plastik. Dicke Rauchschwaden durch-

ziehen die Lobby. Viele, die im Restaurant sitzen, haben gar nichts bemerkt.

Die Fiesta geht ungestört weiter. Das große Fressen. Die hinreißende Darbietung des Wasserballetts, bloß eine Stunde später. Alles paletti.

Nix passiert. Die ausgemergelte Kellnerin zu einem extragierigen Dickwanst, der sich fünf Hühnerbrüste auflädt: „You must be very hungry!“

Frühmorgens schon pilgern die Profis mit 1-Liter-Thermo-Krügeln zur Bar und lassen sie sich vollfüllen: mit Beer, Pinna Coulada, Mojito.

Ich frage nach alkoholfreien Getränken. Der Barkeeper sieht mich kopfschüttelnd an. Ein echt exotisches Gewächs in diesem Urlaubsparadies...

Ernüchterung

Alles ist viel zu schnell gegangen, der Urlaub schon wieder vorbei. Heim in die Februarkälte. Zwei Wochen sind entschieden zu wenig für Kuba.

Widersprüchliche Eindrücke. Viele Fragen. Wenig Antworten. Ein bisschen Verunsicherung. Was wird werden aus diesem historischen Experiment?

Wird es noch fort dauern, wenn wir nächstes Mal wiederkommen? Was passiert, wenn Raúl abtritt? Laut Ada ist die Nachfolge völlig ungeklärt.

Ich muss heim zum 1. Geburtstag meines lieben Enkels Paul. Paulchen Panther nennen wir ihn manchmal im Scherz. Ich freue mich auf Zuhause.

Auf ein funktionierendes WC. Eine warme Dusche. Doch wie heißt es so treffend? „Heute ist nicht alle Tage. Ich komm wieder, keine Frage!“ ■



Abschluss und Aufregung am Strand von Guardalavaca

Robert Lessmann hat sich auf der 57. Biennale in Venedig umgesehen und dabei festgestellt: Lateinamerikanische KünstlerInnen sind dort stärker vertreten denn je.

Unpolitisch sei sie, die 57. Kunstbiennale. Ganz im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin vor zwei Jahren, die unter dem Motto *All the world's future* vom Nigerianer Okwui Enwezor kuratiert wurde (wir berichteten in Ausgabe 4/15), und im Gegensatz auch zur zeitgleich in Kassel und Athen stattfindenden *Documenta*. Kuratorin Christine Macel, seit 2000 Chefkuratorin des *Centre Pompidou* in Paris, wolle unter dem Motto *Viva Arte Viva* die Freiheit der Kunst feiern und lade zur Reise in die Traumwelt der Künstler ein. In Zeiten globaler Unordnung vertraue sie auf die Kraft des Utopischen, hieß es im Vorfeld. Doch entwickelt sich die Kraft des Utopischen nicht naturgemäß gerade von der Kritik am Bestehenden her? In krisenhaften Zeiten, wo weltanschauliche Orientierungen vielfach entgleist zu sein scheinen, bietet die Freiheit der Kunst einen Rahmen, zumindest die richtigen Fragen zu stellen.

So ist diese Biennale vordergründig zwar tatsächlich weniger (tages-)politisch, doch brennende Fragen unserer Zeit, wie *consumismo*, Umweltschutz, Nachhaltigkeit, der Klimawandel und allem voran Flucht und Migration sowie die damit für unsere Gesellschaften verbundenen Herausforderungen ziehen sich wie ein roter Faden durch die Mammutschau der Kunst. So erinnert der auf der Schnauze stehende Transporter von *Erwin Wurm* vor dem österreichischen Pavillon unschwer an die 71 Todesopfer der Flüchtlingstragödie bei Parndorf auf der Ostautobahn vom 27. August 2015. Dient er doch als Aussichtsturm – und oben angekommen lädt eine Plakette den Besucher, die Besucherin ein: „Stillstehen und über das Mittelmeer schauen“ – das man freilich hinter Baumwipfeln und den Dächern von Venedig gar nicht sehen kann.

Performances und Partizipation spielen eine zunehmend wichtige Rolle, nicht nur bei Erwin Wurms „Minutensculpturen“. Christine Macel verlangt von den 120 geladenen KünstlerInnen (103 sind zum ersten Mal dabei) Präsenz. In den „Giardini“ gibt es eine „Tavola Aperta“, einen offenen Tisch, wo Besucher und Künstler gemeinsam speisen und diskutieren können.

„VIVA ARTE VIVA“



Erwin Wurms Transporter vor dem österreichischen Pavillon in den Giardini

Vor wenigen Jahren noch sporadisch im Rahmen einer Sammelpräsentation des Italienischen Lateinamerika-Instituts in den „Arsenale“ zu sehen, sind KünstlerInnen aus Lateinamerika heute stärker in

künstler. Einen kubanischen Pavillon, vor zwei Jahren erstmals mit einem sehr pfiffigen und selbstironischen Auftritt auf der Insel San Servolo in Venedig vertreten, gibt es nicht mehr. Dafür stellt die Kuba-



„The Horse Problem“ der Argentinierin Claudia Fuentes in den Arsenale

Venedig vertreten denn je. Nicht so sehr in den nationalen Pavillons freilich (man darf sich ohnehin fragen, ob diese Struktur noch zeitgemäß ist) als vielmehr als Einzel-

nerin *Zilia Sánchez* in den „Arsenale“ aus Mexiko, vor allem aber Perú und Argentinien sind dort jeweils gleich mit mehreren KünstlerInnen vertreten. Eindrucksvoll

KURZNACHRICHTEN

Auswahl von Meldungen aus dem wöchentlichen Pressedienst lateinamerikanischer Agenturen POONAL und anderen (jeweils angegebenen) Quellen; deutsche Ausgabe bei: Nachrichtenpool Lateinamerika, Köpenicker Str. 187/188, D-10997 Berlin
Tel: +49-30/789 913 61, Internet: <http://www.npla.de>
E-mail: poonal@npla.de; als Email-Abo kann POONAL bei obiger Adresse gegen Spende bestellt werden.

MEXIKO, MITTELAMERIKA

Nachrichtenagentur indigener Frauen gegründet

Am 5. April wurde von der Vereinigung indigener Frauen Mittelamerikas in Mexiko offiziell die Agentur für Nachrichten zu Indigenas und Afrodescendentes (NOTIMIA) gegründet. Sie wird vom spanischen Kulturzentrum unterstützt und soll Themen von indigenen und Schwarzen Frauen aus Lateinamerika sichtbar machen. Die Nachrichten sollen auch in indigenen Sprachen veröffentlicht werden. Den Schwerpunkt sollen Berichte über Aktivitäten von Gemeinden bilden, wobei die Frauen selbst zu Wort kommen sollen.

Hinter NOTIMIA steht ein Netz aus 200 professionellen Medienarbeiterinnen. Diese wollen mit Druckerzeugnissen, digitalen und audiovisuellen Produkten Informationen für eigene Medien sowie für lokale und nationale Medien anbieten. NOTIMIA sei angetreten, eine der wichtigsten Referenzen zu Themen zu werden, die im Zusammenhang mit der politischen Agenda der indigenen Völker Lateinamerikas stehen, heißt es in einer Erklärung.

Im Internet ist die Agentur unter <http://notimia.com> zu finden.

MEXIKO:

Spioniert Mexiko JournalistInnen und Menschenrechtsgruppen aus?

Am 19. Juni hat die *New York Times* den Artikel „Wir sind die neuen Staatsfeinde“ veröffentlicht, eine Reportage über Spionage gegen AktivistInnen und JournalistInnen in Mexiko. Dort wird dokumentiert, wie die Spionagesoftware *Pegasus* nicht nur JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen ausspioniert, sondern auch deren Familien. Die mexika-

nische Regierung soll dafür 80 Millionen Dollar ausgegeben haben. Diese weist die Vorwürfe jedoch zurück und behauptet, niemanden ohne gerichtlichen Beschluss auszuspionieren.

Die Spionagesoftware *Pegasus* infiziert Mobiltelefone

und andere Apparate und überwacht von dort aus jede Bewegung: Anrufe, SMS, E-Mails, Kontakte und Kalendereinträge. Selbst Mikrofon und Kamera des Handy können zum Abhören und zur Überwachung eingesetzt werden. Zu den Betroffenen gehören die regierungskritische Journalistin Carmen Aristegui sowie AnwältInnen im Fall der 43 verschwundenen Studenten von Ayotzinapa.

Erika Guevara-Rosas, Amerikabeauftragte der Menschenrechtsorganisation *Amnesty International*, forderte eine sofortige Untersuchung der Vorfälle. „JournalistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen riskieren ständig ihr Leben, um die Rechte aller zu verteidigen und die Öffentlichkeit zu informieren. Das ist kein Verbrechen; solche Aktivitäten auszuspionieren ist illegal und durch nichts zu rechtfertigen“, kritisierte sie.

Die selektive Überwachung, neue Technologien, die unangemessene Anwendung der Gesetze und Repression gewaltfreier Proteste sind Faktoren, die zu einem „noch nie da gewesenen“ Bedrohungsgefühl für MenschenrechtsaktivistInnen und JournalistInnen in Mexiko geführt hätten, beklagte Amnesty.

Indigene Präsidentschaftskandidatin

Am 28. Mai wählten gut 1000 Delegierte des Nationalen Indigenen Kongresses CNI María de Jesús Patricio Martínez zur ersten indigenen Präsidentschaftskandidatin Mexikos. Patricio Martínez ist Sprecherin des Indigenen Regierungsrates CIG und wird für diesen bei den Präsidentschaftswahlen 2018 als unabhängige Kandidatin antreten. Die 57-jährige Nahua-Indigene stammt aus Tuxpan im zentralmexikanischen Bundesstaat Jalisco, wo sie als Ärztin ein Zentrum für traditionelle Medizin leitet.

Auf der konstituierenden Versammlung des CIG in San Cristóbal de las Casas

wurden neben der Präsidentschaftskandidatin auch die Mitglieder des Indigenen Regierungsrates bestimmt. Das durch VertreterInnen von 58 in Mexiko lebenden indigenen Ethnien gewählte Gremium soll das Land kollektiv regieren. Nach außen wird es durch seine Sprecherin Patricio Martínez vertreten.

Ende 2016 hatten VertreterInnen der EZLN und des CNI beschlossen, einen basisdemokratisch gewählten Regierungsrat einzurichten, um Mexiko aus der aktuellen schweren Krise zu führen. Einige linke Medien kritisierten diese Entscheidung. Sie befürchten durch die indigene Gegenkandidatin eine Spaltung der Linken und die Schwächung des Kandidaten der 2014 gegründeten Partei *Morena*.

Mit der Nominierung der indigenen Präsidentschaftskandidatin wollen CNI und EZLN das herrschende System von unten demontieren und sichtbar machen, dass Millionen MexikanerInnen mit indigenen Wurzeln marginalisiert und diskriminiert werden, von politischen Ämtern ausgeschlossen sind und in extremer Armut leben. Der Indigene Regierungsrat soll den sozialen Zusammenhalt im Land wieder herstellen und die Belange der indigenen Bevölkerung mehr in den Mittelpunkt der Politik rücken.

Um im Juli 2018 als unabhängige Präsidentschaftskandidatin antreten zu können, hat María de Jesús Patricio Martínez noch eine große Hürde zu nehmen. Innerhalb von 120 Tagen muss sie knapp 800.000 Unterschriften von wahlberechtigten UnterstützerInnen sammeln.

PUERTO RICO

Umstrittenes Referendum

Am 11. Juni haben die PuertorikanerInnen in einem Referendum mit 97,2 Prozent dafür gestimmt, dass ihre Insel der 51. US-Staat wird. Zwar ist sie schon seit 120 Jahren Territorium der Vereinigten Staaten, gilt allerdings nur als assoziierter Freistaat. Das bedeutet beispielsweise für die Bewohner, dass sie zwar offiziell die US-Staatsbürgerschaft besitzen, jedoch kein Wahlrecht. Selbst die Delegierten im US-Kongress haben kein Stimmrecht. Die Wahlbeteiligung am Referendum lag nur bei 23 Prozent. Grund dafür war wohl der Boykottaufruf der Opposition. Die Wähler hatten außerdem die Möglichkeit, für die Unabhängigkeit ihrer Heimat zu stimmen.

Dies ist inzwischen der fünfte Versuch, über die zukünftige politische Situation Puerto Ricos zu entscheiden. Einer der wichtigsten Gründe für den Wunsch nach Assimilation ist die finanzielle Lage: Die Karibikinsel steht kurz vor dem Bankrott. Als US-Bundestaat dürfte sie sich als zahlungsunfähig bezeichnen. Der Volksentscheid hat jedoch keine großen Chancen auf eine tatsächliche Umsetzung; sein Ergebnis ist nicht bindend. Letztendlich entscheidet der US-Kongress in Washington über die Aufnahme Puerto Ricos. Dieser wird aber aufgrund der republikanischen Mehrheit kaum dafür stimmen. Die Assimilation würde die Übernahme von Schulden bedeuten. Zudem würde die puertorikanische Bevölkerung größtenteils für die Demokraten wählen. Es ist also wahrscheinlich, dass die neokolonialistischen Strukturen zwischen den USA und der Karibikinsel beibehalten werden.

HONDURAS

Kein Geld mehr für Agua Zarca

Wie honduranische Medien berichten, haben internationale Geldgeber angekündigt, das geplante Kraftwerk *Agua Zarca* nicht mehr zu finanzieren. Gegen das Wasserkraftprojekt hat es seit Jahren Widerstand gegeben; die prominenteste Gegnerin war die im März 2016 ermordete Umweltaktivistin Berta Cáceres. Die niederländische Bank FMO und der finnische Geldgeber *FinnFund* gaben im Juli bekannt, sich komplett aus dem Projekt zurückzuziehen. Der größte Geldgeber des Projektes, die Zentralamerikanische Bank für Wirtschaftliche Integration BCIE, teilte mit, dass sie die Finanzierung bereits zuvor eingestellt habe.

Damit haben sich sämtliche internationalen Geldgeber von dem umstrittenen Projekt verabschiedet. Sie hatten zuvor Kredite in Höhe von 44 Millionen US-Dollar für das Staudammprojekt am Gualcarque-Fluss zugesagt, der für das Volk der *Lenca* heilig ist und gegen den Cáceres bis zu ihrem Tod mit ihrer Organisation COPIH gekämpft hatte.

Für den Mord an Berta Cáceres sitzen bislang acht Männer in Haft. Die Hintermänner sind nicht bekannt, aber drei der verhafteten Männer waren Militärs, einer arbeitete für das Energieunternehmen DESA, welches hinter *Agua Zarca* steht. Einer der beiden Hauptanteilseigner von

DESA ist das Unternehmen *Pemsa*, dessen Präsident Roberto Castillo auch Präsident von DESA ist und der zuvor beim Militärgeheimdienst war. Der andere Hauptanteilseigner gehört zur einflussreichen Familie Atala, die drei von sieben Aufsichtsratsposten bei DESA hat. José Eduardo Atala Zablah ist Honduras-Direktor der BCIE, sein Cousin war Minister für Investitionen und ist Präsident der größten Bank von Honduras. Da wird eine lückenlose Aufklärung schwer.

KOLUMBIEN

Chiquita zahlte Millionen an bewaffnete Akteure

Die Fruchtgesellschaft *Chiquita Brands International* hat jahrzehntelang mehrere Millionen US-Dollar an Akteure des bewaffneten Konflikts in Kolumbien gezahlt. Seit kurzem einsehbare Dokumente der US-Börsenaufsichtsbehörde (SEC) zeigen, dass das Unternehmen seit Ende der 1980er Jahre bis Anfang der 2000er Jahre regelmäßig Zahlungen vornahm. Das Geld ging sowohl an linke Guerillagruppen als auch an rechte Paramilitärs und zivile Milizen sowie an Brigaden der kolumbianischen Armee in den Bananenbauregionen der Bezirke Antioquia und Magdalena.

Chiquita gehört zu den größten Bananenexporteuren der Welt und machte nach eigenen Angaben 2014 rund 3,1 Milliarden US-Dollar Umsatz.

Bereits 2007 wurde das Unternehmen als erster multinationaler Konzern dafür verurteilt, einer internationalen terroristischen Organisation Geld gezahlt zu haben. In dem Verfahren ging es um Zahlungen von rund 1,7 Millionen US-Dollar zwischen 2001 und 2004 an den nationalen Dachverband der rechtsgerichteten kolumbianischen Paramilitärs (AUC). Die Geldstrafe, die Chiquita in den USA entrichten musste, betrug 25 Mio. US-Dollar. Allerdings wurde bisher kein Angestellter des Unternehmens zur Verantwortung gezogen und die meisten Namen in den Gerichtsdokumenten sind geschwärzt.

Das investigative Nachrichtenportal *VerdadAbierta.com* beschäftigt sich nun in ausführlichen Artikeln mit den sogenannten *Chiquita Papers* und berichtet über Zahlungen an weitere am kolumbianischen Konflikt beteiligte Akteure. Die seit kurzem einsehbaren Dokumente der US-Börsenaufsicht zeigen das Bild eines einge-

spielten Systems geheimer Transaktionen auf allen Seiten des Konflikts. Chiquita versuchte anscheinend durch die Zahlungen die Geschäfte im Land so normal wie möglich aufrechtzuerhalten und in einer der konfliktreichsten Regionen der Welt Profite zu erwirtschaften. Zudem sollten dadurch Probleme mit Gewerkschaften gelöst werden. Die Zahlungen wurden dabei als notwendige, aber zu verschmerzende Kosten angesehen und unter dem Titel „Zahlungen für die öffentliche Sicherheit“ abgerechnet. *VerdadAbierta* geht davon aus, dass die Zahlungen die Menschenrechtsverbrechen, die die bewaffneten Akteure in Antioquia und Magdalena verübten, direkt unterstützten.

Bezüglich der Zahlungen beispielsweise an die Guerillagruppen FARC, ELN und ELP wurden bisher weder in den USA noch in Kolumbien Verfahren eingeleitet. Im Zuge der Ermittlungen zu den Zahlungen an den AUC gab Chiquita auch Geldflüsse an die linken Guerillas zu, jedoch nur im Zeitraum von 1989 bis 1997, als diese von den USA noch nicht als terroristische Gruppen eingestuft worden waren. Die nun veröffentlichten Dokumente weisen allein zwischen 1991 und 1996 Zahlungen von mehr als 850.000 US-Dollar an linke Guerillagruppen aus.

Trotz der Schwärzung der Namen in den Gerichtsdokumenten konnten beteiligte Personen identifiziert werden. Einige von ihnen gehörten zum Vorstand des multinationalen Konzerns, waren Geschäftsführer des kolumbianischen Ablegers von Chiquita, *Banadex*, oder in der Buchhaltung und Rechnungsprüfung von Chiquita in Kolumbien tätig. Einer der zentralen Akteure war *VerdadAbierta.com* zufolge John Ordman, stellvertretender Vorsitzender der *European Banana Sourcing*, einer Tochter der Chiquita-Gruppe. Mit Sitz in Costa Rica war Ordman eine der wichtigsten Schlüsselfiguren zwischen den Geschäftstätigkeiten von Chiquita in Kolumbien und der Führungsebene in Cincinnati, dem Firmensitz in den USA. Eine weitere zentrale Figur war Robert Kisting, stellvertretender Geschäftsführer der *Banana Group*, und als solcher bestens über die Vorgänge informiert und direkt an der Einrichtung und Überwachung der Zahlungen beteiligt. Sowohl für Ordman als auch für Kisting seien die Zahlungen an Todesschwadronen und Aufständische normal gewesen, schreibt *VerdadAbierta.com*.

Jorge Forton, der ab 1995 in Kolumbien die Zahlungen standardisieren und

⇒ von Seite 33: KURZNACHRICHTEN

kontrollieren sollte, berichtete, die Zahlungen sollten gewaltsame Übergriffe der bewaffneten Gruppen in den Bananenbauregionen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Chiquita verhindern. Er sei sich jedoch auch darüber bewusst gewesen, dass man beispielsweise paramilitärische Gruppen finanziert habe, die zu einer Intensivierung des gewalttätigen Konflikts beigetragen hätten. Das hätte seine Chefs in den USA jedoch kaum interessiert.

Valeska Cordier

PERU

Oberster Gerichtshof spricht Kleinbäuerin Acuña frei

Der Oberste Gerichtshof von Peru hat das Urteil zugunsten der Kleinbäuerin Máxima Acuña bestätigt. Acuña hat sich demnach nicht der illegalen Landbesetzung schuldig gemacht. Sie war vom US-amerikanischen Bergbaukonzern *Newmont Mining* verklagt worden, einem der größten Goldproduzenten weltweit. *Amnesty International* bezeichnete die Entscheidung vom 10. Mai als „historisch“ für UmweltschützerInnen in dem Andenstaat. Zukünftig könnte das Urteil als Präzedenzfall bei ähnlichen gerichtlichen Auseinandersetzungen um den Besitz von Land dienen.

Seit 2011 führt Acuña einen Rechtsstreit gegen die Goldmine *Yanacocha*, die von *Newmont Mining* betrieben wird. Der Bergbaukonzern fördert im Norden Perus in mehreren Minen Gold. Der Konflikt mit Acuña verhindert bislang das Vorschreiten eines Multimilliardenprojekts, in dem Gold und Kupfer in der Region abgebaut werden sollen. Das Unternehmen hat hierfür tausende Hektar Land aufgekauft.

Yanacocha legte Berufung ein, nachdem 2014 ein Gericht in Cajamarca entschieden hatte, dass sich Acuña nicht der illegalen Landbesetzung schuldig gemacht habe. Auch mit dem jüngsten Urteil ist die gerichtliche Auseinandersetzung jedoch nicht abgeschlossen. Zur Verhandlung steht weiterhin das Eigentumsrecht über 25 Hektar Land. *Newmont Mining* behauptet, seit 1996 Eigentümer des Landes zu sein. Acuña kann jedoch den Kauf des Grundstücks durch Urkunden aus dem Jahre 1994 nachweisen.

Judith Rötgers



1.000 Mapuche-Masken von Bernardo Oyarzún in den Arsenalen

(wenngleich nur begrenzt kreativ) sind 1.000 rituelle Mapuche-Masken von *Bernardo Oyarzún*. Die Pavillons von Brasilien und Venezuela in den „Giardini“ bleiben hinter denen der letzten Jahre zurück und relativ blass.

Dafür ist Bolivien erstmals mit einem Pavillon in der Scuola de Laneri vertreten. *José Ballivián* präsentiert dort einen begehren, janusköpfigen Stier in andinen Folkloretextilien, *Janis Markopoulos* Artefakte in raumfüllendem Packpapier. Ein kopfloser Abraham Lincoln sitzt in bekannter Pose auf seinem Sessel, Präsident und Möbel in roter Farbe, beide von einer Säule und einer ihrerseits geteilten gelben Kugel gespalten. Alles zusammen steht auf einem verkohlten Haufen. Ein Werk von *Sol Mateo*, der heute wieder in den bolivianischen Yungas weilt, aber zeitweise auch in Berlin und Wien gelebt und gearbeitet hat. Unser verstorbener Freund und Kollege Werner Hörtnner hatte ihn damals interviewt (*Südwind Magazin* 9/2001). Alle drei sind Mitglieder des Künstlerkollektivs *Essenz* und wollen „verschiedene Realitäten unserer Zeit von Bolivien aus

neu lesen“; auch die großen Konflikte – „aber nicht ohne Humor, Freiheit und Utopie“, wie sie in einem gemeinsamen Manifest erklären. Die Konflikte des 21. Jahrhunderts seien Ausdruck einer Spaltung von positivistischem Denken und Wissen, die zu großen Asymmetrien in der Entwicklung geführt habe. Kunst sei für sie ein Standpunkt, um dies zu erkennen und den Humanismus zu retten; im konkreten



Der römische Bildhauer Lorenzo Quinn will am Canale Grande auf den Klimawandel aufmerksam machen. Ziehen seine Hände die Stadt ins Meer oder ziehen sie sich an den Häusern hoch? Sie stützen das Haus, sagt der Sohn des berühmten Schauspielers.

Fall unter Zuhilfenahme der Perspektiven alter Kulturen und deren Weltansichten. Unpolitisch? Ein starkes Debüt! ■

Die 57. Biennale von Venedig dauert noch bis zum 26. November; das Zweitgesticket kostet 30 € – an einem Tag ist die Schau ohnehin nicht zu bewältigen.



BUCHBESPRECHUNG

PERU IM PORTRAIT

Iken Paap & Friedhelm Schmidt-Welle (Hrsg.): *Peru heute – Politik, Wirtschaft, Kultur*
Reihe Bibliotheca Ibero-Americana, Vervuert Verlag, Frankfurt am Main 2016, 471 Seiten, € 30,70

Das vorliegende, vom Ibero-Amerikanischen Institut der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin herausgegebene Buch stellt den jüngsten Zuwachs der seit 1959 bestehenden Schriftenreihe *Bibliotheca Ibero-Americana* dar. Die „heute“-Bände der Reihe beanspruchen Handbuchcharakter. Sie wenden sich sowohl an WissenschaftlerInnen als auch an ein interessiertes Publikum. Die Darstellungen konzentrieren sich auf die letzten zwei bis drei Jahrzehnte, mit historischen Rückgriffen im Bedarfsfall. Die allesamt dem akademischen Milieu zuzuordnenden ArtikelautorInnen entstammen zum größeren Teil dem deutschsprachigen Raum, jedoch mit konkreten Verbindungen zum behandelten Land.

Das Kapitel „Geografie, Geschichte, Wirtschaft“ eröffnet *Bertil Mächtle* mit einer Beschreibung der prekären Lebensräume der Anden und der pazifischen Küste. Das Wasserangebot ist da wie dort entscheidend. Historisch lässt sich eine „Feuchtigkeitsschaukel“ zwischen den beiden Naturräumen feststellen, die das Werden und Vergehen von Hochkulturen beeinflusste und entsprechende Bevölkerungsverschiebungen auslöste.

Martina Neuburger und *Katrin Singer* setzen sich kritisch mit dem Zahlenmaterial zur Sozialstruktur und einigen gängigen Interpretationen auseinander. Sie konstatieren ein Nachwirken der (vor-)kolonialen Feudalgesellschaft unter anderem in Form der hierarchischen Beziehungen zwischen ethno-sozialen Gruppen: Diskriminierung und Rassismen wirken sich im Zugang zu Bildung, Gesundheit und Einkommen aus.

In den nachfolgenden Beiträgen zur (politischen) Geschichte Perus seit Fujimori und zur wirtschaftlichen Entwicklung seit Beginn des Jahrtausends werden die wirtschaftspolitischen Kontinuitäten herausgearbeitet. Mit dem beispiellosen Wachstum der „Nullerjahre“ ist es nur teil-

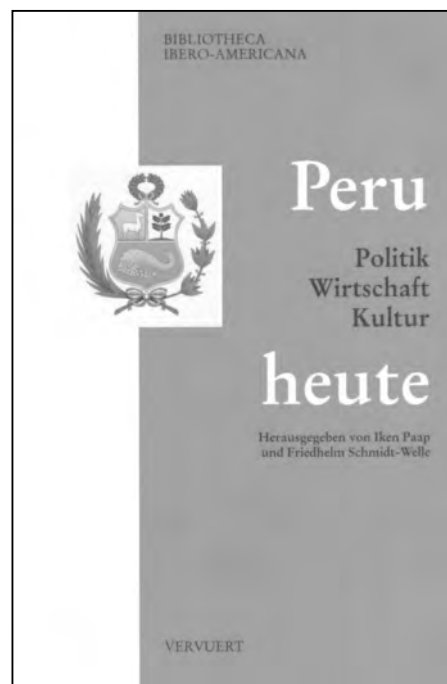
weise gelungen, alle Bevölkerungsschichten teilhaben zu lassen. Die nach wie vor bestehenden strukturellen Schwächen des Staates (Polizei, Justiz, politische Parteien) sind diesbezüglich bedeutend. Demgegenüber gewinnt die Zivilgesellschaft angesichts zunehmender Konflikte an Gewicht.

Abschließend gelingt *Harald Moßbrucker*, ausgehend von den naturräumlich-klimatischen Gegebenheiten und einem zeitgeschichtlichen Abriss (radikale Landreform Anfang der 1970er Jahre), eine dichte Beschreibung der vielfältigen Landwirtschaft der Gegenwart.

Auch *Peter Thiery* gelingt eingangs des Kapitels „Politik und Gesellschaft“ eine umfassende Beschreibung des politischen Systems Perus. Von ihrer Substanz her ist die seit Fujimori (1993) geltende Verfassung durchaus eine solide Grundlage für eine demokratische und rechtsstaatliche Ordnung. Die Verfassungswirklichkeit weicht allerdings, wie so oft in Lateinamerika und besonders beim Grundrechtsschutz, erheblich vom Geist der Buchstaben ab. So kommt Thiery nach Beschreibungen der prekären Staatlichkeit (widersprüchliche Dezentralisierung), des Regierungssystems (dominierende Exekutive; besonders schwache Justiz) und des schwachen Parteiensystems zum Befund, dass Peru eine illiberale Demokratie sei.

Peter Birlé schließt mit einer – soweit im Rahmen eines Buchprojekts möglichen – aktuellen Beschreibung der Wahlen 2016 und der Perspektiven für die Regierung Kuczynski an. Ein weiterer Beitrag des Autors behandelt die politischen und wirtschaftlichen Außenbeziehungen nach Fujimori. Dabei wird eine weitgehende Kontinuität der drei Administrationen seither (Toledo, García, Humala) festgestellt, eine Intensivierung der Beziehungen mit allen Nachbarländern (Ausnahme: Bolivien) und die relativ neue Priorität der Pazifikallianz (mit Mexiko, Kolumbien, Chile) in Sachen Bündnispolitik.

Auch *Hans-Jürgen Brandt* ist mit zwei Artikeln vertreten: In punkto soziale Konflikte stellt er anhand einer Reihe von Beispielen als vorwiegende Ursache Auseinandersetzungen um Umwelt und Ressour-



cen fest und geht dann auf die durchaus ambitionierte Gesetzesmaterie samt ungenügender Umsetzung ein. Der zweite Beitrag behandelt die Situation und Rolle von Campesinos und Indigenen bzw. deren (umstrittene) Abgrenzung voneinander. Letzteres ist politisch relevant, da das Konsultationsgesetz zur Vorbeugung von Umwelt- und Ressourcenkonflikten nur auf Indigene angewandt werden soll.

Nicht fehlen in diesem Kapitel darf natürlich ein Artikel über den „Leuchtenpfad“ (*Sendero Luminoso*). Interessant ist insbesondere dessen Fortbestehen, weniger als militärischer Faktor, sondern als erstarkender politischer Akteur, was als Hinweis auf die ungenügende Aufarbeitung des internen Konflikts der 1980–90er Jahre und der weiterbestehenden ökonomischen Kluft interpretiert werden kann.

Abgerundet wird das Kapitel mit Beiträgen zur Frauenbewegung und zum religiösen Panorama.

Das abschließende Kulturkapitel bietet zeitgenössische Übersichten zur Sprachsituation, der Literatur, dem Musikpanorama und Kino. Das spannende Finale bildet ein Artikel zum Stand der Archäologie und ihrer Rolle bei der nationalen Selbstfindung. Ein Beitrag zur reichhaltigen und auch international aufstrebenden Küche Perus fehlt.

Insgesamt eine gelungene Zusammenstellung, die nicht zuletzt für den Rezensenten bei künftigen Peru-Artikeln eine wertvolle Nachschlagequelle bilden wird.

Jürgen Kreuzroither

AM KLO MIT BAUDELAIRE

Juan Martín Guevara, Armelle Vincent:

Che, my brother

Polity Press, Cambridge 2017, 264 Seiten

Inzwischen auch auf Deutsch erschienen:

Juan Martín Guevara, Armelle Vincent:

„Mein Bruder Che“

Aus dem Französischen von Christina

Schmutz und Frithwin Wagner-Lippok. Klett-

Cotta Verlag, Stuttgart 2017; 352 Seiten,

gebunden, € 22

Juan Martín Guevara hat eine eigene bewegte Vergangenheit. Von 1975 bis zum Ende der argentinischen Militärdiktatur 1983 saß er als Aktivist der kommunistischen PRT (*Partido Revolucionario de los Trabajadores*) im Gefängnis. Darauf geht er nur in einem Kapitel ein. Mehr als diese Erfahrungen hat ihn der Umstand geprägt, dass sein Bruder ein weltweit verehrter Held war. „Mein Ziel war es, mit dem Buch Che zu vermenschlichen“, sagt er im Interview mit der *taz*. „Deshalb ist es mir auch wichtig, von der Familie zu sprechen, den Menschen zu zeigen, der Vater und Mutter hatte“. Das ist ihm gelungen.

Guevara, der gerade 15 Jahre alt war, als Che Guevara und Fidel Castro im Jänner 1959 siegreich in Havanna einmarschierten, erinnert sich gern an die Kindheit in Buenos Aires. Vor allem die aus reicher Familie stammende Mutter habe den ältesten Sohn Ernesto geprägt. „In unserer Familie war die Freiheit das Wichtigste im Leben, aber auch die Lektüre, das Wissen und die Auseinandersetzung mit Dingen“, so der Autor im *taz*-Interview: „Die Eltern waren sehr unterschiedlich. Mein Vater hatte viel Energie, war immer am Träumen, probierte hier und dort etwas Neues aus, brachte aber nie etwas zu Ende“.

Als Teenager sei Ernesto stundenlang auf dem Klo gesessen und habe dort die französischen Klassiker Flaubert, Dumas, aber auch den Poeten Baudelaire gelesen. Kaum der Kinderstube entwachsen, brach Ernesto mit dem Motorrad auf, um den Kontinent zu bereisen. Darüber weiß man aus seinen eigenen Reisenotizen.

Als Guevara später von Mexiko aus mit Fidel Castro aufbrach, um einen Guerrillakrieg gegen das Regime von Diktator Fulgencio Batista zu beginnen, begann für die Familie Guevara de la Serna eine lange und bange Funkstille, die erst durch ein Ferngespräch aus Havanna beendet wurde. Wenige Tage später saß fast die gesamte



Familie im Flugzeug nach Kuba. Nicht auf Initiative von Che Guevara, der solche Privilegien empört ablehnte. Fidel Castro selbst hatte die Einladung und Unterbringung in einem Luxushotel veranlasst. Für Juan Martín war es eine faszinierende Wiederbegegnung mit dem bewunderten Bruder. Che, der als Direktor der Nationalbank und einer der Architekten der staatlichen Neuordnung wenig Freizeit hatte, tauchte immer wieder überraschend auf, um sich um die Mutter zu kümmern und mit dem kleinen Bruder zu sprechen. Gespannter war das Verhältnis zum Vater, der seinen Namen nützte, um Geschäftskontakte anzubahnen und Privilegien in Anspruch zu nehmen, die den spartanischen Revolutionskommandanten erzürnten. Schließlich wurde er vorzeitig nach Argentinien zurückgeschickt.

Juan Martín Guevara unternimmt keine kritische Bewertung seines Bruders. Er rechtfertigt dessen Todesurteile gegen Schergen der Diktatur und unterschlägt dessen Bewunderung für den Sowjetdespoten Josef Stalin. Die Reformen unter Nikita Chruschtschow, die auch materielle Produktionsanreize vorsahen, verurteilte Che als kleinbürgerliche Abweichung und verlangte von den kubanischen Arbeitern idealistische Selbstaufgabe. Bevor sich auch die kubanische Bevölkerung überfor-

dert von den hehren Idealen zeigen konnte, zog Che weiter, um die Revolution in die Welt zu tragen: zunächst in den Kongo, dann nach Bolivien, wo bekanntlich der Revolutionär Che Guevara gefangen und ermordet wurde, aber der Mythos Che seinen Ausgang nahm.

Das Buch zeichnet ihn als zutiefst menschlichen Helden, was durch die Perspektive aus dem engsten Familienkreis glaubwürdig und sympathisch wirkt. Aber die vorbehaltlose Bewunderung für den großen Bruder und die unkritische Haltung gegenüber Kuba hat der Autor nicht abgelegt.

Ralf Leonhard

KONSUM OHNE GRENZEN?

Ulrich Brand/Markus Wissen:

Imperiale Lebensweise

Zur Ausbeutung von Mensch und Natur

im globalen Kapitalismus

Oekom Verlag, München 2017;

224 Seiten, € 15,40

Mit ihrem Buch „Imperiale Lebensweise“ legen die beiden Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen einen theoretischen Rahmen zu einem der Fundamente der kapitalistischen Weltgesellschaft vor. Die beiden Autoren befassen sich bereits seit mehreren Jahren mit der großen Frage einer sozial-ökologischen Transformation und knüpfen dabei an Konzepte wie jene der politischen Ökologie und der Regulationstheorie an. Der hier nun vorgestellte Begriff der imperialen Lebensweise bezieht sich auf die Lebensweisen und Alltagspraxen einer immer größer werdenden Zahl von Menschen und setzt diese in Bezug zu den dahinter liegenden gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsstrukturen, die – ausgehend von den Ländern des globalen Nordens im Zuge von Globalisierung und der Ausbreitung des kapitalistischen Wirtschaftssystems – in immer weitere Teile des Globus vorgedrungen sind. Er bezieht sich damit auf Konsum- und Produktionsmuster, die tief im Alltagshandeln der Menschen verankert und allein deshalb schwer zu überwinden sind.

Das im Buch beschriebene Modell der imperialen Lebensweise basiert auf einer Voraussetzung: dem Vorhandensein eines „Außen“, das sowohl als Ressourcenquelle als auch als Senke für produzierte Ab-

fälle dient. Ein wesentliches Merkmal der imperialen Lebensweise sind denn auch die von vielfältigen Ungleichheiten geprägten globalen Nord-Süd-Beziehungen auf unserem Planeten. Hiermit offenbart sich jedoch ein Paradoxon: Durch ihre immer weitere Ausbreitung stößt die imperiale Lebensweise zunehmend an ihre eigenen Grenzen. Zwar wird die Erkenntnis, dass endloses Wachstum in einer begrenzten Welt nicht möglich sein kann, angesichts sich ausweitender Krisenphänomene zunehmend breiter diskutiert. Nicht zufällig, so die beiden Autoren, fand etwa das Konzept der planetaren Grenzen in den letzten Jahren in Wissenschaft und Politik sehr rasch Anschluss. Von einer breiten Systemkritik, die sich auch der Machtfrage stellt, sind wir jedoch weit entfernt.



Hierfür bietet der im Buch dargestellte Rahmen einige Ansatzpunkte. Die beiden Autoren entwickeln eine durchgängig analytisch untermauerte Argumentation gegen die im Nachhaltigkeitsbereich nach wie vor dominanten Lösungsansätze in Gestalt von *Green* oder *Sustainable Growth*. Exemplarisch dargestellt wird dies in einem eigenen Kapitel anhand des Beispiels des Automobils. Wo öffentlich nach wie vor suggeriert wird, eine Umstellung auf Elektromobilität könne die durch den Individualverkehr verursachten Ressourcen- und Emissionsbelastungen mit quasi einem Schlag lösen, zeigen sie klar auf, dass eine ökologische Modernisierung ohne strukturelles Umdenken und eine Änderung des

Mobilitätsverhaltens insgesamt rasch zur Farce verkommt. Negative Folgewirkungen werden konsequent und wider besseres Wissen ausgeblendet, und zwar nicht nur von den FahrerInnen selbst, sondern – weitestgehend – von der Gesellschaft als Ganzes, spielt doch der Staat bei der Durchsetzung der Automobilität als zentrale Säule vieler Volkswirtschaften und als Gestaltungsprinzip des öffentlichen Raumes bis heute eine tragende Rolle. Nebenbei ist auch der Markt keineswegs die neutrale Instanz, als die er auch von den Wirtschaftswissenschaften gerne präsentiert wird.

Bereits auf den ersten Seiten ihres Buches weisen die beiden Autoren darauf hin, dass es dringend an der Zeit wäre, radikale Alternativen und auch neue gesellschaftliche Ordnungsprinzipien zu formulieren. Eine tatsächliche und tiefgreifende Veränderung, das heben sie mehrfach hervor, wird nicht ohne Konflikte möglich sein. Dies bleibt jedoch der große blinde Fleck dieses Buchs, in dem zwar häufig auf weiterführende Publikationen verwiesen wird, konkrete Vorschläge sich jedoch an mehreren Stellen auf kurze Auflistungen bereits bekannter alternativer Projekte und Initiativen beschränken. Eine etwas ausführlichere Darstellung der Frage, in welche möglichen politischen Strategien im Sinne einer umfassenden sozial-ökologischen Transformation die vorliegende Analyse münden könnte, würde die Lektüre durch konkrete Anknüpfungspunkte für den/die LeserIn deutlich bereichern.

Christina Buczko

ETHISCH STATT FREI

Christian Felber: Ethischer Welthandel
Deuticke im Paul Zsolnay Verlag, Wien,
2017, 223 Seiten, € 18,-

Christian Felber ist dafür bekannt, dass er sich gern mit Wirtschaftsbossen und -wissenschaftlern anlegt. Der Verfechter der Gemeinwohlökonomie versucht in seiner Kritik der Freihandelsideologie keinen Geringeren als Adam Smith und David Ricardo, den Urvätern der Nationalökonomie, Denkfehler nachzuweisen. Adam Smith hatte die Vorteile einer arbeitsteiligen Gesellschaft auf die Weltwirtschaft übertragen und damit die Freihandelsideologie geboren. Ricardo sieht die komparativen Kostenvorteile in der

Produktion rein unter dem Gesichtspunkt der Vermögensmehrung und lässt Aspekte wie Gesundheit oder Demokratie außer Acht – und die Wirtschaftswissenschaft folgt ihm dabei bis heute. Das Theorem der komparativen Kostenvorteile werde von Historikern als „Kronjuwel der Außenhandelstheorie“ angesehen und gelte daher, so Felber, in der Welthandelsorganisation WTO „als mächtigste Einzelerkenntnis der ökonomischen Wissenschaft“. Kein Wunder, dass Aspekte wie Verbraucherschutz, Klimaschutz, Gesundheit, Arbeitsstandards und andere Rücksichten, die dem Menschen nützlich sind, von der WTO als „Handelshemmnisse“ verdammt werden. „Nur mit der Brille des Freihandels (Handel als Selbstzweck) kann mensch auf die Idee kommen, dass solche Maßnahmen etwas Negatives sein könnten“. Doch in der WTO gehe es nicht um das gute Leben, sondern um den freien Handel. „Und sie beruft sich dabei auf Ricardo“.



Felber setzt dieser Ideologie das Konzept des *Ethischen Welthandels* entgegen. Handel sei kein Ziel der Wirtschaftspolitik, sondern ein Mittel, „um legitime und akkordierte übergeordnete Politikziele zu erreichen. Ziele der Politik sind die umfassende Umsetzung der Menschenrechte, eine global nachhaltige Entwicklung, sozialer Zusammenhalt, gerechte Verteilung oder kulturelle Vielfalt“. Felber sieht sich damit eins mit dem Entwicklungsprogramm der UNO, das festlegt: „Offener

weiter Seite 38 ➔

⇒ von Seite 37: BUCHBESPRECHUNG

Handel ist kein Selbstzweck“. Und er deckt die Tricks auf, mit denen Gegner des unbeschränkten Freihandels desavouiert werden. Schon mit dem Wörtchen „frei“ werde etwas Positives signalisiert, jeder Gegner sei ein Feind der Freiheit. Und wer Alternativen vorschlägt, werde schnell des Protektionismus beschuldigt und an das Scheitern des Kommunismus erinnert. Als Beispiel, dass es auch ohne Freihandel geht und das gute Leben auch messbar ist, dient das Himalayakönigreich Bhutan, das sich bekanntlich am Bruttonationalglück orientiert und den Beitritt zur WTO verweigert hat.

Aber auch die erfolgreichsten kapitalistischen Staaten haben den größten Entwicklungsschub ihrer Geschichte während einer Zeit der Abschottung und des Protektionismus erreicht: von den USA bis zu den asiatischen Tigerstaaten. Dass weniger entwickelten Ländern heute diese Chance verweigert werde, habe dazu geführt, dass die ungeschützten Ökonomien der Konkurrenz der ungleich stärkeren Handelspartner ausgeliefert seien. Die taz-Wirtschaftsredakteurin Ulrike Hermann hat darauf hingewiesen, dass im 19. Jahrhundert der technologische Abstand zwischen den reichsten und den ärmsten Ländern 4 zu 1 betragen habe: „Inzwischen aber hat sich die Kluft zwischen reichen Staaten wie den USA und den ärmsten Ländern wie Äthiopien oder Tansania auf etwa 60 zu 1 ausgeweitet“.

Felber will der Bevölkerung zu mehr realem Mitspracherecht verhelfen. Denn die Politik ignoriere in der Regel die Stimmung gegen Konzernmacht und Freihandelsideologie, gegen Geheimverhandlungen und Fehlen von geregelter Folgenabschätzung von wirtschaftlichen Entscheidungen. Als Gegenmodell entwirft er einen „soverän-demokratischen Prozess“ mit voller Transparenz und Volksabstimmung.

Man mag die Durchsetzbarkeit von Felbers Gemeinwohlökonomie in Zweifel ziehen. Doch seine Kritik an der Freihandelsideologie hat Hand und Fuß. Dieses Buch gibt auch all jenen, die wenig von Wirtschaft verstehen und ihr diffuses Unbehagen nicht wissenschaftlich untermauern können, eine wertvolle Argumentationshilfe an die Hand.

Ralf Leonhard

ALLIGATORBIRNE AUS MEXIKO

Kathrin Konrad: Avocado

aus der Reihe „kleine gourmandisen“,
Mandelbaum Verlag, Wien, 2017,
60 Seiten, € 12,-

Ihre Heimat ist Zentralamerika, wo sie seit 9.000 Jahren angebaut wird – die Avocado. Das deutsche Wort leitet sich vom spanischen „Aguacate“ ab, letzteres aus der Sprache der Azteken: „ahuacatl“. Von deren Schöpfergott „Quetzalcoatl“ stammt das Rezept für Guacamole. In Mexiko gehört die Avocado neben Mais und Bohnen zu den Grundnahrungsmitteln, und Mexiko ist auch der mit Abstand größte Produzent. In den Anden heißt sie „Palta“, und die gefüllte „Palta a la Reina“ (nach Königinnen-Art) gibt eine vorzügliche Vorspeise, Beilage oder Salat ab.

„Sie ähnelt einer Orange, und wenn man sie zerschneidet, um sie zu essen, ist sie gelb, und ihr Inneres ist wie Butter und hinterlässt einen so guten Geschmack, dass es eine Freude ist“, schrieb der spanische Geograf, Kartograf und Navigator Martín Fernández de Enciso im Jahr 1519. Mit ihren ungesättigten Fettsäuren, Mineralien, Spurenelementen und Vitaminen wird sie heute zu den „Superfoods“ gezählt. Doch ist der Umgang mit ihr nicht ganz leicht, weil sie nachreift. Oft ist sie entweder noch zu grün und hart, oder bereits zu weich und braun. Kathrin Konrad gibt Tipps für Einkauf, Lagerung und Zubereitung, schreibt aber auch über den großen ökologischen Fußabdruck der „Alligatorbirne“. Die Avocado ist eben etwas Besonderes und sollte es hierzulande auch bleiben.

Wenn sie nicht gerade in der Küche steht, kümmert sich Kathrin Konrad beim Mandelbaum Verlag um Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Kurzweilig, amüsant und informativ – wie man es von den Mandelbaummenschen „gourmandisen“ gewohnt ist – informiert sie über alle Aspekte der Kulturfrucht aus Mittelamerika. Und wie immer: Zur Hälfte besteht das Büchlein aus köstlichen Rezepten.

Robert Lessmann

Internationale Delegationsreise nach Kolumbien

11. bis 21. September 2017

Im Dezember 2016 unterzeichneten die kolumbianische Regierung und die FARC ein historisches Abkommen zur Beendigung des bewaffneten Konflikts. Unterdessen haben auch Verhandlungen mit der anderen Guerillagruppe, ELN, in Quito begonnen. Ungeachtet dessen gibt es weiterhin Drohungen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen und lokale FriedensstifterInnen – also gegen jene Menschen, die wissen, wie Frieden in ihrem Umfeld konkret umgesetzt werden könnte.

Der Internationale Versöhnungsbund lädt ein zur Teilnahme an einer Reise zu Gemeinden und Führungspersönlichkeiten vor Ort.

Infos: www.versoehnungsbund.at

LernEinsatz: Die Reiseziele von Menschen sind Menschen

LernEinsatz heißt, dass du in einer Gruppe von 8 bis 12 Mitreisenden für ungefähr einen Monat zu Projektpartner/innen der Dreikönigsaktion fährst, um von deren Erfahrungen zu lernen. Dazu gehören die theoretische Auseinandersetzung mit dem Reiseland, Begegnungen mit Menschen vor Ort und kontinuierliche Reflexion der Erfahrungen. Die Idee, LernEinsätze anzubieten, stammt von Projektpartner/innen der Dreikönigsaktion. Sie stellen ihr Wissen und ihre Kompetenzen im Rahmen dieses Bildungsprozesses zur Verfügung. Die Dreikönigsaktion bietet die LernEinsätze an um:

- Neue Impulse für das Engagement in Kirche und Welt zu ermöglichen, entwicklungspolitisches Bewusstsein und Antirassismus zu stärken.

- Ausgehend vom Wissen der Projektpartner/innen positive Veränderungen zu bewirken: Abbau stereotyper Bilder, Einsatz gegen strukturelle Ungerechtigkeiten.

- Engagierten Personen zu ermöglichen, die eigene Persönlichkeit im Spiegel einer fremden Kultur weiter zu entwickeln im Sinne sozialer, politischer, antirassistischer und identitätsstiftender Bildung.

Speziell für den LernEinsatz Brasilien 2017 gibt es noch freie Plätze. Bei Interesse an Teilnahme Mail an lernerinsatz@dka.at.



Lesung mit Alicia Kozameh

Freitag, 10. November, 18:30 Uhr
C3, 1090 Wien, Sensengasse 3

Veranstaltung der Frauen*solidarität (in Kooperation mit der Buch Wien) mit der argentinischen Exilautorin Alicia Kozameh aus Anlass ihres kürzlich im Löcker-Verlag auf Deutsch erschienenen Buches *259 Sprünge*. Die Lesung findet auf Spanisch und Deutsch statt; danach Gespräch mit der Autorin.

Master Program „Global Political Economy of Sustainable Development (MSc)“

We are pleased to announce our new postgraduate Master Program „Global Political Economy of Sustainable Development (MSc)“. Starting in October 2017, the Master Program will be offered by the University of Vienna in cooperation with the Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE) and the United Nations Industrial Development Organization (UNIDO).

The program aims at imparting both theoretical knowledge and applied methods for the design of sustainable development policies at the national and international level. The program has an interdisciplinary orientation and is based on a plural understanding of scientific approaches with respect to globalization and sustainability.

We welcome students with at least a bachelor degree in a broad variety of academic disciplines from all world regions, and a junior professional background in development, economic and financial policy, as well as in social and environmental policy.

More detailed information is available at: www.postgraduatecenter.at/sustainable-development

Please do not hesitate to contact us or the Program Manager, Ms. Daniela Baumgartner, if you have any further questions.

Ulrich Brand (Scientific Director)

Werner Raza (Scientific Coordinator)

Contact: Daniela Baumgartner, Austrian Foundation for Development Research (ÖFSE), Sensengasse 3, 1090 Vienna, Phone: +43-1-317 4010 103, E-Mail: info.sustainable-development@univie.ac.at

ADIÓS, FRANÇOIS HOUTART!

Nachruf von Leo Gabriel



Foto: CETRI

Am 6. Juni ist der bekannte belgische Religionssoziologe und internationale Friedensaktivist François Houtart in seinem Zimmer in Quito, Ecuador, friedlich entschlafen. Der 92jährige war bis zu seinem Lebensende als Universitätslehrer und Vermittler innerhalb der lateinamerikanischen Linken aktiv, schrieb zahlreiche Bücher, verfasste unzählige Artikel, gründete vor Jahrzehnten zusammen mit dem ägyptischen Nationalökonom Samir Amin das weltweite „Forum der Alternativen“, das belgische Studienzentrum CETRI (*Centre Tricontinental*) und die Zeitschrift *Alternatives Sud*, die alle bis zum heutigen Tag existieren.

Houtart gilt in Lateinamerika, Afrika und Asien als einer der bedeutendsten Exponenten der Befreiungsphilosophie, dessen Werke in den letzten Jahren um die Konzepte des *Buen Vivir* (Gutes Leben) und des *bien común* (öffentliche Gemeinschaftsgüter) kreisten. Er war aber auch bemüht, im Rahmen des Weltsozialforums, dessen Mitgründer er war, das Konzept eines „Netzwerks der Netzwerke“ auf globaler Ebene aktiv voranzutreiben.

Obwohl er im Laufe seines Lebens wichtige Funktionen wie die des Berichterstatters beim II. Vatikanischen Konzil, eines Mitglieds des Internationalen Rates des Weltsozialforums und des Beraters der Präsidenten von Bolivien, Nicaragua und Ecuador innehatte, blieb er doch Zeit seines Lebens in kritischer Distanz zu den herrschenden Machtstrukturen, unterließ es dabei aber nicht, öffentlich zu bekennen, auf welcher Seite er stand und kämpfte.

Der katholische Weltpriester war vermutlich der jüngste 90jährige und gleich-

zeitig der älteste Student der Welt. Und wenn auf jemanden das Wort „Kosmopolit“ zutraf, war er es, bewegte er sich doch seit den sechziger Jahren regelmäßig zwischen Vietnam, Belgien, Nicaragua, Indien, Südafrika und Ecuador.

In Konferenzen stellte er sich oft schlaffend, um dann das Wort zu ergreifen und mit klaren Argumenten nicht nur den zur Diskussion stehenden Problemen auf den Grund zu gehen, sondern auch konkrete Vorschläge zu machen, die meist auch konsensfähig waren. Als „Priester der Roten“ (*sacerdote rojo*) wie er oft genannt wurde, war er meist zu radikal für das politische Establishment, andererseits aber zu gemäßigt für die radikale Linke, insbesondere in Europa. Facettenreich in der Auswahl der Themen und ganzheitlich in seinen Analysen brillierte er eher durch seine Fähigkeit zur Synthese als durch die Poesie seiner Worte.

Obwohl er sowohl in seiner Heimat Belgien als auch in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern eine prominente politische Rolle hätte spielen können, hat er es vorgezogen, akademischer Lehrer zu bleiben. Nur einmal, als sich ein Komitee gebildet hatte, das ihn für den Friedensnobelpreis vorschlug, stieß er auf den heftigen Widerstand von Neidern, die ihn wegen eines fast ein halbes Jahrhundert zurückliegenden unsittlichen Verhaltens anklagten. François aber blieb ruhig und besonnen, wie er immer war, denn er wusste, dass die Werke, die er geschaffen hatte, größer waren als er selbst. Möge das Licht der Hoffnung, das er allen mitgegeben hat, die ihn persönlich kannten, uns auch über seinen Tod hinaus leuchten! ■